

16. Wahlperiode

Vorlage – zur Kenntnisnahme –

**Demokratie. Vielfalt. Respekt. – Die Berliner
Landeskonzeption gegen Rechtsextremismus,
Rassismus und Antisemitismus.**

Die Drucksachen des Abgeordnetenhauses können über die Internetseite

www.parlament-berlin.de (Startseite>Parlament>Plenum>Drucksachen) eingesehen und abgerufen werden.

Der Senat von Berlin
SenIntArbSoz - IntMig B 3
Telefon 9017 (917) 2371

An das
Abgeordnetenhaus von Berlin

über Senatskanzlei - G Sen -

Vorlage

- zur Kenntnisnahme -
des Senats von Berlin
über

**Demokratie. Vielfalt. Respekt. - Die Berliner Landeskonzeption gegen
Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus.**

--

Der Senat legt nachstehende Vorlage dem Abgeordnetenhaus zur Besprechung vor:

Berlin ist eine Stadt der Vielfalt, in der Menschen mit unterschiedlichen Lebensentwürfen und unterschiedlichen sozialen, kulturellen und religiösen Hintergründen ihre Heimat haben. Dieses metropolitane Flair der Stadt zeigt sich an der Fähigkeit der Berlinerinnen und Berliner Unterschiede zu akzeptieren und zu respektieren. Dieser Weltoffenheit stehen die Ideologien des Rechtsextremismus, des Rassismus und des Antisemitismus entgegen. Sie negieren die Gleichwertigkeit der Menschen, wollen Teilen der Bevölkerung grundlegende Rechte absprechen und sind gegen die universalen Prinzipien der Menschenwürde gerichtet. Auf diese Ideologien gibt Berlin mit der Landeskonzeption eine dreifache Antwort: Es gilt, den Respekt gegenüber den Unterschiedlichkeiten der Berliner Bürgerinnen und Bürger zu stärken, die Bedeutung demokratischer Grundprinzipien zu unterstreichen und eine an der Menschenwürde ausgerichtete Alltagspraxis zu sichern.

Mit der vorliegenden Landeskonzeption verknüpft und konzentriert der Berliner Senat seine Strategien und Herangehensweisen gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus. Grundlage dieser Strategie ist eine Bildungs- und Informationsinfrastruktur, die den Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit eröffnet sich Wissen und Methoden für die Auseinandersetzung mit menschenfeindlichen Ideologien anzueignen. Für besondere Erscheinungsformen, für Stadtteile oder Gruppen mit besonderen Problemen initiiert der Senat Projekte und Maßnahmen, die den Bürgerinnen und Bürgern fachliche Unterstützung zur Problembearbeitung bieten. Von Diskriminierung Betroffene und Opfer rechtsextremer Gewalt erhalten Beratung und Unterstützung. Neben der Stärkung der Projektstrukturen setzt der Senat auch auf eine stärkere Zielorientierung der Verwaltungen. Teil dieser differenzierten Herangehensweise ist die Überzeugungsarbeit für Demokratie und die Weiterentwicklung einer demokratischen Kultur in der, bei allen Unterschieden, die Gleichwertigkeit der Menschen wertgeschätzt und nicht-staatliche Gewalt geächtet wird.

Zentrale Handlungsfelder der Landeskonzeption sind:

- Bildung und Jugend für Demokratie
- Soziale Integration und Arbeitswelt
- Stadt und Sozialraum
- Demokratie und Rechtsstaat verteidigen: Polizei und Verfassungsschutz

Zudem initiiert der Senat Maßnahmen in folgenden Querschnittsfeldern:

- Demokratische Potenziale der Gemeinwesen stärken – Zivilgesellschaftliches Handeln gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus unterstützen und fördern,
- die Arbeit mit problemauffälligen Personen und ihren familiären Umfeldern ausweiten,
- Interkulturelle Öffnung und Kompetentes Handeln staatlicher Institutionen weiterentwickeln.

Die Landeskonzeption benennt auch die für die Umsetzung dieser Ziele besonders bedeutsamen Leitprojekte.

Vier übergeordnete Vernetzungsgremien mit unterschiedlichen Profilen begleiten die Umsetzung und Weiterentwicklung der Landeskonzeption und tragen dazu bei, das Leitbild einer weltoffenen Stadt zu stärken:

- Der Ratschlag für Demokratie aktiviert die Stadtgesellschaft.
- Das Berliner Beratungsnetzwerk führt Fachwissen zusammen.
- Die Landeskommision Berlin gegen Gewalt entwickelt Strategien der Gewaltprävention.
- Die Landesstelle für Gleichbehandlung – gegen Diskriminierung (Antidiskriminierungsstelle) fördert eine Kultur der Antidiskriminierung.

Darüber hinaus gibt es eine Vielzahl von Maßnahmen und Projekten, die durch die Förderprogramme der Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung sowie des Berliner Integrationsbeauftragten initiiert werden. Auch die Berliner Bezirke leisten ihren Beitrag mit ihren Regeldiensten und den vielfältigen Sondermaßnahmen und Projekten. Ein besonderer An Schub, insbesondere für die Arbeit mit jungen Menschen mit formal geringer Bildung, ist durch die Förderprogramme des Bundes „Vielfalt tut gut“ und „Xenos Integration und Vielfalt“ zu erwarten. Zur Sicherung der Berliner Beratungsstrukturen nutzt der Berliner Senat auch die Mittel des Bundesprogramms „kompetent. Für Demokratie“ für die er die notwendige Kofinanzierung leistet.

Der Senat von Berlin hat die von dem Beauftragten des Senats für Integration und Migration vorgelegte Berliner Landeskonzeption gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus zustimmend zur Kenntnis genommen und hat die Fortführung und Umsetzung der darin vorgesehen Maßnahmen und Strategien beschlossen.

Hierzu wird detailliert in der beiliegenden

Berliner Landeskonzeption gegen Rechtsextremismus , Rassismus und Antisemitismus

berichtet.

Kostenauswirkungen auf Privathaushalte und/oder Wirtschaftsunternehmen:

Keine

Auswirkungen auf die Zusammenarbeit mit dem Land Brandenburg:

Der Beauftragte des Senats für Integration und Migration arbeitet mit der Integrationsbeauftragten des Landes Brandenburg zusammen. Das Land Brandenburg ist im zentralen Koordinierungsgremium - dem Beratungsnetzwerk gegen Rechtsextremismus - durch die Koordinierungsstelle "Tolerantes Brandenburg" im Ministerium für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg vertreten.

Auswirkungen auf den Haushaltsplan und die Finanzplanung:

a) Auswirkungen auf Einnahmen und Ausgaben:

Bei Kapitel 0903 Titel 68569 Uk 220 sind in 2008 1.870.000 € und in 2009 1.970.000 € zur Förderung von Projekten gegen Rechtsextremismus veranschlagt. Bei Kapitel 0903 Titel 54010 - Dienstleistungen - sind in 2008 und 2009 jeweils 50.000 € für die Evaluation des Landesprogramms gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus vorgesehen. Durch das Bundesprogramm „kompetent. für Demokratie - Beratungsnetzwerke gegen Rechtsextremismus“ werden bei Kapitel 0903 Titel 27290 in 2008 400.000 € und in 2009 300.000 € vereinnahmt und aus dem korrespondierende Ausgabebetitel 68590 zweckgebunden für die Finanzierung des Berliner Beratungsnetzwerkes gegen Rechtsextremismus verwendet. Zur Durchführung des Berliner Jugendprogramms für Demokratie und Toleranz, gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus - respectABel - sind bei Kapitel 1042, Titel 68569 Uk 200 in 2008 und 2009 jeweils 170.000 € etatisiert. Außerdem sind bei Kapitel 0500, Titel 540 51 "Prävention im Bereich der inneren Sicherheit" Ausgaben für die Geschäftsstelle der Landeskommission Berlin gegen Gewalt i. H. v. 51.500 €, für Maßnahmen gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus i. H. v. 12.000 € und für Gewalt- und Rechtsextremismusprävention im Bereich Fußball i. H. v. 80.000 € (jeweils in den Jahren 2008 und 2009) vorgesehen.

b) Personalwirtschaftliche Auswirkungen:

Keine

Berlin, den 03. Juni 2008

Der Senat von Berlin

Klaus W o w e r e i t
Reg. Bürgermeister

Katrin L o m p s c h e r
Senatorin für die Senatorin für
Integration, Arbeit und Soziales

Demokratie.

Vielfalt.

Respekt.

Die Berliner Landeskonzeption
gegen Rechtsextremismus,
Rassismus und Antisemitismus

Inhaltsverzeichnis

1. Die Landeskonzeption – eine Gesamtstrategie für Demokratie gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus in Berlin.....	3
2. Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus in Berlin	4
2.1 Rechtsextreme Ideologien.....	5
2.2 Rechtsextremismus und Rassismus	5
2.3 Rechtsextremismus und Antisemitismus.....	6
2.4 Rechtsextremismus, Geschlechterrollen und Homophobie.....	6
2.5 Rechtsextreme Einstellungen.....	6
2.6 Der organisierte Rechtsextremismus	7
2.7 Rechtsextremismus in Parlamenten.....	7
2.8 Rechtsextreme Erlebniswelten	8
2.9 Rechtsextreme Gewalt	8
3. Grundlagen der Berliner Landeskonzeption gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus	9
3.1 Berliner Maßnahmen für Demokratie gegen Rechtsextremismus – ein Rückblick.....	9
3.2. Bewertung der bisherigen Berliner Politik gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus	11
3.3 Anforderungen an einen mehrdimensionalen Ansatz gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus.....	11
3.4 Einbeziehung der Bundesprogramme	13
4. Handlungsfelder und Leitprojekte der Berliner Landeskonzeption gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus.....	13
4.1 Handlungsfelder und -schwerpunkte der Berliner Senatsverwaltungen.....	14
4.1.1 Bildung und Jugend für Demokratie	14
4.1.2 Soziale Integration und Arbeitswelt	20
4.1.3 Stadt und Sozialraum	23
4.1.4 Polizei und Verfassungsschutz.....	24
4.2 Querschnittsthemen und Projekte	27
4.2.1 Demokratische Potenziale der Gemeinwesen stärken – Zivilgesellschaftliches Handeln gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus unterstützen und fördern.....	27
4.2.2 Unterstützung für die Opfer rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt ..	29
4.2.3 Stärkung der Demokratie durch Verbesserung der Teilhabe	30
4.2.4 Die Arbeit mit problemauffälligen Personen und ihrem familiären Umfeld.....	31
4.3 Strategische Netzwerke der Landeskonzeption	34
4.3.1 Der Ratschlag für Demokratie aktiviert die Stadtgesellschaft.....	34
4.3.2 Das Berliner Beratungsnetzwerk führt Fachwissen zusammen	35
4.3.3 Die "Landeskommission Berlin gegen Gewalt" entwickelt Strategien.....	35
der Gewaltprävention	35
4.3.4 Die "Landesstelle für Gleichbehandlung – gegen Diskriminierung" fördert eine Kultur der Antidiskriminierung	36
4.4 Wissen generieren, wissenschaftliche Beratung, Evaluation	36
5. Ausblick.....	37

1. Die Landeskonzeption – eine Gesamtstrategie für Demokratie gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus in Berlin

Berlin ist eine Stadt der Vielfalt, in der Menschen mit unterschiedlichen Lebensentwürfen und unterschiedlichen sozialen, kulturellen und religiösen Hintergründen ihre Heimat haben. Diese Vielfalt trägt wesentlich dazu bei, dass Berlin unter den deutschen Städten unzweifelhaft Metropole genannt werden kann. Das metropolitane Flair der Stadt zeigt sich gerade daran, wie sehr die Berlinerinnen und Berliner gelernt haben, Unterschiede zu akzeptieren und zu respektieren. Es gibt eine Offenheit für das Andere und Neue. Das ist ein kultureller Schatz der Stadt: Vielfalt, Weltoffenheit und die Suche nach Freiheit prägen das Zusammenleben in Berlin.

Dieser Weltoffenheit stehen die Ideologien des Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus entgegen. Sie negieren die Gleichwertigkeit der Menschen, zielen darauf, Teilen der Bevölkerung die grundlegenden Rechte abzuspochen und sind gegen die Menschenwürde gerichtet. Sie stellen die demokratischen Verfahren zum Ausgleich unterschiedlicher Interessen in Frage. Sie greifen den gesellschaftlichen Konsens an, Konflikte auf der Basis des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland und der darüber hinaus geltenden internationalen Menschenrechtskonventionen zu regeln.

Auf diese Ideologien gibt Berlin mit der Landeskonzeption eine dreifache Antwort: Es gilt, den Respekt gegenüber den Unterschiedlichkeiten der Berliner Bürgerinnen und Bürger zu stärken, die Bedeutung demokratischer Grundprinzipien zu unterstreichen und eine an der Menschenwürde ausgerichtete Alltagspraxis zu sichern.

Die Landeskonzeption schafft damit einen Rahmen für zivilgesellschaftliche Initiative und staatliche Institutionen. Beide stehen vor großen Herausforderungen. Die erfreuliche Vielzahl von ermutigenden Beispielen zivilgesellschaftlicher Initiativen, die sich fit machen für die inhaltliche Auseinandersetzung mit menschenverachtenden Ideologien, ist die Grundlage der Arbeit gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus. Es wäre aber verfehlt, die Bürgergesellschaft allein für die Eindämmung des Rechtsextremismus in die Verantwortung zu nehmen. Die Minimierung rechtsextremer Gewalt ist vor allem Aufgabe staatlicher Behörden. Dies beschränkt sich nicht nur auf die repressiven Instrumente des Verfassungsschutzes und der Polizei. Gefordert sind alle Verwaltungen, die mit unterschiedlichen Mandaten mit Phänomenen des Rechtsextremismus konfrontiert sind und auf diese Herausforderung präventiv und repressiv reagieren müssen.

Dazu gehört auch, dass Berliner Verwaltungen ihren Umgang mit Menschen, die einer Minderheit angehören, reflektieren. Darum ist die interkulturelle Öffnung von Verwaltungen und sozialen Diensten und eine Politik der sozialen und politischen Integration zentraler Bestandteil einer Strategie gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus. Dem Berliner Senat ist die Förderung von Integration und Partizipation auch aus diesem Grund ein besonderes Anliegen. Alle Bürgerinnen und Bürger in Berlin sollen ermuntert werden, Demokratie mit zu gestalten. Der Berliner Senat unterstützt dies, indem er für mehr Transparenz in der Landes- und Bezirkspolitik sorgt, die Gesetzgebung zur Bürgerbeteiligung vereinfacht, lokale Beteiligungsprozesse ermöglicht und mit der Berliner Einbürgerungskampagne und der Bundesratsinitiative für das kommunale Wahlrecht für Nicht-EU-Bürger die Teilhabe am politischen Entscheidungsprozess möglichst vielen Menschen öffnet.

Die Landeskonzeption ist langfristig angelegt und fasst die Interventionen und Förderprogramme des Berliner Senats in einer Gesamtstrategie für das Politikfeld „Demokratieentwicklung gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus“ zusammen¹. Damit verhilft sie nicht nur zu einem Überblick über die wichtigsten Ansätze in diesem Themenfeld, sondern stellt diese in ein strategisches Gesamtkonzept und ermöglicht eine wechselseitige Vernetzung unter den politisch-administrativen, ökonomischen und den zivilen bzw. bürgerschaftlichen Akteuren.

Das **Leitziel** der Berliner Landeskonzeption ist die Vision einer weltoffenen Stadt der Vielfalt, des Respekts und der Menschenwürde, geprägt von einer Kultur der Anerkennung und der Antidiskriminierung. Die Berliner Antwort auf gegen die Demokratie gerichtete Intentionen ist die Stärkung der demokratischen Strukturen und einer an der Menschenwürde ausgerichteten Alltagspraxis!

2. Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus in Berlin

Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus sind politische Programme und Ideologien, die die Gleichwertigkeit der Menschen negieren und das Konstrukt einer kulturell und ethnisch homogenen „Gemeinschaft“ gegenüber der heterogenen und vielfältig zusammengesetzten Gesellschaft bevorzugen.

Im Rechtsextremismus werden antisemitische und fremdenfeindlich-rassistische Haltungen zudem mit übersteigertem Nationalismus, einem autoritär-konservativen, hierarchischen Familien- und Gesellschaftsbild und mit der Ablehnung der Demokratie kombiniert.² Die Entstehung dieser Einstellungen und Weltanschauungen bei einzelnen Personen wird durch das Zusammenwirken unterschiedlicher Faktoren begünstigt. In der Wissenschaft werden als Faktoren genannt:

- Prägende Erfahrungen in Familien und Einflüsse des sozialen Umfeldes und Gleichaltrigen-Gruppen im Zusammenhang mit Formen der Erniedrigung und des Entzuges von Zuneigung;
- soziale Ängste und mangelnde Lebensperspektiven, die in Prozessen der Desintegration und Individualisierung entstehen;
- Vorurteile und Feindbilder, die als Bestandteil der politischen Kultur tradiert werden;
- die politische Instrumentalisierung und mediale Verwertung fremdenfeindlicher Ressentiments;
- die institutionelle Verankerung des Rassismus und
- eine auf männlicher Dominanz und Konkurrenz basierende gesellschaftliche Praxis.

Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus sind Phänomene, die sich nicht auf einzelne Stadtgebiete oder Bevölkerungsgruppen einschränken lassen. Zu berücksichtigen ist auch, dass Rassismus und Antisemitismus nicht nur im Zusammenhang mit Rechtsextremismus auftreten. So stellt in einer Einwanderungsstadt der Antisemitismus bei Jugendlichen mit Migrationshintergrund eine besondere Herausforderung dar. Auch Rassismus, Homophobie, Antiziganismus oder andere Formen der "gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit"³ sind in unterschiedlichen Milieus und Zusammenhängen feststellbar. Grundsätzlich gilt: Rechtsextremismus geht immer mit Rassismus und Antisemitismus einher, während Rassismus und Antisemitismus auch in anderen ideologischen Kontexten auftreten können.

Die hier vorgelegte Landeskonzeption hat nicht den Anspruch, auf sämtliche Formen "gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit" eine Antwort zu geben, sondern stellt die Auseinandersetzung mit jenen Bedrohungen in den Mittelpunkt, die einen mittelbaren oder unmittelbaren Bezug zum Rechtsextremismus haben.

Im Wesentlichen handelt es sich hierbei um folgende Erscheinungsformen, auf die eine politische Handlungsstrategie eine Antwort geben muss:⁴

2.1 Rechtsextreme Ideologien

In seinem ideologischen Gehalt lässt sich der Rechtsextremismus nicht auf einen biologistischen Rassismus und Antisemitismus reduzieren. Vielmehr gewinnt auch in Berlin das ethnopluralistische Konstrukt an Bedeutung, in dem nicht mehr die Behauptung einer ungleichen Wertigkeit ethnischer Gruppen im Vordergrund steht, sondern die angeblich unvereinbaren Unterschiedlichkeiten kultureller Identitäten betont werden. Völker und Kulturen werden als Gemeinschaften mit unveränderlichen Eigenschaften aufgefasst, denen sich die Individuen unterzuordnen haben. Durch Abschottung ethnischer Gruppen voneinander sollen die »reinen« Kulturen und kulturellen Identitäten bewahrt oder wieder hergestellt werden. Auf diese Weise legitimiert der Ethnopluralismus den Ausschluss bestimmter Personengruppen, und Rassismus, Nationalismus und Antisemitismus werden zu legitimen Ansätzen der Selbsterhaltung des eigenen Volkes umdefiniert. Hingegen ist in der ethnopluralistischen Ideenwelt kein Raum dafür, dass Gesellschaften und Kulturen sich ändern und dass Menschen ein Recht auf Mobilität haben. Entsprechend wird auch die prinzipielle Gleichheit aller Menschen verneint.

Gegenwärtig versuchen rechtsextreme Kräfte in Berlin und auch in ganz Deutschland, inhaltlich an die nationalrevolutionäre Ausrichtung eines „Nationalen Sozialismus“ wieder anzuknüpfen, wie er in den zwanziger Jahren des letzten Jahrhunderts formuliert wurde. Bestimmend ist hierbei ein antikapitalistischer Gestus, der allerdings stets mit einer völkischen oder antiamerikanischen und antisemitischen Interpretation untermischt ist. Zudem versucht der heutige Rechtsextremismus an aktuelle Problemlagen anzuknüpfen, indem Fragen nach sozialer Gerechtigkeit thematisiert werden. Allerdings sollen von der Verteilung sozialstaatlicher Leistungen nur Angehörige der „deutschen Volksgemeinschaft“ profitieren. Der soziale Zusammenhalt in der „Volksgemeinschaft“ soll durch den Erhalt traditioneller Familien- und Geschlechterbilder unterstützt werden. Daneben geht es rechtsextremer Politik in Berlin noch immer darum, die Verbrechen des Nationalsozialismus zu relativieren. Dieses Thema fungiert weiterhin als der wichtigste identitätsbildende Topos.

In ihrer geschlossenen Form werden derlei ideologische Weltdeutungen zurzeit nur von der organisierten rechtsextremen Szene in Berlin vorgetragen, während z. B. bei Jugendlichen mit einer rechtsextremen Orientierung meist nur Fragmente des umrissenen Weltbilds vorhanden sind. So berichten Lehrerinnen und Lehrer, dass von rechtsextrem orientierten Schülerinnen und Schülern rechtsextreme Deutungen des Nationalismus, der sog. „Schuldkult“, völkische Aspekte der „Sozialen Frage“ und Fragen der Globalisierung thematisiert werden.

2.2 Rechtsextremismus und Rassismus

Rassismus zeigt sich in Berlin in vielen Facetten. Rechtsextreme Gewalt oder Beschimpfungen im Alltag sind seine offensichtlichen Formen. Vorurteile und Stereotype in Teilen der Mehrheitsgesellschaft, von Sozialneid geprägte Zuschreibungen und Abwertungen von gesellschaftlichen Minderheiten sind oft nur unterschwellig zu bemerken. Von Rassismus betroffene Menschen verweisen aber auch auf die ausgrenzende Rolle von staatlichen Einrichtungen wie Verwaltungen, Schulen oder Polizei. Häufig benannt werden auch Diskriminierungen im Dienstleistungsbereich, so in Restaurants oder auf dem Wohnungsmarkt. Aber auch der Sport ist betroffen: Fußballvereine, deren Spieler einen Migrationshintergrund haben, berichten von rassistischen Beleidigungen und Angriffen; genannt werden auch privat betriebene Sportstätten als Orte der Diskriminierung. Solche Erfahrungen können auch einen politischen Bezug aufweisen, da sie bei den betroffenen Personen häufig Vermeidungsstrategien und Selbst-Ausgrenzungsmechanismen auslösen, die eine Teilnahme am öffentlichen Leben erheblich einschränken.

2.3 Rechtsextremismus und Antisemitismus

In Berlin hat eine wachsende jüdische Gemeinschaft, die größte Gemeinde in Deutschland, wieder Heimat gefunden. Sie ist fest verankert und Teil des gesellschaftlichen Lebens. Dennoch ist es für jüdische Menschen in Berlin keine Selbstverständlichkeit, sich öffentlich als Jude oder Jüdin zu erkennen zu geben und sich durch den öffentlichen Raum zu bewegen. So kann es für Juden/Jüdinnen in Berlin mit Angst- und Bedrohungsszenarien verbunden sein, wenn sie in der Öffentlichkeit als solche erkennbar sind. Darauf hat die Jüdische Gemeinde Berlin hingewiesen, als sie nicht-jüdischen Berliner/innen anlässlich eines Angriffs auf eine Kindertagesstätte Ende Februar 2007 empfahl, einmal mit Kippa oder Davidstern auf die Straße zu gehen, wenn sie das Ausmaß der alltäglichen Diskriminierungen und Anfeindungen kennen lernen wollten.

Immer wieder kommt es zu Angriffen gegen jüdische Einrichtungen und zur Beschädigung von Gedenkortern. Antisemitismus ist auch ein Problem des Sports. So wurden in Berlin jüdische Fußballspieler antisemitisch beschimpft und bedroht. Neben den Angriffen auf Sachen und Personen gehören auch antisemitische Schmierereien, Parolen, Beschädigungen von Gedenkortern und Propagandadelikte zum Alltag in Berlin. Teile des öffentlichen Raums werden damit zu Orten, an denen Jüdinnen und Juden einer Bedrohung ausgesetzt sein können.

Antisemitismus zeigt sich aber auch latent im Alltagsdiskurs als stillschweigendes Einverständnis über die Juden als Andere und Fremde. Er verbleibt dann überwiegend auf der Einstellungsebene. Antisemitismus als Judenfeindschaft wird an verschiedenen Phänomenen deutlich (rassistisch geprägt, antizionistisch, religiös motiviert, verschwörungstheoretisch, als Erinnerungs- und Verantwortungsabwehr zum Holocaust). Dabei finden sich antisemitische Äußerungen in allen gesellschaftlichen Schichten.

2.4 Rechtsextremismus, Geschlechterrollen und Homophobie

Tradierte Geschlechterrollen und Männlichkeitsbilder sowie Homosexuellenfeindlichkeit sind von konstitutiver Bedeutung für den Rechtsextremismus. Die Konstruktion dessen, was im rechtsextremen Verständnis „richtige“ Männer und „richtige“ Frauen ausmacht, geht mit der Geringschätzung, der Abwehr und der Aggression gegenüber emanzipatorischen und gleichstellungsorientierten Einstellungen und Lebensformen einher. Sexismus und Homophobie sind Bestandteile und Folgen des rechtsextremen Geschlechterrollenverständnisses.

2.5 Rechtsextreme Einstellungen

Rassistische, antisemitische und fremdenfeindliche Einstellungen bieten Ansatzpunkte für die politischen Programme des organisierten Rechtsextremismus. Dabei müssen solche Einstellungen nicht immer auf ein geschlossenes rechtsextremes Weltbild hinweisen oder in unmittelbarem Zusammenhang mit der zu beobachtenden Dynamisierung des Rechtsextremismus stehen. Wenn demokratische Akteure aber nicht in der Lage sind der weiteren Verbreitung rechtsextremer, antisemitischer und/oder fremdenfeindlicher Einstellungen in ihren Organisationen, Initiativen und in den Sozialräumen etwas entgegenzusetzen, können sie Teil des normalen Alltagsdiskurses werden. Dann steht auch zu befürchten, dass Rassismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit sozialisierend in Familien, Schulen und in den Vereinigungen der Zivilgesellschaft wirken.

Die Verbreitung fremdenfeindlicher Einstellungen wird in der wissenschaftlichen Forschung mit unterschiedlichen Methoden und Instrumenten gemessen. Wie weit rechtsextreme, rassistische und antisemitische Einstellungen in der Bevölkerung verbreitet sind, wird in der Wissenschaft kontrovers diskutiert. Prof. Richard Stöss, FU Berlin, stellt in einer Studie aus dem Jahr 2005 fest, dass der Anteil der Bürgerinnen und Bürger mit einem geschlossenen rechtsextremen Weltbild mit 6 % vergleichsweise niedrig sei.

2.6 Der organisierte Rechtsextremismus

Die Mitgliederzahl der rechtsextremen Parteien in Berlin wird auf etwa 800 Personen geschätzt. Das rechtsextremistische Personenpotenzial in Berlin hat sich im Jahr 2007 von etwa 2 200 auf knapp 2 000 Personen reduziert. Damit setzt sich der rückläufige Trend der letzten Jahre fort. Die NPD hat sich als zentraler rechtsextremistischer Akteur in Berlin etabliert. Sie versucht weiterhin, Angehörige anderer rechtsextremistischer Organisationen und insbesondere aktionsorientierte Rechtsextremisten als Mitglieder zu gewinnen.

Im Bereich des organisierten aktionsorientierten Rechtsextremismus unterscheidet der Verfassungsschutz zwischen zwei voneinander abgegrenzten „Personennetzwerken“: Dem „Netzwerk Kameradschaften“ und dem „Netzwerk Musik“. In beiden Netzwerken stehen jeweils ca. 150 bis 200 Rechtsextremisten sporadisch und anlassbezogen miteinander in Kontakt. Während das Durchschnittsalter der Mitglieder des „Netzwerks Musik“ bei Mitte 30 liegt, sind die Mitglieder des „Netzwerks Kameradschaften“ im Durchschnitt Anfang 20 und bleiben den Netzwerken kürzer verbunden.

Seit dem Verbot der beiden Berliner Kameradschaften „Kameradschaft Tor“ und „Berliner Alternative Süd-Ost“ (BASO) im März 2005 sowie der Selbstauflösung des „Märkischen Heimatschutzes“ (MHS) versuchen die Rechtsextremen, durch lose Zusammenschlüsse den staatlichen Zugriff zu umgehen. Zunehmend agieren dabei die so genannten „Freien Kräfte“ als Vorfeldorganisationen der NPD. Sie komplettieren durch ihre Aktionsorientierung und ihr jugendspezifisches Angebot die Attraktivität des rechtsextremen Spektrums für Neueinsteiger. Die NPD flankiert diese jugendspezifischen Ausrichtungen einerseits durch sozialarbeiterische Ansätze und übernimmt auch Fürsprecherfunktionen für die Anliegen rechtsextrem orientierter Cliques.

2.7 Rechtsextremismus in Parlamenten

Rechtsextreme Parteien konnten bei der Abgeordnetenhaus- und Bezirksverordneten-Wahl 2006 in die Bezirksverordnetenversammlungen der Bezirke Treptow-Köpenick, Marzahn - Hellersdorf, Lichtenberg, Neukölln und Pankow einziehen – in drei Bezirken in Fraktionsstärke.

Dabei verstärkte sich das Ost-West-Gefälle im Wählerzuspruch weiter. Während die NPD in den östlichen Bezirken 4,0 Prozent erreichte, kam sie in den westlichen Bezirken lediglich auf 1,7 Prozent. Die wenigsten Stimmen erhielt die Partei mit 1,3 Prozent von den Wähler/innen im Alter von 45 bis 60 Jahren - die Wählerschaft rechtsextremer Parteien wird also nicht dominant durch die „Mitte der Gesellschaft“ geprägt. Dagegen war sie mit 7,3 Prozent bei den männlichen Jungwählern zwischen 18 und 25 Jahren am erfolgreichsten.

Im Wesentlichen warb die NPD mit den Themen „Sozialprotest“ und „Überfremdung“ um Wählerstimmen. In ihrer Sozialstaatsrhetorik und den vorgeschlagenen Maßnahmen zur Bildungspolitik dominierte ein auf der Trennung von Ethnien basierender Ethnozentrismus. Während des Wahlkampfes 2006 und auch im Berliner Aktionsprogramm der NPD wurden kaum Berlin-spezifische Themen aufgegriffen. Lediglich fremdenfeindliche Ressentiments wurden zum Teil mit Berliner Fragen und Problemlagen verknüpft.

Es ist davon auszugehen, dass sich die NPD als Wahlpartei im politischen Spektrum der östlichen Bundesländer und in Ost-Berlin etabliert hat. Die enge Kooperation mit dem militanten und offen neonazistisch auftretenden Spektrum legt nahe, dass die NPD als eine Art Milieupartei wegen der offensichtlichen Affinität zu militanten Neonazis als wählbare Option wahrgenommen wurde.

2.8 Rechtsextreme Erlebniswelten

Jugendliche mit einer Affinität zu rechtsextremen Ideologien erhalten häufig über Musik Kontakt zur organisierten rechtsextremen Szene und ihren Organisationen. In Berlin gibt es rechtsextreme Bands, die bundesweit auf Konzerten auftreten, während Konzerte in Berlin seltener sind. Berliner Rechtsextreme schaffen sich ihre gemeinsamen Erlebniswelten mit Fahrten zu Konzerten, Demonstrationen und auch mit Sportveranstaltungen.

Eine rechtsextreme Infrastruktur, vor allem Kleiderläden und Gaststätten, bieten Szeneangehörigen einen geschützten Raum für Treffen und als Angebotsstruktur für Heranwachsende und Interessierte. Teilweise nutzen rechtsextreme Szenen das Erlebnisangebot der Berliner „Rockerszene“ und der Berliner „Hooligan-Szene“.

Rechtsextremes Outfit hat sich in Berlin vom Modell des rechten Skinheads abgelöst und tritt öffentlich im Stil des so genannten „Schwarzen Blocks“ auf, der aus der radikalen Linken bekannt ist. Dieser Stil wird im Verständnis des aktionsorientierten Rechtsextremismus entsprechend umdefiniert. Ihre Träger bezeichnen sich oftmals als „Autonome Nationalisten“. In Berlin ist dieser Kleidungsstil zum vorherrschenden Erscheinungsbild von rechtsextremen Jugendlichen geworden.

2.9 Rechtsextreme Gewalt

Rechtsextremistische Gewalt ist eine ständige Erscheinungsform in unserer Gesellschaft. Das Ausmaß rechtsextremer Gewalt in Berlin schwankt dabei von Jahr zu Jahr. Nachdem 2006 ein deutlicher Anstieg auf 112 Delikte festzustellen war, sank die Zahl der von dem Landeskriminalamt registrierten Gewaltdelikte 2007 mit 67 Taten auf das durchschnittliche Niveau der Vorjahre. Die Opferberatungsstelle ReachOut hat für 2006 166 rechte, rassistisch und antisemitisch motivierte und homophobe Angriffe und 2007 112 entsprechende Gewalttaten registriert.⁵

Wie zwei detaillierte Gewaltstudien des Berliner Verfassungsschutzes (2006 für die Jahre 1997 — 2003 und 2008 für die Jahre 2003 — 2006) zeigen, häuft sich rechtsextremistische Gewalt in Berlin an einigen Bereichen. Mit den Ortsteilen Lichtenberg / Friedrichsfelde. Niederschöneweide / Johannisthal, Prenzlauer Berg, Marzahn / Hellersdorf und Rudow liegen diese überwiegend, aber nicht ausschließlich, im Osten der Stadt. In der Regel sind die Täter, die oft in ihrem eigenen Wohnumfeld gewalttätig werden, männlich mit geringer formaler Bildung. Zumeist ist eine spontane Tatbegehung zur „Ausgehzeit“ am Wochenende festzustellen.

Die geographischen Räume der rechten Gewalt und des Rechtsextremismus sind in Berlin weitgehend identisch. Dort, wo rechte Gewalttaten begangen werden, häufen sich auch Wohnorte und Trefforte insbesondere von aktionsorientierten Rechtsextremisten, Zudem erreicht die NPD an diesen Orten deutlich überdurchschnittliche Wahlergebnisse.

Ein Teil der Täter tritt in anlassbezogenen, autonomen Kleingruppen auf. Diese Kleingruppen beschäftigen sich vornehmlich mit der Auseinandersetzung mit politischen Gegnern („Anti-Antifa“). Im Wahlkampf zu den Wahlen zum Abgeordnetenhaus im Jahr 2006 wurden Parteimitglieder aller demokratischen Parteien von Rechtsextremisten bedrängt oder angegriffen.

3. Grundlagen der Berliner Landeskonzption gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus

3.1 Berliner Maßnahmen für Demokratie gegen Rechtsextremismus – ein Rückblick⁶

Ein eigenständiges strategisches Landesprogramm legte der Berliner Senat erstmals im September 2000 in Form eines umfangreichen Maßnahmenpakets gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus vor. Der Senat „ist entschlossen, den Angriffen auf die Menschenwürde und der Herausforderung des Rechtsstaates durch rechtsextremistische Haltungen und Handlungen im Rahmen einer gesamtgesellschaftlichen und politischen Initiative zur entschiedenen Verdeutlichung unserer gemeinsamen Werte entgegenzutreten“, kommentierte eine Landespressemeldung den Beschluss.

Damals entstand nach einem längeren Diskussions- und Arbeitsprozess einer ressortübergreifenden Arbeitsgruppe ein ausführlicher Bericht „Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“, der dem Abgeordnetenhaus vorgelegt wurde (Ds. 14/700). Parallel dazu wurde das „10-Punkte-Programm gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“ (Senatsbeschluss 537/00) verabschiedet, mit dem die verantwortlichen Senatsverwaltungen ihre Schwerpunkte festlegten. Dort hieß es z. B. „Staatsanwaltschaft und Polizei intensivieren den Kampf gegen die Internet-Kriminalität...“; die „Justiz wird zukünftig gewährleisten, dass Gewalttaten mit rechtsextremistischem Hintergrund zügig und mit Nachdruck verfolgt werden...“; „Schule und Jugendarbeit werden (...) auf die Bekämpfung von antidemokratischen Einstellungen und Gewaltbereitschaft ausgerichtet...“. Ein besonderer Akzent wurde auf die Fortbildungen der Führungskräfte und Mitarbeiter/innen gelegt.

Die Landespolitik setzte damit klare Schwerpunkte und akzentuierte bewährte Maßnahmen einzelner Senatsverwaltungen wie auch verwaltungsübergreifende Ansätze. Daneben stand die Förderung von zivilgesellschaftlichen Initiativen wegen ihrer zentralen Rolle bei der Stärkung der demokratischen Kultur im Mittelpunkt. Beispielhaft seien genannt:

- Aufbau eines landesweiten Informationssystems zu einschlägigen Projekten und Maßnahmen;
- Hilfe für Opfer rechtsextremistischer, fremdenfeindlicher oder antisemitischer Gewalt;
- Antisemitismuserbeit mit Schülern;
- Mobile Beratungsteams zur Sensibilisierung und Aktivierung von Zivilgesellschaft und Gemeinwesen;
- Beratung von Angehörigen ethnischer Minderheiten durch die „Clearingstelle“ der Polizei;
- Förderung von interkultureller und internationaler Kompetenz und Weltoffenheit bei der Polizei;
- Weiterentwicklung der interkulturellen und internationalen Ausrichtung der Verwaltung;
- Maßnahmen für gefährdete bzw. gewaltbereite Jugendliche und junge Erwachsene.

Die Landeskommission Berlin gegen Gewalt koordinierte bis 2006 die Umsetzung des Berliner Landesprogramms. Mit Publikationen, Veranstaltungen und Forschungsaufträgen war die Landeskommission ein wesentlicher Impulsgeber für die Debatte zur Bearbeitung von Problemen mit Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus in Berlin. Über die Initiierung von Modellvorhaben wurden innovative Modellprojekte wie z. B. 2003 die „Lokalen Aktionspläne für Demokratie und Toleranz, gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“ in den Bezirken Lichtenberg und Pankow“ in Berlin eingeführt. In Kooperation mit den relevanten Akteuren aus den verschiedenen Arbeitsfeldern (Jugendhilfe, Schule, Polizei, Verwaltung, Initiativen und Vereinen etc.) wurden zwei Aktionspläne entwickelt, mit deren Hilfe ein wirkungsvoll vernetztes Vorgehen in den Bezirken realisiert wurde.

Zur Umsetzung des Berliner Landesprogramms gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus sind seit 2002 Mittel beim Beauftragten für Integration und Migration etatisiert und zwar:

- 2003 und 2004 jeweils rd. 1,5 Millionen;
- 2005 bis 2007 jeweils 1,2 Mio. €;
- 2008 1.870.000 € und 2009 1.970.000 €

Es wurden jährlich etwa 30 Projekte in den Bereichen

- Mobile Beratung und Netzwerke,
- Demokratische Jugendkultur und Stärkung der Zivilgesellschaft,
- Kommunale Integration und Stärkung von Nachbarschaft,
- Opferberatung,
- Dokumentation und Recherche

gefördert. Durch diese Mittel konnte die grundlegende Infrastruktur der Arbeit gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus aufgebaut und abgesichert werden.

Bei vier der geförderten Projekte handelte es sich um Vorhaben, die aus dem 2007 ausgelaufenen Bundesprogramm CIVITAS finanziert wurden. Das Land Berlin leistete in diesen Fällen eine (notwendige) Ko-Finanzierung und stellte dadurch sicher, dass in den Jahren 2004 bis 2007 Bundesmittel in Höhe von ca. 1.640.000 € zusätzlich in die Förderung von Berliner Projekten gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus fließen konnten.

Ergänzend zum Landesprogramm wurde im Rahmen des Stadtteilzentrumvertrages die Arbeit gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus ausgebaut. Die Berliner Stadtteilzentren - 25 Nachbarschaftszentren und 12 Berliner Selbsthilfekontaktstellen - tragen durch Förderung des bürgerschaftlichen Engagements und die Aktivierung von Bürger/innen für konkrete Initiativen zur Stärkung einer demokratischen Stadtkultur bei. Sie unterstützen mit ihren Angeboten zivilgesellschaftliche Strukturen, vermitteln konkrete demokratische Werte und sensibilisieren die Bürger/innen für Erscheinungsformen von Rechtsextremismus, Alltagsrassismus und Antisemitismus. Stadtteilzentren positionieren sich gegen rechtsextremistisch motivierte Werturteile und Vorfälle und zeigen Handlungsmöglichkeiten auf.

Im Jahr 2007 initiierten die Berliner Stadtteilzentren gemeinsam mit dem Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverband, Landesverband Berlin e.V. eine Initiative „Die Würde des Menschen ist unantastbar – NEIN zu Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus“. Rund 150 verschiedene Projekte wurden durchgeführt, darunter Diskussionsveranstaltungen, Ausstellungen, Theaterstücke, Filme, Öffentlichkeitskampagnen, neu gegründete Initiativen und Netzwerke. Ca. 30 verschiedene Aktivitäten sind nachhaltig angelegt und werden weiter geführt. Damit haben die Stadtteilzentren wichtige Diskussionsprozesse und Aktivitäten auf Stadtebene in Gang gesetzt, die das demokratische Klima entscheidend stärken und in den Kiezen und Stadtteilen weiter wirksam sein werden.

Desweiteren wurde in der damaligen Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Sport gemeinsam mit der Jugend- und Familienstiftung des Landes Berlin und der Stiftung Demokratische Jugend das Programm respectABEL entwickelt, das zwischen 2004 und 2007 150 kleinere Projekte und Initiativen im Jugendbereich förderte, die sich gegen Rechtsextremismus und Antisemitismus einsetzen, zur Stärkung der Zivilgesellschaft beitragen und sich aktiv für Toleranz im Umgang miteinander und gegenüber anderen Menschen sowie gegen fremdenfeindliche und rassistische Einstellungen und Gewalt einsetzen.

Durch die Geschäftsverteilung des Senats vom 20. Februar 2007 wurde der Auftrag zur Erarbeitung einer Landeskonzeption zur Förderung von Demokratie, der Bekämpfung des Rechtsextremismus, des Rassismus und des Antisemitismus dem Senatsbeauftragten für Integration und Migration übertragen.

3.2. Bewertung der bisherigen Berliner Politik gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus

Durch die seit 2000 entwickelte Strategie des Berliner Senats ist eine in Deutschland einzigartige Dichte erfolgreicher und kompetenter Maßnahmen und Projekte entstanden, die neben der polizeilichen Arbeit dazu beitragen, dass der Rechtsextremismus in Berlin vergleichsweise geringe Entfaltungsmöglichkeiten hat. Die grundsätzliche Ausrichtung der Berliner Landesprogramme gegen Rechtsextremismus wurde bereits 2003 von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern eines Evaluationsworkshops bestätigt. Seither ist es gelungen, gesicherte Projekt- und Beratungsstrukturen zu etablieren.

Die Überführung der Modellprojekte aus dem ehemaligen Bundesprogramm Civitas in Landesstrukturen ist gelungen. Die Mobilien Beratungsteams und die Opferberatung konnten sich in Berlin als Kompetenzzentren etablieren, die von einem breiten Spektrum von Akteuren/innen, Institutionen und Betroffenen akzeptiert und nachgefragt werden.

Mit der Initiierung Lokaler Aktionspläne (LAP) durch die *Landeskommission Berlin gegen Gewalt* hat der Berliner Senat bereits 2003 innovative lokale Vernetzungskompetenzen entwickelt. Mobile Beratungsteams begleiteten und moderierten auf bezirklicher Ebene die Vernetzung. Die damals gesammelten Erfahrungen der bezirklichen Akteure und die der Mobilien Beratungsteams kommen jetzt in den Berliner LAP des neuen Bundesprogramms "Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie" in Pankow und Lichtenberg als Erfahrungswerte zur Geltung.

Die Projekte der Landesprogramme sind in den Bezirken gut verankert. Der Grad der Vernetzung in den Bezirken ist vergleichsweise hoch. Die Bereitschaft zur Zusammenarbeit zwischen staatlichen Institutionen, Fachdiensten und Initiativen ist gut ausgeprägt.

Der organisierte Rechtsextremismus findet in Berlin nur geringe Anknüpfungspunkte zur Entfaltung. Die durch die Landesmaßnahmen unterstützte Vernetzung der Zivilgesellschaft setzt einem Eindringen des Rechtsextremismus in die lokalen Diskurse immer wieder klare Grenzen. Aber auch die Angebote der Jugendarbeit zeigen Wirkung: Trotz vielfacher Versuche gelingt es organisierten rechtsextremen Gruppen nicht, Fuß in Einrichtungen der Jugendarbeit dieser Stadt zu fassen. Flankiert werden diese Maßnahmen durch die Informations- und Bildungsarbeit der Beratungs- und Dokumentationsdienste aus den Landesprogrammen. Mit ihrer Hilfe gelangen lokale Multiplikatorinnen und Multiplikatoren zu ortsbezogenen Informationen, die sie bei der Problembearbeitung in ihrer beruflichen oder zivilgesellschaftlichen Praxis unterstützen.

Dem aktionsorientierten Rechtsextremismus wird durch Polizei und Verfassungsschutz in Berlin eine klare Grenze gesetzt. So wird z. B. das rechtsextremistische Musiknetzwerk durch Verbot und Auflösung von Konzerten seit Jahren daran gehindert, eine „Türöffnerfunktion“ für den Einstieg in die Erlebnis- und Ideenwelt des Rechtsextremismus wahrzunehmen.

Die wichtigste Errungenschaft in der Auseinandersetzung gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus ist aber die aktive Berliner Zivilgesellschaft selbst. Zahlreiche Bürgerinnen und Bürger, Initiativen und Projekte schauen nicht weg, setzen sich ein und streiten für mehr Demokratie.

3.3 Anforderungen an einen mehrdimensionalen Ansatz gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus

Projekte und Maßnahmen gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus stehen immer wieder im Zentrum öffentlicher wie wissenschaftlicher Debatten – sowohl in Berlin als auch im Zusammenhang mit den vom BMFSFJ initiierten Bundesprogrammen.⁷ Die Grundsätze

der Berliner Strategie gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus wurden durch diese Debatten gestützt:

Die Ausrichtung von Programmen auf die Stärkung der Zivilgesellschaft wird als Fortschritt gegenüber der "Täterfixierung und der (Sozial)Pädagogisierung von Problemkonstellationen früherer Programme" gesehen. Rechtsextremistische und fremdenfeindliche Haltungen lassen sich nicht auf bestimmte Bevölkerungsgruppen, Schichten oder Regionen eingrenzen. Sie sind eher als ein Problem der politischen Kultur und nicht auf der Ebene des abweichenden Verhaltens in einer bestimmten Lebensphase (Stichwort "gewaltbereite Jugendliche") zu betrachten. Empirische Analysen im Langzeitprojekt „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ zeigen immer wieder die höheren Anteile von Abwertungen, Diskriminierungen etc. bei Älteren, die als wirkungsvolle Sozialisationsakteure in Familien, Vereinen etc. wirken. Deshalb müssen Programme gegen Rechtsextremismus zivilgesellschaftliche Veränderung sowie die Bildung und Verstärkung demokratischer Strukturen fördern. „Es ist eine grundsätzliche Fehleinschätzung, allein die Bekämpfung von Rechtsextremismus auf jugendbezogene Programme zu konzentrieren.“⁸ Dabei ist es wichtig, sich mit Konzeptionen und Programmen nicht nur gegen Rechtsextremismus zu wenden, sondern auch positive Leitbegriffe zur Weiterentwicklung von Demokratie zu nennen.⁹ In eine Landeskonzeption sollten darum auch Begriffe wie „Weltoffenheit“, „Partizipation“ und „Verantwortung“ eingeführt und mit Maßnahmen unterlegt werden.

Diese grundsätzliche Ausrichtung der Programme auf die Stärkung der Zivilgesellschaft darf allerdings nicht dazu führen, die Zielgruppe der gewaltbereiten, rechtsextrem orientierten Jugendlichen zu vernachlässigen.¹⁰ Darum ist ein „pluraler Förderansatz“, der „verschiedene Ansätze der Sozialpädagogik, der Sozialen Arbeit und der politischen Bildung sowie der Beratung und Vernetzung miteinander kombiniert“ zu empfehlen.¹¹ Gleichmaßen müssen in Rechtsextremismusprävention geschlechterreflektierende Ansätze verstärkt berücksichtigt werden.

Eine wichtige Funktion kommt den Strukturprojekten aus dem ehemaligen Programm Civitas zu, die sich nach anfänglichen Problemen als vernetzende Kompetenzzentren bewährt haben und sich Vertrauen, Anerkennung sowie fachliche Reputation erarbeiten konnten.¹² Insbesondere der dialogisch offene, moderierende Ansatz Mobiler Beratungsteams ist geeignet, partizipative und demokratische Auseinandersetzungsformen im Gemeinwesen zu unterstützen.¹³

Unerlässlich sind zudem Projekte zur Beratung von Opfern rechter Gewalt sowie Projekte, die rechtsextreme Entwicklungen dokumentieren. Am Bedarf orientierte Weiterbildungsangebote für Multiplikatoren sollten genauso zur Verfügung stehen wie Projekte, die auf der Grundlage fachlicher Kompetenzen und Informationen Probleme des Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus thematisieren.¹⁴

Generell müssen sich Konzepte und Programme gegen Rechtsextremismus stärker an Zielgruppen mit geringem Bildungsniveau richten. Örtliche Schwerpunktsetzungen sollten dort geschehen, wo die Probleme mit einer hohen Intensität auftreten. Die Förderung allgemeiner personaler Kompetenzen (z. B. soziales Lernen, interkulturelle Kompetenz) sowie die historisch-politische Bildung reagieren oftmals nicht ausreichend und spezifisch auf die Rechtsextremismusproblematik.¹⁵

Um das Problem rechter Gewalt und das Anwachsen rechtsextremer Szenen zu minimieren, sollte die Arbeit mit problemauffälligen und bereits straffällig gewordenen Personen intensiviert werden.¹⁶ Insgesamt wird in Berlin noch zu wenig sozialpädagogische Arbeit mit Rechtsextremen und zu wenig familienorientierte Arbeit betrieben.¹⁷

Zeitlich begrenzte Projekte haben bessere Erfolgsaussichten, wenn sie mit institutionalisierten Regelstrukturen verknüpft sind. Modellprojekte sollten deshalb mit den relevanten

Regeldiensten abgestimmt sein. Bereits während der Förderung sollte überprüft werden, wie das Format des Projektes in die Regelförderung übernommen werden kann.¹⁸

Migrantenorganisationen sind als kompetente handelnde Akteure einzubeziehen. Um zwischen den Bevölkerungsgruppen Querverbindungen herzustellen, gilt es, Migrantengruppen als Akteure gegen den Rechtsextremismus sichtbar zu machen. Andererseits sind auch problematische Entwicklungen innerhalb von Migranten-Communities programmatisch stärker zu beachten.¹⁹

Es ist erforderlich, dass auch staatliche Institutionen ihr eigenes Selbstverständnis reflektieren. In diesem Zusammenhang ist vorgesehen, dass Verwaltungen und andere Einrichtungen definieren, was „Respekt“ und „Anerkennung“ für ihren Bereich jeweils bedeuten. Dabei ist der Zugang von Verwaltungen zu unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen zu thematisieren.²⁰

3.4 Einbeziehung der Bundesprogramme

Eine erfolgreiche Berliner Gesamtstrategie hat die Förderprogramme des Bundes in die Gesamtkonzeption einzubinden. Zu nennen sind in diesem Zusammenhang folgende drei Bundesprogramme:

„Vielfalt tut gut“: Am 1. Januar 2007 startete das neue Programm "VIELFALT TUT GUT - Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie" des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ). Das Programm setzt auf die gemeinsame Initiative und die enge Zusammenarbeit von Bund und Ländern. Angesprochen werden sollen mit "VIELFALT TUT GUT" insbesondere junge Menschen, rechtsextremistisch gefährdete Jugendliche, Migrantinnen und Migranten sowie Eltern, Erzieherinnen und Erzieher und Lehrerinnen und Lehrer. Im Rahmen dieses Programms fördert die Bundesregierung lokale Aktionspläne in kommunaler Verantwortung sowie Modellprojekte zum Antisemitismus, mit rechtsextremistisch gefährdeten Jugendlichen sowie Präventions- und Bildungsangebote für die Einwanderungsgesellschaft

"kompetent. für Demokratie - Beratungsnetzwerke gegen Rechtsextremismus": Das BMFSFJ unterstützt mit diesem Programm die Länder bei der Einrichtung von Beratungsnetzwerken, in denen Interventionen in akut bedrohlichen Situationen mit rechtsextremem, fremdenfeindlichem oder antisemitischem Hintergrund initiiert werden. Interventionsteams leisten professionelle Beratungshilfe, damit die betroffenen Kommunen und auch die Menschen vor Ort solche Krisensituationen bewältigen können.

„XENOS - Integration und Vielfalt“: Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales fördert innovative Modellvorhaben, die Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Diskriminierung nachhaltig entgegenwirken und die Integration von Jugendlichen und jungen Erwachsenen in die Gesellschaft unterstützen. Der Schwerpunkt des Programms soll in der Entwicklung von innovativen Handlungsansätzen zur Verbesserung von beruflichen Schlüsselqualifikationen und interkulturellen Handlungskompetenzen liegen. Diese Qualifikationen sollen benachteiligte und von Ausgrenzung bedrohte Jugendliche und junge Erwachsene beim Einstieg in den Arbeitsmarkt und bei der Integration in die Gesellschaft unterstützen.

4. Handlungsfelder und Leitprojekte der Berliner Landeskonzepion gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus

Die Politik des Berliner Senats für eine Stärkung der Demokratie und gegen Rechtsextremismus tritt mit der Berliner Landeskonzepion in eine neue Phase. Die vorliegende Landeskonzepion

stellt die seit 2000 entstandenen unterschiedlichen Maßnahmen, Projekte und Fachdienste in einen gemeinsamen Rahmen und bezieht sie strategisch auf einander. Damit werden die vielfältigen Kräfte gebündelt und die Vorgehensweisen des Berliner Senats zur Förderung von Demokratie gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus transparent. Ebenso wird eine Bewertung der bisherigen Schwerpunktsetzungen möglich, und noch nicht abgedeckte, aber notwendige Handlungsfelder lassen sich identifizieren.

Die Landeskonzeption fasst die in der Zuständigkeit einzelner Verwaltungen umgesetzten Maßnahmen zusammen und bildet damit eine Basis für eine abgestimmte Gesamtstrategie des Berliner Senats gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus. Beschrieben werden in einem ersten Abschnitt die Herausforderungen, vor denen die Regelangebote der Senatsverwaltungen insbesondere in den Handlungsfeldern Bildung und Jugend, Soziale Integration und Arbeit, Stadt und Sozialraum und Polizei und Verfassungsschutz stehen. Abschnitt 4.2. benennt Querschnittsthemen wie Opferschutz, Täterarbeit und die Stärkung der Zivilgesellschaft und umreißt, wie sie von staatlichen und nichtstaatlichen Institutionen gemeinsam bearbeitet werden. Abschließend werden in Kapitel 4.3. die Vernetzungsstrukturen dargestellt, die bei der Implementierung der Landeskonzeption eine zentrale Rolle spielen.

Der Erarbeitung der Landeskonzeption ist eine intensive Diskussion mit Fachleuten aus Wissenschaft, Zivilgesellschaft und Verwaltung vorausgegangen. In Runden mit Verwaltungsfachleuten, im Berliner Beratungsnetzwerk (im November 2007 und im März 2008) und in einem wissenschaftlichen Workshop im Dezember 2007 wurden die Planungen zur Landeskonzeption vorgestellt und beraten. Vorliegende Evaluationsberichte zu den in Berlin umgesetzten Bundesprogrammen und Studien zu den Berliner Maßnahmen gegen Rechtsextremismus bilden eine zusätzliche Bewertungsgrundlage.

Bei der Darstellung der Aktivitäten innerhalb der Handlungsfelder wurde bewusst auf eine Gesamtdarstellung aller Maßnahmen verzichtet. Stattdessen wurden vor dem Hintergrund der strategischen Analyse Leitprojekte identifiziert. Leitprojekte sind übergreifende Vorhaben oder Aktivitäten, die für ein Handlungsfeld exemplarische Bedeutung haben und auf die Herausforderungen des Handlungsfeldes idealtypisch reagieren. Leitprojekte tragen dazu bei, Kooperationen zwischen staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren weiterzuentwickeln. Die Gesamtheit der Leitprojekte zeigt an, wie der Senat seine Landeskonzeption umsetzen und die dafür erforderliche Infrastruktur in der aktuellen Legislaturperiode ausbauen wird.

4.1 Handlungsfelder und -schwerpunkte der Berliner Senatsverwaltungen

4.1.1 Bildung und Jugend für Demokratie

Die Landeskonzeption ist als Beitrag zu verstehen, Demokratie mit Leben zu füllen, sie zu erlernen und sie als überzeugende Alternative zu politischen Programmen des Rechtsextremismus anzubieten. Es gilt, die Bürgerinnen und Bürger darin zu bestärken, dass der komplizierte Weg der demokratischen Aushandlung bessere Ergebnisse hervorbringt als die einfachen Weltdeutungen rechtsextremer, rassistischer und antisemitischer Ideologen.

Ein wichtiges Instrument ist dafür die **Bildung für Demokratie** in allen Lebensphasen: In der frühkindlichen Erziehung, in Schulen, in der außerschulischen Bildung, der Berufsausbildung und der politischen Bildungsarbeit. (Demokratie-)Bildung beugt Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus vor, wenn sie mit dem Gedanken der Partizipation und positiven Anerkennungserfahrungen aller Bürgerinnen und Bürger verknüpft ist. **Schulen** als Lebens- und Lernorte aller Menschen können einen Beitrag zur Prävention leisten, wenn Schülerinnen und Schüler an der Ausgestaltung einer demokratischen Schulkultur mitwirken können. Um dieses

Ziel zu erreichen öffnen sich Schulen gegenüber außerschulischen Angeboten und Unterstützungsleistungen sowie gegenüber dem Gemeinwesen insgesamt.

In der schulischen wie der **außerschulischen Bildung** ist es erforderlich, rassistische und antisemitische politische Diskurse in den Blick zu nehmen. Die Vermittlung von Hintergründen und Erfordernissen der Einwanderungs- und Integrationspolitik wirkt den menschenfeindlichen Argumentationen des Rechtsextremismus entgegen. Aufzugreifen sind Verunsicherungen, Zukunftsängste und politische Enttäuschungen, die zu Demokratiedistanz führen.²¹ Angebote der politischen Bildung stehen in der ganzen Stadt vor der Herausforderung, rassistische und antisemitische Weltdeutungen zu hinterfragen und alternative Sichtweisen mit den Zielgruppen zu erarbeiten. Dabei sind Bildungsformate auf unterschiedliche Zielgruppen, z. B. auch auf Migrant*innencommunities, anzupassen. Im Rahmen von Bildungsmaßnahmen von öffentlichen und freien Trägern, Jugendverbänden und Bildungsstätten werden die Kompetenzen der Zivilgesellschaft in der Auseinandersetzung und Problembearbeitung gestärkt. Die Kompetenzen von Multiplikatorinnen und Multiplikatoren insbesondere im pädagogischen und im sozialen Bereich sind praxisbezogen zu fördern. Menschen, die in der Gefahr stehen, in rechtsextreme Szenen hineinzurutschen oder gewalttätig zu werden, sind mit Maßnahmen der sozialen Integration anzusprechen.

Schule

Die Förderung von Demokratie und eine Bildung, die die Ablehnung rechtsextremistischen Gedankengutes unterstützt, gehört zum Regelauftrag der Schulen in Berlin. Zur Umsetzung dieses Auftrages werden die Berliner Schulen von der Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung mit Programmen und Projekten unterstützt, die Lehrende wie Lernende anregen sich selbständig mit den Problemen des Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus auseinander zu setzen.

Diese Strategie unterstützt der Senat mit seinen Leitprojekten „Standpunkte- Pädagogen/innen“ und „Hands across the campus - ein deutschamerikanisches Demokratieprojekt“. Im Förderprogramm des Berliner Integrationsbeauftragten wird der Entwicklungsprozess demokratischer Schulprofile durch das Leitprojekt „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ unterstützt. Die Mobilen Beratungsteams aus dem Förderprogramm des Beauftragten für Integration und Migration kooperieren mit diesen Projekten. Sie beraten außerdem Schülerinitiativen und Lehrerkollegien bei der Entwicklung von Handlungsstrategien und leisten themenspezifische Fortbildungen für Multiplikator(inn)en. Ebenso unterstützt das Förderprogramm des Integrationsbeauftragten Prozesse und Projekte im Schnittfeld „Schule/Jugendhilfe“, die eine demokratische Schulkultur befördern.

Leitprojekt **Standpunkte-Pädagog/innen gegen Rechtsextremismus und Antisemitismus“**

Das Projekt Standpunkte wendet sich an Berliner Lehrkräfte. Ziel des Projekts ist die Fortbildung und Beratung von Pädagogen/innen an den Berliner Schulen sowie die Vernetzung mit außerschulischen Partnern. In den kommenden zwei bis drei Jahren soll im Rahmen der Regionalisierung der Fortbildung im Bereich „Erziehung für Demokratie“ ein wirkungsvolles Unterstützungssystem gegen Rechtsextremismus und Antisemitismus aufgebaut werden.

Die Standpunktpädagogen/innen besitzen als Multiplikatoren und Multiplikatorinnen für die „Erziehung für Demokratie“ eine hohe Kompetenz in der Analyse von Vorgängen, Kennzeichen und Diskursen, die mit rechtsextremen und antisemitischen Weltbildern in Verbindung gebracht werden können. Sie werden hierzu in Jahreskursen des LISUM Berlin-Brandenburg in Kooperation mit der Friedrich-Ebert-Stiftung fortgebildet. Sie haben an Fortbildungen im Themenfeld Beratung teilgenommen und können Lehrkräfte, Schülerinnen und Schüler sowie Eltern bei rechtsextremen und antisemitischen Vorfällen beraten. Sie sind selber Fortbildner und führen in Bezirken und Schulen eigene

Fortbildungsveranstaltungen durch. Projekte und Initiativen im Bezirk, Akteure in Jugendklubs, Eltern oder Kommunalvertreter werden von den Standpunktpädagoginnen und Standpunktpädagogen zusammengeführt, um einen produktiven Austausch zu ermöglichen. Sie tragen durch ihre Arbeit zur Entstehung bezirklicher Netzwerke bei.

Leitprojekt "Hands across the campus" - ein deutsch-amerikanisches Demokratieprojekt

Das Projekt wendet sich im Unterricht vor allem an Lehrkräfte in den Fächern Deutsch, Englisch und Gesellschaftswissenschaften sowie an alle Lehrkräfte, die die Schulkultur weiterentwickeln wollen. Das Projekt besteht aus einem Curriculum und einem Youth Leader Programm. Das Curriculum enthält fünf Lernbausteine. Die Bausteine beschäftigen sich mit folgenden Themen: Identität und Gesellschaft, Lebendige Demokratie, Demokratie in Deutschland und den USA, Menschenrechte und Herausforderungen für die Demokratie. Das Youth Leader Programm baut auf diesen inhaltlichen Schwerpunkten auf.

Grundlegend für das Projekt „Hands across the campus“ ist die Verbindung von demokratischer Unterrichtsgestaltung, Partizipation und Schulöffnung.

- Demokratische Unterrichtsgestaltung: Demokratiepädagogische Inhalte werden mit demokratiepädagogischen Methoden, insbesondere des Kooperativen Lernens verbunden.
- Partizipation: Als Youth Leader lernen Schüler/innen für ihre eigenen Interessen in der Schule Verantwortung zu übernehmen. Das Programm trägt dazu bei, Strukturen zu entwickeln, in denen Schüler/innen Demokratie erleben können.
- Schulöffnung: Schüler/innen übernehmen im Rahmen des Service Learning Verantwortung für ihre Umwelt und bringen sich mit eigenen Vorschlägen und Interessen in den gesellschaftlichen Prozess ein. Lernen findet innerhalb und außerhalb der Schule statt.

Das Programm bietet umfangreiche Möglichkeiten, den Unterricht inhaltlich und mit demokratischen Unterrichtsmethoden auszugestalten, sowie Anregungen für die Weiterentwicklung einer demokratischen Schulkultur.

"Hands across the campus" ist ein Leitprojekt der Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung in Kooperation mit dem American Jewish Committee (AJC).

Leitprojekt Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage

Ziel des Projektes ist es, den Alltag an Schulen so zu verändern, dass diese von einem Klima der gegenseitigen Achtung und der Anerkennung individueller Eigenheiten geprägt ist, gepaart mit der gemeinsamen Suche nach verbindenden Normen. Die größte Aussicht auf Erfolg besteht dann, wenn es gelingt, das Profil einer ganzen Schule nachhaltig in diese Richtung zu verändern. Im Rahmen des Projektes bewerben sich Schulen um den Titel „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ und beginnen damit einen langfristigen und bindenden Prozess der Auseinandersetzung mit menschenverachtenden Ideologien. Das Projekt zielt auf die partizipative Entwicklung eines demokratischen Schulprofils unter Einbindung aller schulischen Akteure und der relevanten Akteure im Gemeinwesen. Kindern und Jugendlichen ist es im Rahmen des Projektes möglich, aktiv am Ausbau einer demokratischen Zivilgesellschaft in und außerhalb der Schule mitzuwirken. Um Gewalt und jeder Form von Diskriminierung entgegenzuwirken sollen die Einstellungen der schulischen Akteure zusätzlich durch die Vermittlung von Wissen, durch Trainings und Projekte zum Abbau von Vorurteilen und durch Förderung ihrer sozialen Kompetenzen positiv gelenkt werden. Das Projekt wird aus dem Berliner Landesprogramm gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus gefördert. In den nächsten drei Jahren soll das Netzwerk der SOR-SMC-Schulen in Berlin auf möglichst fünfzig Schulen ausgeweitet und weitere Kooperationspartnerschaften eingegangen werden.

Leitprojekt **Demokratiepädagogik im Schnittfeld Schule/Jugendhilfe/Gemeinwesen**

Die Regionale Arbeitsstelle für Bildung, Integration und Demokratie (RAA Berlin) fördert als freier Träger der Jugendhilfe Schulentwicklungs- und Projektvorhaben mit dem Schwerpunkt Integration und Demokratiepädagogik. Sie arbeitet in Kooperation mit der Bildungsverwaltung und ihren nachgeordneten Einrichtungen wie der Landeszentrale für politische Bildungsarbeit, dem LISUM und der SFBB sowie den Senatsverwaltungen für Soziales, Inneres, Kultur und Stadtentwicklung. Ihren Partnern und den Adressaten ihrer Angebote vor Ort bietet sie Projektberatung, Unterstützung und Begleitung in den Schnittstellen von Kita, Schule, Jugendhilfe, Berufsbildung und Arbeitswelt, Integrationspolitik, Kultur-, Sozial- und Elternarbeit.

Die RAA Berlin ergänzt das öffentliche und private Handeln, damit diese alle Zielgruppen erreichen und auf Problemlagen adäquat antworten können. Demokratiepädagogik ist sowohl ein thematischer Schwerpunkt als auch eine grundlegende Handlungsform aller Projekte der RAA. Zu den speziell darauf ausgerichteten RAA-Vorhaben zählen aktuell das Transfervorhaben im Anschluss an das Modellprogramm „Demokratie lernen und leben“, das Projekt „Elternuniversitäten“ (ElternUnis) sowie das Projekt „Rechtsextremismusprävention an Berliner Oberstufenzentren“.

Die RAA Berlin erhält u.a. eine Förderung aus dem Berliner Landesprogramm gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus.

Jugend für Demokratie

Das Jugendprogramm **respectABel** der Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung unterstützt Projekte junger Menschen, die sich für Toleranz im Umgang miteinander und gegenüber anderen Menschen sowie gegen fremdenfeindliche und rassistische Einstellungen und Gewalt einsetzen. **respectABel** berät und begleitet die 10 Lokalen Aktionspläne (LAP) des „Bundesprogramms Vielfalt tut gut“ mit einem Coachingteam, organisiert jährlich das „Berliner Jugendforum“ im Abgeordnetenhaus und stellt die landesweite Informationsplattform www.respectABel.de mit vielfältigen Informationen und Arbeitshilfen bereit.

Flankiert werden diese Maßnahmen durch Angebote für pädagogische Multiplikator(inn)en der Landeszentrale für politische Bildungsarbeit. Deren Fortbildungen vermitteln Multiplikator(inn)en ein Rüstzeug zur inhaltlichen Bearbeitung von Themen wie „Sozialstaat“ und „Globalisierung“, die auch rechtsextremistische Gruppen aufgreifen.

Ergänzt werden diese Maßnahmen durch das Bundesprogramm "Vielfalt tut gut". In seinem Themencluster 4 „Früh ansetzende Prävention“ fördert das Programm verschiedene Berliner Projekte im Bereich Förderung von Partizipation für Kinder und Jugendliche bzw. deren aktive Beteiligung an demokratischen Entscheidungsprozessen.²²

Leitprojekt **Jugendprogramm respectABel – Aktion Berlin!**

Im Vordergrund dieses Programms steht die Stärkung zivilgesellschaftlicher Strukturen im Jugendbereich, insbesondere durch die Förderung von Maßnahmen für Demokratie und Toleranz. Im Rahmen der durchgeführten Projekte werden Respekt und Demokratie sowie zeitgeschichtliche Ereignisse für Jugendliche erfahrbar und ergebnisorientiert erlebbar. Die Projekte reichen von Ausstellungen, Workshops, Gesprächskreisen, Exkursionen, Sportveranstaltungen bis zu Theateraufführungen. Das Programm wendet sich schwerpunktmäßig an junge Menschen im Alter von 14 bis 18 Jahren. Gefördert werden kleine lokale Initiativen vor Ort in Schulen und Jugendeinrichtungen sowie von freien und öffentlichen Trägern der Jugendarbeit, Kirchengemeinden und Bürgerinitiativen. Ein besonderes Anliegen ist es dabei, Jugendliche mit Migrationshintergrund und Jugendliche außerhalb von Jugendorganisationen und -verbänden zu erreichen. Das Programm setzt die Senatsverwaltung für Bildung,

Wissenschaft und Forschung gemeinsam mit der Jugend- und Familienstiftung des Landes Berlin sowie der Stiftung Demokratische Jugend um.

Leitprojekt „Community Gaymes“ im Rahmen des Bund- Länder- Programms Soziale Stadt

Das Projekt hat das Ziel, durch die Sport- und Kulturangebote, die gemeinsam mit lokalen Akteuren entwickelt und umgesetzt werden, einen Diskurs über Liebe, (Homo-)Sexualität, Geschlechterrollen und Moral zu initiieren, Eskalationen zu vermeiden und Aggressionen vorzubeugen, nachbarschaftliche Bindungen zu stabilisieren. Die wachsende Akzeptanz z. B. gegenüber Homosexuellen kann positive Auswirkungen auf die Einstellungen gegenüber anderen Gesellschaftsgruppen nach sich ziehen. Im Rahmen des Projektes soll intensiv mit Schulen, Jugendeinrichtungen, Sport- und Migrantenvereinen zusammen gearbeitet werden. Gemeinsam mit den lokalen Kooperationspartnern sollen geeignete Maßnahmen entwickelt werden, die darauf hinwirken, dass Jugendliche sich mit den Grundwerten des gesellschaftlichen Miteinanders auseinandersetzen.

Gedenkstättenarbeit

Der heutige Rechtsextremismus sucht noch immer seine Vor- und Leitbilder in den Ideologien des Nationalsozialismus. Die Auseinandersetzung mit den Motiven und Verbrechen der Täter und die Erinnerung an die Opfer ist daher ein wichtiger Baustein in der Bildungsarbeit gegen Rechtsextremismus. Die Berliner Gedenk- und Bildungsstätten wie das Denkmal für die ermordeten Juden Europas in Berlin-Mitte, das Dokumentationszentrum „Topographie des Terrors“, die „Gedenkstätte stille Helden“ mit der Blindenwerkstatt Otto Weidt sowie das Anne-Frank-Zentrum, die Gedenk- und Bildungsstätte „Haus der Wannsee-Konferenz“, die „Gedenkstätte Deutscher Widerstand“, die „Gedenkstätte Plötzensee“ und das Dokumentationszentrum zur Zwangsarbeit in Schöneweide bieten Bürgerinnen und Bürgern, Jugendgruppen und Schulklassen vielfältige Möglichkeiten an, sich mit der Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden und mit der Geschichte des Nationalsozialismus zu befassen. Sie bieten Anregungen zur aktiven Auseinandersetzung mit diesem Teil der Deutschen Geschichte, einschließlich der Entstehung des Nationalsozialismus und seiner Folgen nach 1945. Schließlich halten sie auch das Andenken des Widerstands gegen den Nationalsozialismus wach. Die Arbeit der Gedenkstätten flankiert der Berliner Senat durch Einzelprojekte für unterschiedliche Zielgruppen.

Neue Ansätze zur Bearbeitung von Antisemitismus in der Einwanderungsgesellschaft

Die Auseinandersetzung mit antisemitischen Denkmustern muss berücksichtigen, dass sie in einer Gesellschaft stattfindet, die untrennbar mit den Tätern von Auschwitz verbunden bleibt, die aber auf der anderen Seite eine Einwanderungsgesellschaft ist. In den letzten Jahren wurde dabei in Berlin vermehrt auf den Antisemitismus bei Kindern und Jugendlichen mit muslimisch geprägtem Migrationshintergrund hingewiesen. Es sind daher Maßnahmen notwendig, die sich der pädagogischen Bearbeitung antisemitischer Erscheinungsweisen im Kontext von Migration und Rassismus annehmen.

Neben dem Förderprogramm „respektabel“ unterstützt der Senat auch Projekte der historisch-politischen Bildungsarbeit aus dem Bundesprogramm „Vielfalt tut gut“. Im Themencluster 3 "Präventions- und Bildungsansätze für die Einwanderungsgesellschaft" wird ein gemeinsames Projekt der Landesjugendringe Berlin und Brandenburg zur Verbindung von interkulturellem Lernen und historisch-politischer Bildung gefördert. Im Rahmen desselben Bundesprogramms

wird ein Projekt des *Vereins für demokratische Kultur Berlin* Strategien gegen Antisemitismus für die pädagogische Praxis in der Arbeit mit Jugendlichen mit Migrationshintergrund in Kooperation mit Partnern/innen aus der Jugendarbeit und Migrantenorganisationen entwickeln. Das Projekt wird aus dem Landesprogramm gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus des Berliner Senats kofinanziert.

Der Senat wird prüfen, inwiefern die unterschiedlichen Ansätze und Projekte stärker zusammengeführt und aufeinander bezogen werden können und in ein Gesamtkonzept einfließen können. Er wird deswegen in diesem Themengebiet erfahrene Träger beauftragen, eine Konzeption für eine Vernetzungsplattform „Projekte gegen Antisemitismus in der Einwanderungsgesellschaft“ zu erarbeiten. Mögliche Aufgabenfelder sind:

- Einbindung und Weiterentwicklung bestehender Netzwerke unter Einbeziehung der Migrantenorganisationen;
- interkulturelle und internationale Akzentuierung der Arbeit gegen Antisemitismus;
- Verbesserung der Zusammenarbeit mit Forschungseinrichtungen;
- Erarbeitung einer Übersicht zu den Aktivitäten zur Bekämpfung des Antisemitismus in Berlin und Sammlung von guten Praxiskonzepten – und Materialien.

Die entsprechende Konzepterstellung wird der Beauftragte des Berliner Senats für Integration und Migration in Auftrag geben.

Leitprojekt Anne Frank Zentrum

Über die Beschäftigung mit Anne Frank fördert das Zentrum die Erinnerung an die nationalsozialistischen Verbrechen und trägt die Botschaft ihres Tagebuches in die heutige Zeit. Das Anne Frank Zentrum setzt sich ein für eine vielfältige, lebendige Gesellschaft und arbeitet gegen Antisemitismus, Vorurteile und jegliche Diskriminierung von Menschen. Insbesondere sollen persönliche Entscheidungsspielräume aufgezeigt werden, die in ganz alltäglichen Situationen wie Ausgrenzung oder Gruppenzwang ein Handeln ermöglichen. Die pädagogische Arbeit mit jungen Menschen bildet einen Schwerpunkt des Anne Frank Zentrums. Mit seinem biografischen Ansatz gelingt es dem AFZ auch Einwanderergruppen anzusprechen, die in ihrer Familiengeschichte keinen unmittelbaren Bezug zur Zeit des Nationalsozialismus haben.

Das Leitprojekt „Anne Frank Zentrum“ erhält vom Berliner Senat eine Unterstützung aus dem vom Berliner Integrationsbeauftragten umgesetzten Landesprogramm gegen Rechtsextremismus.

Fortbildungs- und Informationsangebote des Berliner Senats

Die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und Antisemitismus gehört zu den zentralen Aufgabenfeldern der **Landeszentrale für politische Bildungsarbeit** (LZPB). Zahlreiche Publikationen zu diesem Thema – teilweise auch in digitalisierter Form - bieten breiten Bevölkerungskreisen und Multiplikatoren/innen der politischen Bildung Hintergrundwissen und Orientierung. Im Veranstaltungsbereich finden Seminarreihen insbesondere für Schüler/innen in der beruflichen Bildung statt, außerdem liegt ein Schwerpunkt auf Trainingsmaßnahmen zu gewaltfreier Kommunikation und transkultureller, antirassistischer Arbeit. Die LZPB fördert Vorhaben der politischen Bildung auch für Migranten/innen mit kleineren finanziellen Zuwendungen. Im Rahmen der Projektförderung unterstützt sie Vorhaben gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus.

Als kommunale Weiterbildungseinrichtungen führen die **Berliner Volkshochschulen** zahlreiche Veranstaltungen zur Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus durch (Veranstaltungen zur NS-Geschichte, Gewaltprävention, interkulturelle Begegnungen, Wissensvermittlung über Weltreligionen, Argumentationstrainings etc.). Mit ihrer

Teilnehmerschaft aus allen Bevölkerungsgruppen und den zielgruppenspezifischen Kursen im Bereich Migration und Integration sind die Volkshochschulen *per se* Orte der Begegnung und des Zusammenlebens und beugen rechtsextremen Einstellungen vor.

Die Volkshochschulen bieten ein Forum für gesellschaftliche Diskussionsprozesse und sind geeignete Partner, wann immer Bildungsprozesse zu einer Lösung gesellschaftlicher Probleme beitragen sollen.

Das **sozialpädagogische Fortbildungsinstitut (SFBB)** qualifiziert Fachkräfte der Jugendhilfe (und kooperierender Bereiche), damit diese in der Lage sind, junge Menschen zu fördern, Eltern bei der Erziehung zu beraten und zu unterstützen, Kinder und Jugendliche vor Gefahren für ihr Wohl zu schützen sowie positive Lebensbedingungen für junge Menschen und ihre Familien zu erhalten oder zu schaffen. Die Fortbildungsmaßnahmen des SFBB zielen auf die Förderung von Handlungskompetenz der Fachkräfte, z. B. in der Arbeit mit rechtsextrem orientierten Jugendlichen, auf interkulturelle Kompetenz, Abbau von Vorurteilen, auf Trainings zur Konfliktvermeidung und zur Deeskalation.

4.1.2 Soziale Integration und Arbeitswelt

Prozesse der Ausgrenzung delegitimieren Demokratie und verstärken die Probleme mit Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus und Gewalt. Vor diesem Hintergrund kann die Arbeitsmarkt- und Berufsbildungspolitik flankierende Beiträge zur sozialen Stabilisierung erbringen, indem sie Beschäftigung fördert und so Teilhabemöglichkeiten stärkt und Tendenzen der Ausgrenzung entgegenwirkt.

Die Arbeitsmarkt- und Berufsbildungspolitik des Landes Berlin unterstützt die Bereitstellung betrieblicher Ausbildungsplätze durch ein Bündel von Maßnahmen, um jungen Menschen Wege in die Arbeitswelt zu ebnet und Integration in Beschäftigung und in die Gesellschaft zu ermöglichen. Zu diesem Maßnahmenbündel gehören das Ausbildungsplatzprogramm Ost; "Ausbildung in Sicht", ein Angebot vor allem für junge Migrantinnen und Migranten, die noch einer verstärkten Sprachförderung bedürfen; die Förderung der Verbundausbildung für benachteiligte Jugendliche; die Förderung weiblicher Auszubildender in von jungen Frauen immer noch zu selten gewählten Ausbildungsberufen.

Qualifikation und Weiterbildung sind die Schlüssel zur Eröffnung nachhaltiger Beschäftigungs- und Integrationsperspektiven. Berufliche Weiterbildung fungiert dabei als immanenter Bestandteil des lebenslangen Lernens. Sie zielt auf den Erhalt und die Erweiterung der Beschäftigungsfähigkeit und auf Kompetenzentwicklung. Gleichzeitig sind gezielte Strategien für die Öffnung von bzw. Verbesserung der Beschäftigungschancen gerade für Geringqualifizierte, Frauen, sowie Ältere erforderlich; auch für Migrantinnen und Migranten kommt der Weiterbildung eine zentrale integrationspolitische Rolle zu.

Das Land Berlin unterstützt die berufliche Weiterbildung durch ein Bündel von Maßnahmen. Dazu gehören:

- Weiterbildungsdatenbank,
- Lernläden,
- die Beratung und Begleitung zur beruflichen Neuorientierung,
- transnationale Weiterbildungsmaßnahmen einschließlich dem Europäischen Jahr für Jugendliche (EJJ).

Um Ausgrenzung aus der Gesellschaft entgegenzuwirken und Partizipationsmöglichkeiten zu stärken, müssen Maßnahmen darauf ausgerichtet sein auch Menschen, die langzeitarbeitslos sind, in die Arbeitsgesellschaft zurückzuholen. Für einen Großteil dieser Menschen wird das nur im Rahmen des öffentlich geförderten Beschäftigungssektors (ÖBS) in Berlin möglich sein, der gesellschaftlich sinnvolle und notwendige Arbeit zu tariflichen Bedingungen anbietet. Denn die Politik des Berliner Senats ist darauf ausgerichtet, Inklusion in den gesellschaftlichen

Lebensprozess zu ermöglichen, den sozialen Zusammenhalt zu stärken und das Gemeinwesen zu stabilisieren.

Demokratieförderung in Berufsausbildung und Arbeitswelt

Die Themen „Anerkennung gleicher Rechte – Respekt vor Unterschieden“ sind in der Arbeitswelt und der Berufsausbildung zu verankern. Im „Lernort Betrieb“ und in der Ausbildung kann die Weiterentwicklung interkultureller Handlungskompetenzen ein demokratisches Klima befördern. Es gilt, die Chancen einer pluralen Gesellschaft zu vermitteln und ihre Risiken und Probleme nicht zu verschweigen.

Der Berliner Senat wird prüfen, wie die Förderung von Ausbildung mit Demokratieförderung und Bildungsmaßnahmen gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus zu verbinden ist. Einen Anknüpfungspunkt bieten u.a. die Vorhaben der Landeszentrale für politische Bildungsarbeit. Darüber hinaus wird der Senat den „Berliner Ratschlag für Demokratie“ bei Vorhaben unterstützen, die zur Förderung eines demokratischen Klimas, z. B. über die Entwicklung von Betriebsvereinbarungen, in der Arbeitswelt beitragen. Außerdem wird sich der Berliner Senat mit Projektangeboten an die Multiplikatorinnen und Multiplikatoren der Berliner Oberstufenzentren richten.

Der Berliner Senat bringt sich in diesem Themenfeld auch durch sein Engagement im Rahmen der „Charta der Vielfalt“ ein. Die „Charta der Vielfalt“ ist eine Initiative großer deutscher Unternehmen und der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration zur Förderung von Vielfalt in Unternehmen und öffentlichen Einrichtungen. Private Unternehmen und öffentliche Einrichtungen unterstützen die Charta mit ihrer Unterschrift und verpflichten sich, „Vielfalt anzuerkennen und wertzuschätzen sowie ein Arbeitsumfeld zu schaffen, das frei von Vorurteilen ist“. Die Förderung der Vielfalt am Arbeitsplatz ist nicht nur in großen internationalen Unternehmen ein wichtiges Thema, sondern auch in öffentlichen Einrichtungen und Verwaltungen. Durch die Unterzeichnung der „Charta der Vielfalt“ verpflichtet sich das Land Berlin unter anderem dazu, seine Personalprozesse zu überprüfen, die Umsetzung des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) in der Berliner Verwaltung voranzutreiben und jährlich über seine Aktivitäten und den Fortschritt bei der Förderung der Vielfalt und Wertschätzung öffentlich Auskunft zu geben.

In diesem Themenschwerpunkt setzt der Senat außerdem auf das neue Bundesprogramm „XENOS – Integration und Vielfalt“ (s.o.), dessen Schwerpunkte in der Entwicklung von innovativen Handlungsansätzen zur Verbesserung von beruflichen Schlüsselqualifikationen und interkulturellen Handlungskompetenzen liegen. Diese Qualifikationen sollen benachteiligten Jugendlichen und jungen Erwachsenen beim Einstieg in den Arbeitsmarkt helfen und sie bei der Integration in die Gesellschaft unterstützen.

Integrationsangebote für Zuwandererinnen und Zuwanderer

Integrationspolitik ist ein wichtiger Baustein auch im Handeln gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus. Migrantinnen und Migranten sind als handelnde Akteure zu gewinnen. Es ist notwendig, sie nicht nur in der Rolle der (potenziellen) Opfer zu sehen, sondern ihre Expertise und ihr Wissen bei der Suche nach Lösungen als aktiv Handelnde einzubeziehen. Für neue Zuwanderer/innen ist eine Kultur des Willkommens weiter zu entwickeln.

Gleichzeitig gilt es die Probleme von Einwanderer-Communities mit Ethnozentrismus, Antisemitismus und Gewaltakzeptanz auch in den Blick zu nehmen (vgl. hierzu auch die Maßnahmen zu „Neue Ansätze zur Bearbeitung von Antisemitismus in der Einwanderungsgesellschaft“ in Abschnitt 4.1.1).

Maßnahmen der sozialen Integration von Zuwanderern/innen sind als Querschnittsaufgabe in der Politik des Berliner Senats verankert. Eine umfassende Strategie hat der Senat 2007 in seinem Integrationskonzept beschrieben.

Durch ein "Aktionsprogramm gegen Rassismus", das derzeit von der Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales erarbeitet wird und auf entsprechenden Empfehlungen des Landesbeirats für Integrations- und Migrationsfragen aufbaut, wird Berlin seine Maßnahmen für eine Kultur der Antidiskriminierung weiterentwickeln.

Im Rahmen des Bundesprogramms „Vielfalt tut gut“ werden Projekte gefördert, die Demokratieablehnung und Antisemitismus bei Jugendlichen thematisieren. Eine Reihe von Vorhaben wird durch eine Kofinanzierung aus dem Förderprogramm des Beauftragten für Integration und Migration und aus dem Programm „Soziale Stadt“ finanziell unterstützt. Auch das erwähnte Xenos-Programm des BMAS wird die Integration von Migranten und Migrantinnen in den Arbeitsmarkt fördern.

Leitprojekt Beratung in Diskriminierungsfällen

Für die Integration von Zuwanderern ist eine Kultur der Gleichbehandlung und Hilfe bei diskriminierenden Vorfällen von entscheidender Bedeutung. Deswegen hat Berlin schon in den 1990er Jahren behördliche Beratungsstellen eingerichtet und die Gründung von Freien Trägern zu diesem Problemfeld aktiv unterstützt und gefördert. In der ausgeprägten und sehr differenzierten Beratungslandschaft der Stadt nimmt die Antidiskriminierungsberatung des ADNB eine beispielhafte Rolle ein. Die Sensibilisierung der Öffentlichkeit, die Beratung der von Diskriminierung Betroffenen und deren Unterstützung gehören zu den Zielen und Aufgaben des Antidiskriminierungsnetzwerks Berlin (ADNB) des Türkischen Bundes Berlin-Brandenburg (TBB). Mitgetragen werden diese Ziele durch zwei vom ADNB des TBB initiierte Netzwerke in Berlin: (1) das *Beratungsnetzwerk gegen Diskriminierung und Rassismus*, ein breites Bündnis von Berliner Beratungsstellen und -projekten und durch (2) das *Berliner Netzwerk von Anwältinnen und Anwälte gegen Diskriminierung*. Das ADNB des TBB bietet auch selbst Beratung an. Zudem führt das ADNB Fortbildungen für von Diskriminierung Betroffene (Empowermentansatz) und andere Personen an (Diversity Ansatz) und organisiert Informationsveranstaltungen. Die Hauptzielgruppe des ADNB des TBB sind Menschen mit Migrationshintergrund und People of Colour, die aufgrund unterschiedlicher Merkmale wie (zugeschriebene) ethnische Herkunft, Hautfarbe, Sprache, Geschlecht, Alter, Religion oder einer Behinderung von Diskriminierung betroffen sind oder sein können.

Der Berliner Senat fördert dieses Leitprojekt aus dem beim Beauftragten für Integration und Migration etatisierten Landesprogramm gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus.

Interkulturelle Öffnung und kompetentes Handeln staatlicher Institutionen

Die Analysen zu Rassismus in Berlin zeigen, dass Rassismus auch in Verwaltungen und sonstigen öffentlichen Einrichtungen vorkommt. Deshalb arbeiten diese an ihrem demokratischen Selbstverständnis und reflektieren ihre (interkulturelle) Kommunikation. Das kompetente Handeln staatlicher Institutionen wird in dieser Hinsicht kontinuierlich weiterentwickelt.

Die Integration der Migranten/innen setzt voraus, dass ihnen die Gesellschaft ihrerseits entgegenkommt, sich ihnen „interkulturell öffnet“. Dies betrifft vorrangig die Organisationen und Institutionen der Gesellschaft und unter diesen wiederum vor allem die öffentlichen Verwaltungen, auch wegen ihrer Vorbildfunktion für die Gesellschaft als Ganzes.

Trotz positiver Entwicklungen gerade in den letzten Jahren gibt es immer noch erhebliche Zugangsbarrieren für Migranten/innen bei Verwaltungen und sozialen Diensten aufgrund

sprachlicher und kulturell bedingter Verständigungsschwierigkeiten. „Interkulturelle Öffnung“ bezeichnet demgegenüber gleiche Chancen des Zugangs von Migranten/innen zu Behörden, sozialen Diensten und Einrichtungen und eine gleichwertige Versorgungsqualität für diese Zielgruppe.

Der Senat strebt eine Erhöhung des Anteils von Migranten/innen unter seinen Bediensteten an. Ihre Präsenz kann sich in mehrerer Hinsicht positiv auswirken und gegenüber Migranten/innen den Eindruck unterstreichen, dass die Verwaltungen keine Bastionen der Mehrheitsgesellschaft sind.

Leitprojekt Leitprojekte zur „Stärkung interkultureller Kompetenzen und Interkulturelle Öffnung von Verwaltungen

Die Zielkriterien der Personalentwicklung müssen im Rahmen eines interkulturellen Personalmanagements realisiert werden, das neben der Einstellungspolitik vor allem die notwendigen Fortbildungen zu veranlassen hat. Interkulturelle Öffnung betrifft aber nicht nur das Personal, sondern die gesamte Organisation: Dieses Ziel muss in Planung und Datenerhebung, Maßnahme- und Programmgestaltung, in Organisationsentscheidungen, Zuständigkeitsregelungen, Zielvereinbarungen, Qualitätsmanagement und anderem berücksichtigt werden. Mit anderen Worten: Interkulturelle Öffnung ist letztlich vor allem auch eine Sache des Organisationsmanagements. Wichtig ist dabei, dass sie von der Leitung in die Zielbestimmung der Organisation mit aufgenommen wird und dass sie auf allen Ebenen als Führungsaufgabe verankert wird. Der Berliner Senat fördert bereits im Rahmen des Integrationskonzeptes Leitprojekte in den Bereichen „Interkulturelle Personalentwicklung in der Verwaltung“, „Interkulturelle Organisationsentwicklung in ausgewählten Einrichtungen“ und „Angebote der Sprach- und Kulturmittlung (weiter)entwickeln“.

4.1.3 Stadt und Sozialraum

Die Untersuchungen des Berliner Verfassungsschutzes (Rechte Gewalt in Berlin 2003 bis 2006, Senatsverwaltung für Inneres und Sport, November 2007) verweisen auf eine sozialräumliche Ballung rechtsextremer Gewalt. Es liegt auf der Hand, auf diesen Tatbestand mit **sozialräumlich ausgerichteten Strategien** zu reagieren, die nicht einfach nur zu einer Verlagerung der örtlichen Problematik oder zu einer Verdrängung der Tätergruppen führen, sondern eine nachhaltige, bei den Sozialisationsinstanzen und den Tätergruppen ansetzende Prävention im Sozialraum ermöglichen. Die Identifikation entsprechender Ansatzpunkte in den Sozialräumen kann durch die Ermittlung des Ausmaßes gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in den „besonders belasteten“ Sozialräumen unterstützt werden.

In der sozialräumlichen Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus spielen die Stadtteilzentren eine wesentliche Rolle. Zu den Aufgaben der Stadtteilzentren gehört es, durch die Integration von ethnischen und weltanschaulichen Minoritäten sowie durch Unterstützung von Bürgerinnen und Bürgern bei ihren Initiativen, rechtsextremistischen und fremdenfeindlichen Positionen aktiv entgegen zu wirken.

Dabei orientieren die Stadtteilzentren besonders auf Prozesse der demokratischen Teilhabe und gesellschaftlichen Partizipation. Sie nehmen die Stärkung der Zivilgesellschaft und die aktive Mitwirkung von Bürgerinnen und Bürgern in den Blick und vermitteln demokratische Werte und Verhaltensnormen, wie Respekt, Toleranz, Vielfalt und Dialog.

In Kooperationsprojekten werden Migranten/innenorganisationen in ihren Brückenfunktionen zu verschiedenen Bevölkerungsgruppen und Communities gestärkt. Stadtteilzentren und weitere Einrichtungen im Sozialraum erhalten durch die Kooperation mit Migranten/innenorganisationen neue Impulse für ihre Arbeit.

Mit ihren Qualitätszielen und Arbeitsschwerpunkten in der Interkulturellen Arbeit wirken die Stadtteilzentren auch gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus, indem sie eine Kultur der Vielfalt stärken und die gleichberechtigte Teilhabe aller Bevölkerungsgruppen in einer lebendigen Stadtteilgemeinschaft unterstützen.

Leitprojekt Lokale Aktionspläne im Rahmen des Bundesprogramms - Vielfalt tut gut“

Ein zentrales Ziel der zehn Lokalen Aktionspläne in den neun Berliner Bezirken ist, Bürgerinnen und Bürger für die Gestaltung einer demokratischen Kultur im Sozialraum zu gewinnen. Dies geschieht dadurch, dass sie als Experten für den eigenen Sozialraum neben den auf kommunaler Ebene verantwortlichen LAP-Koordinator/innen in alle Phasen des Aktionsplans (Problemanalyse, Ziel- und Handlungsplanung, Mitwirkung bei Entscheidungen, Umsetzungsbegleitung) aktiv und partizipativ einbezogen werden. Dies ist gegenüber den bisherigen Berliner Aktionsplänen, bei denen die zivilgesellschaftlichen Akteure eine Anregungs- und Empfehlungsfunktion wahrgenommen haben, eine qualitative Entwicklung. Mit den Aktionsplänen sollen sich prozesshaft in den ausgewählten Regionen auf Dauer angelegte lokale Bündnisse gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus bilden, in deren Mittelpunkt die präventive pädagogische Arbeit mit Kindern und Jugendlichen steht. Bestandteil der Arbeit der Aktionspläne ist eine sozialräumliche Bedarfsermittlung und die Initiierung von Interventionen. Das Programm sieht vor, dass die im Rahmen der Lokalen Aktionspläne konzipierten Projekte und Maßnahmen eng in bestehende Landesprogramme und Regelstrukturen eingebunden werden.

Die Begleitung des Gesamtprozesses der Planung und Umsetzung der Aktionspläne erfolgt im Rahmen eines Coachingverfahrens, das auf Landesebene an das Jugendprogramm respectABel angebunden ist. Es beinhaltet die Beratung und Begleitung der regionalen Koordinierungsstellen und Begleitausschüsse in allen Phasen des Prozesses (Konzipierung, Umsetzung, Öffentlichkeitsarbeit) sowie Angebote für bedarfsbezogenen Workshops und Weiterbildungen.

Eine themenbezogene fachliche Begleitung der Aktionspläne erfolgt außerdem in verschiedenen Bezirken (z. Z. Pankow, Lichtenberg, Neukölln und Treptow-Köpenick) durch die Mobilen Beratungsteams, die der Berliner Senat bereits als Beratungsfachdienste mit einer sozialräumlichen Ausrichtung unterstützt (vgl. Abschnitt 4.2.1).

4.1.4 Polizei und Verfassungsschutz

Staatliche Behörden setzen mit den ihnen zur Verfügung stehenden repressiven Instrumenten deutliche Grenzen gegen jegliche demokratiefeindliche Aktivitäten und gewalttätige Übergriffe gegenüber Minderheiten. Mit einer solchen Grenzsetzung verteidigen sie die Grundprinzipien der Demokratie mit rechtsstaatlichen Mitteln.

Der Senat und die Polizei werden die erfolgreichen Strategien in diesem Bereich, wie z. B. die nachhaltige Strafverfolgung, Vereinsverbote, Demonstrationsverbote, Auflösungen von Konzerten, Indizierung von Tonträgern weiterhin praktizieren. In der polizeilichen Aus- und Fortbildung ist die Vermittlung von interkulturellen Kompetenzen ein Schwerpunkt. Im Zentrum stehen dabei interkulturelle Bildungsangebote, die die soziale Kompetenz im Umgang mit ethnischen Minderheiten verbessern.

Strategien der polizeilichen Bekämpfung rechtsextremer Kriminalität

Um den vielfältigen Erscheinungsformen des Rechtsextremismus polizeilich zu begegnen, wurden in der Berliner Polizei fachspezifische Dienststellen aufgebaut und die behörden- und länderübergreifende Zusammenarbeit ausgebaut.

Die seit Dezember 1992 bestehende **Operative Ermittlungsgruppe „Politisch motivierte Straßengewalt“** im Landeskriminalamt (LKA) hat sich zu einer unverzichtbaren operativen Komponente bei der Bekämpfung des Rechtsextremismus entwickelt. Neben der Bekämpfung spezieller Phänomene der organisierten rechtsextremistischen Kriminalität im Rahmen der Strafverfolgung ist die Zielrichtung dieser Einheit, durch offene und verdeckte Aufklärung politische Gewalttäter bekannt zu machen und Gefahren abwehrend zu beobachten (z. B. Veranstaltungsbegleitung) sowie Strategien zu entwickeln, die politische Straftaten möglichst bereits im Ansatz verhindern, u.a. durch Aufklärungstreifen, Kontaktgespräche und sogenannte Gefährderansprachen. Von besonderer Bedeutung ist dabei die enge Zusammenarbeit mit dem Polizeilichen Staatsschutz im Landeskriminalamt (LKA 5), der Staatsanwaltschaft, die Unterstützung durch die Polizeidirektionen sowie ein intensiver Erkenntnisaustausch mit anderen Bundesländern.

Politisch motivierte Kriminalität (PMK - Rechts): Im LKA werden Strukturermittlungen im Bereich des organisierten Rechtsextremismus durchgeführt, insbesondere intensive Ermittlungen zu Gruppierungen und relevanten Einzelpersonen hinsichtlich aktueller Aktivitäten und Aufenthaltsorte etc.

Zur schnellen Reaktion auf die steigende Anzahl von Anzeigen oder Hinweisen zu rechtsextremistischen Erscheinungsformen im Internet wurden im LKA 5 spezielle Internet-Arbeitsplätze eingerichtet. Hierdurch wird die beweiskräftige Sicherung der veröffentlichten Daten ermöglicht. Im Rahmen der Ermittlungen zu im Internet eingestellten strafrechtlich relevanten Sachverhalten werden die Provider auf verbotene Inhalte hingewiesen.

Behörden- und länderübergreifende Zusammenarbeit: Im Rahmen der „Gefahrenabwehr“ (Verhütung von Straftaten, Erkennen jugendgefährdender Orte) werden durch die Ermittlungskommissariate des LKA 5 Erkenntnisse zu Trefforten rechtsorientierter Jugendlicher und Personalien rechtsextremistischer Minderjähriger an die jeweils zuständigen Bezirksämter (Abt. Jugend und Familie) zur Veranlassung einer gezielten Betreuung in dortiger Zuständigkeit weitergegeben. Das LKA unterstützt und berät die Dienststellen des Landeskriminalamtes Brandenburg bei länderübergreifenden Veranstaltungen mit Beteiligung Berliner Rechtsextremisten auch vor Ort.

Polizeiliche Präventionsmaßnahmen der Senatsverwaltung für Inneres und Sport

Zur Aufgabe der Polizei gehört die effektive Strafverfolgung rechtsextrem motivierter Straftaten. Ihr Handeln hat dabei repressive wie präventive Zielrichtungen. Mit Instrumenten wie Schwerpunkteinsätzen mit Personenkontrollen und Kontaktgesprächen, Aufklärungstreifen (offen und verdeckt) oder Gefährderansprachen beugt die Polizei potenziellen Straftaten vor und demonstriert durch Offenes Begleiten rechter Veranstaltungen durch das LKA die Präsenz des Rechtsstaates. Aber auch durch den Austausch und die Kooperation mit Multiplikatorinnen und Multiplikatoren im Gemeinwesen und in den Verwaltungen sowie durch ihre Öffentlichkeitsarbeit und ihre Fortbildungsangebote leistet die Polizei einen Beitrag zur Prävention.

Die Berliner Polizei flankiert und optimiert ihre präventiven Maßnahmen durch Austausch und Kooperation mit Multiplikatorinnen und Multiplikatoren im Gemeinwesen und in den Verwaltungen. Sie sucht den Informationsaustausch mit Sozialarbeitern und Streetworkern regionaler Jugendclubs und dem Projekt „Standpunkte“ – Pädagog/innen gegen Rechtsextremismus und Antisemitismus. Sie leistet Unterstützung bei der Bildung von Netzwerken (Schulpsychologie / Polizei / Jugendamt) und dem Abschluss von Kooperationsplänen zwischen Schule – Polizei. Sie nimmt an Runden Tischen auf bezirklicher Ebene teil und sucht den Erfahrungsaustausch mit den Fachdiensten freier Träger wie „ReachOut“ und „MBR“ (Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus), dem Mobilen

Beratungsteam „Ostkreuz – Netzwerke gegen Rechts“ und dem „Zentrum Demokratische Kultur“ (ZDK).

Im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit und der Fortbildungen und Schulungen bietet die Polizei Vorträge in Schulen durch das LKA an. Präventionsbeamten/innen der Polizeidirektionen und der Polizeiabschnitte führen innerhalb des Projekts „Wissen und Bildung als Schutzfaktor zu Rechtsextremismus“ auf Nachfrage Informationsveranstaltungen in Schulen durch. Außerdem nimmt die Polizei regelmäßig an Besprechungen und Tagungen der Landeskommission Berlin gegen Gewalt teil. Zudem ist seit dem 25.08.2000 das „Infotelefon rechts“ geschaltet (insgesamt 588 Anrufe). Hinweisgeber können auch ohne Anzeigenzwang Hinweise zu Personen, Organisationen und Objekten oder anderen Sachverhalten geben und fachspezifische Auskünfte/ Ratschläge erhalten. Darüber hinaus hat die Polizei einen Handzettel für Zeugen/Opfer rechtsextremistischer Straftaten entwickelt.

Die Berliner Polizei entwickelt auch ihre internen Kompetenzen im Umgang mit Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus weiter. Die Lernziele der Ausbildung sind in den einzelnen Fächern durchgängig auf grundlegende rechtsstaatliche Prinzipien wie die Beachtung der Menschenwürde, die Verwirklichung der Menschen- und Bürgerrechte und die gegenseitige Toleranz im Umgang mit Menschen anderer ethnischer Herkunft ausgerichtet. In der polizeilichen Fortbildung steht den Polizeibeamten aller Laufbahnen das breit gefächerte Fortbildungsprogramm der ZSE IV (ehem. Landespolizeischule) zur Verfügung. Im Jahr 2008 soll die Seminarreihe „Polizei und Zuwanderer – Herausforderungen und Perspektiven“ 12-mal durchgeführt werden und gemeinsam mit Vertretern nichtdeutscher Verbände in Berlin (z. B. Bund gegen ethnische Diskriminierung in der Bundesrepublik Deutschland, Türkische Gemeinde Berlin, Afrikazentrum e.V., Südosteuropäisches Kulturzentrum u.a.m.) in Zusammenarbeit mit dem Integrationsbeauftragten des Senats gestaltet werden. Durch die Verknüpfung mit dem bekannten TiK-Projekt (Transfer interkultureller Kompetenz) erfährt diese Seminarreihe seit Herbst 2007 eine Anpassung an die aktuellen Herausforderungen.

Maßnahmen der Abteilung II Verfassungsschutz der Senatsverwaltung für Inneres und Sport

Der Verfassungsschutz arbeitet auf drei Strategieebenen: Informationsbeschaffung, Informationsbearbeitung und Informationsweitergabe. Er beobachtet und analysiert extremistische Bestrebungen. Er informiert Entscheidungsträger und staatliche Institutionen auf der einen Seite und die allgemeine Öffentlichkeit auf der anderen Seite über die Ergebnisse. Die Beratung von Entscheidungsträgern und staatlichen Institutionen kann sowohl strategische Beratung mit langer Zeitperspektive als auch die kurzfristige Zulieferung zu Exekutivmaßnahmen umfassen.

Diese Betonung von Repressionsstrategien negiert nicht die Tatsache, dass es sich beim Rechtsextremismus um ein gesellschaftliches Phänomen handelt. Staatliche Sanktionen alleine lösen das Problem nicht. Ein Schwerpunkt bei der Bekämpfung des Rechtsextremismus liegt in der Prävention, an der alle gesellschaftlichen Kräfte mitwirken müssen. Dennoch spielen im Kampf gegen den Rechtsextremismus staatliche Sanktionen eine ganz entscheidende Rolle, da sie klare Trennlinien und Grenzen aufzeigen. So können auch die finanziellen Ressourcen des Rechtsextremismus beschnitten werden. Die Produktion und der Handel mit rechtsextremistischer Musik ist eine der wenigen Quellen materieller Ressourcen des Rechtsextremismus. Um dies zu unterbinden, hat Berlin in den vergangenen Jahren eine strikte Strategie umgesetzt.

Eine Schwächung der organisierten rechtsextremistischen Szene wird auch durch die Verbote ihrer Vereinigungen erreicht. Die Einstellungen der Personen kann man mit Verboten zwar nicht ändern, aber man behindert sie dennoch in ihren Aktionen und erschwert es ihnen, neue Anhänger zu finden.

Neben der eher klassischen Rolle des Verfassungsschutzes als Berater von Entscheidungsträgern ist die Information der allgemeinen Öffentlichkeit von zunehmender Bedeutung. Der Verfassungsschutz unterstützt die allgemeine Öffentlichkeit insbesondere durch die Bereitstellung empirischer Informationen über den Rechtsextremismus. Zu nennen sind hierzu neben dem jährlichen Verfassungsschutzbericht die Publikationen der „Info-Reihe“ und die „Im Fokus“-Studien. Zu erwähnen ist auch die Beratungstätigkeit an Schulen, in Polizeidirektionen, Bezirken und Nichtregierungsorganisationen, also jenen Institutionen, die direkt in Kontakt mit Rechtsextremisten kommen. Sie hat das Ziel, Informationen über und Argumente gegen den Rechtsextremismus anzubieten. Darüber hinaus ist es wichtig, mit diesen oft sehr engagierten Praktikern in Verbindung zu bleiben und über neue Entwicklungen informiert zu werden.

4.2 Querschnittsthemen und Projekte

4.2.1 Demokratische Potenziale der Gemeinwesen stärken – Zivilgesellschaftliches Handeln gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus unterstützen und fördern

Ein Ort für die demokratische Regelung von Konflikten ist die Zivilgesellschaft in der die Interessen und Bedürfnisse durch demokratische Beteiligung, Meinungsbildung und Kontrolle geregelt sind bzw. geregelt werden können.²³ Mit Beratungsangeboten und den damit verbundenen Partizipationsmethoden unterstützt der Berliner Senat den Dialog zu gemeinsamen Werten und Zielen im Gemeinwesen. In Stadtforen, Zukunftswerkstätten, Bürgerinitiativen, bürgerschaftlichen Projekten, Runden Tischen werden unterschiedliche Interessen transparent gemacht, in Beziehung gesetzt, bewertet und verhandelt. Die Regelung von Konflikten und das Aushandeln von tragfähigen Ergebnissen sind eng geknüpft an die Anerkennung der Rechts- und Beteiligungsgleichheit. Dafür muss gewährleistet sein, dass alle sozialen Gruppen an den öffentlichen Aushandlungsprozessen partizipieren können und sich unbeschadet in öffentlichen Räumen bewegen und verhalten können. Die Anerkennung von Rechten in Konflikten und eine Kultur des Respekts und der Antidiskriminierung gehören damit zum Leitbild und zur bestimmenden Qualität der demokratischen Stadtgesellschaft in Berlin.

Dass es rechtsextreme Kräfte in Berlin vergleichsweise schwer haben, liegt u.a. an den vielen Bürgerinnen und Bürgern, die sich zivilgesellschaftlich für eine demokratische und lebenswerte Stadtgesellschaft einsetzen. Vereine, Kirchen, Gewerkschaften und Jugendverbände spielen durch ihre Beiträge zur Erziehung zu Demokratie und Toleranz eine wichtige Rolle bei der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus. Sie bilden die Grundlage für eine erlebbare Demokratie. Berlin verfügt damit über hervorragende demokratische Potenziale. Diese müssen unterstützt, gestärkt und weiterentwickelt werden. Konkretes zivilgesellschaftliches Handeln gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus kann die Anknüpfungsmöglichkeiten für rechtsextreme Politik auf lokaler Ebene minimieren.

Zivilgesellschaftliche Naivität ist allerdings nicht angebracht. Auch antidemokratische und rechtsextreme Kräfte versuchen sich in der Zivilgesellschaft zu etablieren. Beratungs- Fortbildungs- und Informationsangebote ermöglichen es demokratischen Akteuren die Inhalte, Hintergründe und Entwicklungen des Rechtsextremismus zu erkennen, um auf dieser Grundlage kompetentes zivilgesellschaftliches Handeln auf der Basis menschenrechtlicher Standards zu entwickeln. Nur informierte Bürgerinnen und Bürger können dem Eindringen menschenverachtender Akteure in die Zivilgesellschaft begegnen. Ihr Instrumentarium ist die soziale Ächtung menschenverachtender Ideologien und das bessere Argument für ein demokratisches Gesellschaftsmodell.

In jedem Gemeinwesen gibt es „Schlüsselpersonen“, die die lokalen Diskurse wesentlich prägen. Soll das Gemeinwesen aktiviert werden, müssen sie als Unterstützer für Maßnahmen der Demokratieentwicklung gewonnen und einbezogen werden. Mit ihnen zusammen sind in den Sozialräumen partizipatorische Projekte zu entwickeln, die eine Identifikation mit dem eigenen Sozialraum stärken. (vgl. Abschnitt 4.3.1)

Unterstützung für die demokratische Zivilgesellschaft und staatliche Institutionen - Verstetigung einer Beratungs- und Dokumentationsinfrastruktur

Der Berliner Senat wird zur Unterstützung des demokratischen zivilgesellschaftlichen Handelns die bewährte Beratungs- und Dokumentationsinfrastruktur in Berlin verstetigen. Die Mobilen Beratungsteams aus dem ehemaligen Bundesprogramm Civitas werden gesichert und auf eine verlässliche Basis gestellt. Sie verfügen über Fachwissen, arbeiten in interdisziplinären Teams und können Kooperationen zwischen staatlichen Institutionen und zivilgesellschaftlichen Initiativen initiieren und unterstützen. Diese Teams sollen prozessorientiert und mit einer dialogischen Herangehensweise arbeiten. Zur Sicherung dieser Strukturen werden neben Landesmitteln auch die Mittel aus dem Bundesprogramm „kompetent. Für Demokratie“ eingesetzt. Der Senat nutzt dieses Programm zur Einrichtung zweier Erstkontaktstellen, die anlassbezogene Interventionsstrategien gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus entwickeln.

Eine bedeutende Rolle werden auch weiterhin Projekte einnehmen, die, wie z. B. das „Antifaschistische Pressearchiv und Bildungszentrum Berlin“ oder das „Archiv der Jugendkulturen“, kontinuierlich die Entwicklungen des Rechtsextremismus in Berlin dokumentieren. Hierbei ist es wichtig, dass die daraus resultierenden Informationen auch für Akteure der Zivilgesellschaft und Pädagoginnen und Pädagogen bedarfsgerecht aufbereitet und nutzbar gemacht werden. Entsprechende Dokumentationsprojekte sollten die Entwicklungen des Rechtsextremismus in der gesamten Region Berlin-Brandenburg im Blick haben.

Leitprojekt Mobile Beratung für Demokratieentwicklung gegen Rechtsextremismus

Die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus (MBR) begleitet und berät Initiativen, Organisationen, Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Einzelpersonen, die sich in Berlin gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus engagieren und einen Beitrag für eine menschenrechtsorientierte Kultur im Gemeinwesen leisten möchten. Das Beratungsangebot zielt auf die Befähigung dieser Akteure, die Probleme angemessen einzuschätzen und auf dieser Grundlage Handlungsziele und Handlungsstrategien für ihr Engagement, ihre Einrichtung, ihren Verantwortungsbereich zu entwickeln. Die MBR unterstützt Verwaltungen und Akteure der Zivilgesellschaft dabei, konkrete Probleme mit Rechtsextremismus und Antisemitismus in demokratischen Verfahren zu bearbeiten und einzudämmen. Die MBR bringt Institutionen und einzelne Initiativen zusammen, regt ihre Kooperation an und moderiert gemeinsame Planungsprozesse. Das Beratungsprojekt MBR wurde im Rahmen des Bundesmodellprogramms CIVITAS entwickelt und durch den Berliner Senat kofinanziert. Die MBR ist seit Juli 2007 im Rahmen des „Berliner Beratungsnetzwerkes“ Erstkontaktstelle für Bürgerinnen und Bürger, für Verwaltungen und Organisationen der Zivilgesellschaft, wenn sie Probleme des Rechtsextremismus und Antisemitismus wahrnehmen und bearbeiten wollen.

Leitprojekt Mobile Beratung für Demokratieentwicklung, Menschenrechte und Integration

Das Mobile Beratungsteam »Ostkreuz« berät und unterstützt lokale Akteure und Initiativen, die sich im Sinne der Grundwerte einer freiheitlich-demokratischen Menschenrechtskultur und für ein friedliches und gleichberechtigtes Zusammenleben im Gemeinwesen engagieren. Das Projekt weist eine besondere Expertise in seinen Arbeitsbereichen „Zusammenleben in der Einwanderungsstadt Berlin – Umgang mit ethnisierten und konfessionalisierten Konflikten“ und „Schule, Berufsvorbereitung und Ausbildung als Integrationssysteme – demokratie-fördernde Gestaltung von Vielfalt“ aus.

Das Projekt initiiert in Partizipationsverfahren kritische Dialoge im Gemeinwesen, in der Schule und/oder der Berufsausbildung, die eine sachliche und differenzierte Auseinandersetzung über die Probleme der lokalen Stadtentwicklung und vor allem des gesellschaftlichen Zusammenlebens ermöglichen. Das Beratungsprojekt „Mobiles Beratungsteam – Ostkreuz“ wurde im Rahmen des Bundesmodellprogramms CIVITAS entwickelt, durch den Berliner Senat kofinanziert und derzeit im Rahmen des Landesprogramms gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus finanziell unterstützt.

Leitprojekt **Dokumentation rechtsextremer Entwicklungen**

Das Antifaschistische Pressearchiv und Bildungszentrum Berlin e.V. (Apabiz) bietet Informationen, Materialien und Bildungsangebote im Themenbereich Rechtsextremismus, Antisemitismus und Rassismus an. Zu diesem Zweck betreibt das Apabiz ein umfangreiches öffentlich zugängliches Archiv und führt Bildungsveranstaltungen durch. Seit Bestehen des Projektes wurde ein Netzwerk von Akteuren geknüpft, in dem das Archiv die Aufgabe hat, Informationen, Handlungsstrategien und Know-how zu sammeln und weiterzugeben. Das Projekt möchte damit die Rahmenbedingungen für zivilgesellschaftliche Initiativen verbessern, indem Wissen und Erfahrungen zur Verfügung gestellt werden. Das Apabiz bietet Initiativen Schulungen und Beratungen zum Themenbereich an. Mit Hilfe von Lehrmaterial wie Bildungskoffer und Handreichungen, wird die Auseinandersetzung auch nach oder unabhängig von Bildungsveranstaltungen vertieft.

4.2.2 Unterstützung für die Opfer rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt

Die Opfer rechtsextremer Gewalt werden nicht alleine gelassen! Der Senat trägt dafür Sorge, Opfern rechtsextremer Gewalt und von Diskriminierung Betroffenen Beratung anzubieten mit dem Ziel, sie als handelnde Akteure einzubeziehen. Die Existenz einer zielgruppenbezogene Antidiskriminierungs- und Beratungsarbeit ist selbstverständlicher Teil einer anspruchsvollen Landeskonzeption für Demokratie gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus. Um dies zu unterstreichen fördert der Berliner Senat ein Opferberatungsprojekt und eine Anlaufstelle zur Antidiskriminierungsberatung (vgl. das entspr. Leitprojekt in Abschnitt 4.1.2).

Darüber hinaus ist die Solidarität und die Unterstützung für Opfer rechter Gewalt eine Aufgabe auch jenseits der Opferberatung. Polizei und Justiz sensibilisieren sich für die besondere Situation der angegriffenen Personen. Bei den Sozialräumlichen Ansätzen, wie den LAPs sind die Perspektiven der Opfer und die Erfahrungen und Kompetenzen potentieller Opfergruppen einzubeziehen. Öffentliche Solidarität erfahren Opfer rechter Gewalt auch durch den Berliner „Ratschlag für Demokratie“.

Leitprojekt **Beratung für Opfer rechter, rassistischer und antisemitischer Straf- und Gewalttaten**

Der Verein Ariba e.V. hat mit seinem Projekt „ReachOut - Opferberatung“ ein spezifisches Beratungsprofil für Opfer rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt in Berlin entwickelt. Opfer von Gewalttaten werden mit Hilfe des Projektes psychisch stabilisiert und erlangen ihre Handlungsfähigkeit zurück. Die angegriffenen Personen werden darin unterstützt selbst für ihre Interessen und Rechte einzutreten. In öffentlichen und fachlichen Diskursen werden kollektive Viktimisierungsprozesse berücksichtigt und kenntlich gemacht. Die Beratung ist parteilich im Sinne der Bedürfnisse der Betroffenen. Sie ist aufsuchend und betreibt Recherchen zu Fallhintergründen und Bedarfslagen der Opfer. Darüber hinaus enthält diese spezifische Form der Beratung folgende Elemente: Psychosoziale Beratung, Beratung zur Anzeigenstellung, Begleitung zur Polizei, zu Behörden und Ärzt/innen, Begleitung in gerichtlichen Verfahren, Klärung der Entschädigungsansprüche und Antragsberatung, Öffentlichkeitsarbeit und Kontakt zu Medien, Vermittlung zu Menschen vor Ort, die Unterstützung leisten können.

Das Beratungsprojekt „ReachOut“ wurde im Rahmen des Bundesmodellprogramms CIVITAS entwickelt und durch den Berliner Senat kofinanziert. Das Projekt ist seit Juli 2007 im Rahmen des „Berliner Beratungsnetzwerkes“ Erstkontaktstelle für Opfer rechts- oder antisemitisch motivierter Gewalttaten. Das Leitprojekt wird derzeit im Rahmen des Landesprogramms gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus des Berliner Senats gefördert. Das Projekt ist außerdem Erstkontaktstelle für Opfer rechtsextremer Gewalt im Rahmen des vom Bundesprogramm „kompetent. Für Demokratie“ geförderten Berliner Beratungsnetzwerkes.

Leitprojekt Die Toleranzkampagne gegen Homophobie

Ein Blick auf die gegebenen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen zeigt unterschiedliche Einstellungen gegenüber homosexuellen Menschen: Einerseits schützen rechtliche Rahmenbedingungen Lesben, Schwule, Bisexuelle und Transgender Personen vor Ausgrenzung und sanktionieren Gewaltstraftaten, andererseits zählen diskriminierende Äußerungen wie "schwule Sau" zu Alltagserfahrungen von vielen jungen Menschen. Schwulenfeindlichkeit und Homophobie sind Bestandteile rechtsextremen Gedankenguts

Der Verein Mann-o-Meter führt seit 2006 eine landesweite Toleranzkampagne durch. Die Kampagne verdeutlicht, dass Berlin eine tolerante und weltoffene Stadt ist, wo Ausgrenzung von homosexuellen Menschen nicht akzeptiert wird und trägt dazu bei, dass Homophobie und Gewalt in der Öffentlichkeit mehr kritische Beachtung finden. Notwendige emanzipatorische Aufklärungsarbeit wird damit gefördert. Der Regierende Bürgermeister ist Schirmherr dieser Kampagne.

Das Projekt besteht aus verschiedenen Teilen, dazu gehören: Großflächige Plakate zur Aufklärung von Homosexualität innerhalb der Stadt, internationale Veranstaltungen zum Zwecke der Vernetzung mit anderen europäischen Großstädten zum Thema Homophobie, sowie eine Umfrage bei schwulen und bisexuellen Jugendlichen und Männern, die Gewalterfahrungen erlebt haben. Von über 3000 Antworten haben ca. 1/3 der schwulen Männer Erfahrungen von Ausgrenzung und Gewalt in den letzten 12 Monaten gemacht. Des Weiteren wurde z.B. zur Fußballweltmeisterschaft eine breit angelegte Plakataktion durchgeführt, die Homosexualität als das letzte große Tabu des Fußballsports hinterfragte.

Die Toleranzkampagne wird von der Landesstelle für Gleichbehandlung – gegen Diskriminierung des Berliner Senats und mit Mitteln der deutschen Klassenlotterie unterstützt.

4.2.3 Stärkung der Demokratie durch Verbesserung der Teilhabe

In Berlin werden bereits vielfältige Bürgerbeteiligungsverfahren praktiziert. Quartiersräte, Mieterbeiräte, Jugendräte, Bürger/innenhaushalt, Kinder- und Jugendbeteiligungsbüros sind nur eine Auswahl von Beispielen bereits angewandeter Partizipationsverfahren in den Bezirken. Die Bearbeitung von Problemen mit Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus ist in diese Beteiligungsprozesse aber noch nicht systematisch eingefügt. Mit Partizipationsmethoden wie aktivierenden Sozialraumbefragungen, Zukunftswerkstätten oder Planungszellen sollten demokratische Akteure in den Sozialräumen bei der Gestaltung von demokratischen Zukunftsvisionen für Kieze, Quartiere, Sozialräume unterstützt werden. Beispielsweise könnte ein themenzentrierter Austausch von Partizipationsprojekten und – einrichtungen (z. B. unter Beteiligung der Kinder- und Jugendbeteiligungsbüros der Bezirke) den Maßnahmen gegen Rechtsextremismus – für Demokratie neue Impulse verleihen. Der Senat wird prüfen in welcher Form eine entsprechende Vernetzung möglich ist.

Der Berliner Senat wird sich weiterhin für mehr Transparenz in der Landes- und Bezirkspolitik einsetzen, die Vereinfachung der Gesetzgebung zum Bürgerbegehren voran treiben, lokale Beteiligungsprozesse, insbesondere im Rahmen des Programms „Soziale Stadt“ unterstützen und mit der Berliner Einbürgerungskampagne und der Bundesratsinitiative für das kommunale Wahlrecht für Nicht-EU-Bürger die politische Partizipation von Einwanderern fördern. Ein weiterer Ansatz zur Förderung von Partizipation von Zuwanderern ist die „Weiterentwicklung des Integrationsbeirates“ im Rahmen des Berliner Integrationskonzeptes.

Bei der Klärung von Konflikten in Gemeinwesen im Zusammenhang gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit wird der Senat konkrete Partizipationsverfahren unterstützen. Mit der Schaffung des Interventionsfonds des Berliner Beratungsnetzwerkes stehen Mittel zur Durchführung von Partizipationsverfahren im Sinne anlassbezogener Interventionen zur Verfügung. Der Berliner Senat nimmt dafür die Mittel des Bundesprogramms „kompetent. Für Demokratie“ in Anspruch und leistet die notwendige Kofinanzierung.

Neue Wege der Partizipation Jugendlicher

Zur Förderung von Partizipation, Teilhabe und Mitwirkung und insbesondere der Bereitschaft zur Übernahme von Verantwortung durch Jugendliche wird die Einrichtung von „Jugendräten“ in den Gebieten der Sozialen Stadt angestrebt. Diese aus dem Programm „Soziale Stadt“ finanzierte Maßnahme soll die potenziellen Ressourcen in QM-Gebieten aktivieren, modellhaft Engagement fördern und damit eine Lücke in adäquater Form schließen. Mit der Fokussierung auf strukturschwache Stadtteile wird beabsichtigt, insbesondere die Einbeziehung von Jugendlichen mit formal niedriger Bildung zu erreichen.

Leitprojekt „Servicestelle Jugendräte“ im Rahmen des Programms Soziale Stadt

Das Projekt wird Beteiligungsformen für Jugendliche in Berliner Quartieren eröffnen. In Übungsfeldern können die Jugendlichen die Übernahme von Verantwortung erlernen. Dies soll ihre potenziellen Ressourcen aktivieren und modellhaft Engagement fördern. „Jugendräte“ werden als ständige Vertretung der Jugendlichen und jungen Erwachsenen im Alter von 15 bis 25 Jahren in den bestehenden Quartiersstrukturen (Quartiersbeirat, Kiezrat) Beratungsrecht bzw. Anhörungsrecht in den Gremien haben. Weiterhin werden Sprecher in Beiräte delegiert, um die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung als federführende Verwaltung bei der Durchführung des Programms Soziale Stadt bei jugendrelevanten Fragen zu unterstützen. Sie übernehmen damit Aufgaben und Verantwortung für die für sie vor Ort relevanten Themenfelder. Dies können Integration, Konfliktlösung/Gewalt, Schule, Beruf, Freizeit sein. Die Jugendräte haben eine Größenordnung von sechs Jugendlichen pro Gebiet. Zur Unterstützung und Umsetzung ist eine Servicestelle eingerichtet. Die fachliche Steuerung obliegt der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und der Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung. Dabei wird die von ihr beauftragte Drehscheibe Kinder- und Jugendpolitik als Transferstelle des Landes eingebunden. Zentrale Kooperationspartner bei der operativen Umsetzung des Modellprojekts „Jugendräte“ sind die Bezirke von Berlin.

4.2.4 Die Arbeit mit problemauffälligen Personen und ihrem familiären Umfeld

Rechtsextreme Gewalt und ihre Ursachen zu bekämpfen ist eine gesamtpolitische Aufgabe, vor allem der Sozial- Bildungs- und Familienpolitik. Zivilgesellschaftliche Initiativen können einen Beitrag zur Ächtung von Gewalt leisten. Beratungsteams unterstützen Initiativen bei der demokratischen Thematisierung von Rechtsextremismus und Gewalt in den Bezirken. In Berlin arbeiten gut qualifizierte Mitarbeiterinnen in der Jugendhilfe u.a. als Streetworker bereits direkt mit der entsprechenden Klientel. Junge Männer sind offenbar besonders anfällig für

rechtsextrêmes Wahlverhalten, rechtsextrêmes Gewalthandeln und sonstige rechtsextrême Aktionsformen. Insgesamt soll deshalb die Arbeit im Problemzusammenhang der Landeskonzepzion mit jungen Männern mit formal niedriger Bildung ausgeweitet werden. In der Sozialen Arbeit mit rechtsextrém orientierten Jugendlichen sind deren traditionelle Familien- und Männlichkeitsbilder deutlicher zu thematisieren. **Gewaltaffinen Jugendlichen** sind Möglichkeiten zur Integration zu eröffnen. Sie brauchen eine kompetente Begleitung und einen Wertedialog. Ihr Gewalthandeln und möglicherweise rassistisches und antisemitisches Gedankengut ist in Beziehungsarbeit zu thematisieren ohne „von oben herab“ zu belehren. Es sind die Gründe für den Einstieg in rechtsextrême Szenen zu ermitteln und zu bearbeiten.

Eltern dürfen nicht allein gelassen werden, wenn sie bemerken, dass ihre Kinder in rechtsextrême Szenen hinein geraten. Ihre erzieherischen Kompetenzen sind zu unterstützen. Der Austausch und die Vernetzung betroffener Eltern ist hierfür notwendig. Der Berliner Senat wird eine entsprechende Projektförderung prüfen. Einzubeziehen sind die Erziehungs- und Familienberatungsstellen sowie die Träger der freien Jugendhilfe, die „Hilfen zur Erziehung“ anbieten.

Der Berliner Senat und die Berliner Bezirke unterstützen Vorhaben zu diesem Feld in ihrer Regelarbeit. Jugendämter, Jugendgerichtshilfe, Träger der freien Jugendhilfe und aufsuchende Jugendsozialarbeit leisten gemeinsam mit der Polizei einen wichtigen Beitrag zur Minimierung von Jugenddelinquenz. Verschiedene Projekte der Sportjugend Berlin arbeiten bereits seit Jahren, z. T. in Zusammenarbeit mit der Polizei, mit rechtsextrém gefährdeten Jugendlichen im Rahmen der Gewaltprävention. Auch der Verein Gangway e.V. spricht mit seiner aufsuchenden, an den Stärken und Fähigkeiten von Jugendlichen ansetzenden Straßensozialarbeit diese Zielgruppe an und trägt zur Prävention rechts-motivierter Gewalt bei.

Der Berliner Senat wird prüfen, inwiefern die vorhandene Arbeit mit „gewaltaffinen“ Jugendlichen durch neue Projektformate, die beispielsweise bei der Problembearbeitung im Zusammenhang Gewalt – Rechtsextrémismus / Rassismus / Antisemitismus bei Jugendlichen im Strafvollzug ansetzen, verstärkt gefördert werden kann. Entsprechende Projekte verbinden Methoden aus der Anti-Gewaltarbeit mit Ansätzen der politischen Bildung und thematisieren Aspekte gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Bei Jugendlichen mit Migrationshintergrund stehen insbesondere die Themen Antisemitismus, Männlichkeitsbilder und Homophobie im Vordergrund.

Die Arbeit mit gewaltaffinen Jugendlichen erhält zusätzliche Impulse durch das Bundesprogramm "Vielfalt tut gut", das in seinem Themencluster „Arbeit mit rechtsextrémistisch gefährdeten Jugendlichen“ verschiedene Berliner Projekte fördert. Der Berliner Senat wird prüfen, inwiefern er sich durch Kofinanzierung an der Realisierung entsprechender Projekte beteiligen kann. Die Verzahnung dieser Maßnahmen mit den Regellaßnahmen wird eine Bedingung für entsprechende Mittelvergaben sein.

Einen erheblichen Anshub für Projekte in diesem Themenfeld verspricht sich der Senat auch durch das neue Bundesprogramm „XENOS – Integration und Vielfalt“. Im Rahmen dieses Programms werden innovative Modellvorhaben, die Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Diskriminierung nachhaltig entgegenwirken und die Integration von Jugendlichen und jungen Erwachsenen in die Gesellschaft unterstützen, gefördert (s.o.).

Die Landeskommision Berlin gegen Gewalt wird mit Veranstaltungen, Broschüren und Forschungsaufträgen Fachdebatten zum Themenfeld anregen. Auch die Fortbildungsmaßnahmen des sozialpädagogische Fortbildungsinstituts (SFBB) zielen auf die Förderung von Handlungskompetenz der Fachkräfte, z. B. in der Arbeit mit „rechten“ Jugendlichen, auf interkulturelle Kompetenz, Abbau von Vorurteilen, auf Trainings zur Konfliktvermeidung und zur Deeskalation.

Sport gegen Gewalt und Rechtsextremismus

Die Zielgruppe „gewaltaffine Jugendliche“ ist besonders mit Projekten zu erreichen, die Sport mit Gewaltprävention und der Thematisierung rechtsextremer Denkwelten verbinden. Solche Projekte können „soziales Lernen“ unterstützen und das Akzeptieren von für alle Menschen gleichermaßen geltende Regeln fördern. Voraussetzung dafür sind allerdings Szenarien, in denen der Sport in einer akzeptierten Atmosphäre eingebettet ist und sportliche Niederlagen keine Blamage darstellen. Zur Prävention von Rechtsextremismus sind Sportprojekte besonders geeignet, wenn sie auf Dominanz und Herrschaft basierende Männlichkeitsbilder thematisieren. Wichtig ist auch die Zusammenarbeit mit anderen Ressorts (z. B. Polizei) und der Erfahrungsaustausch mit weiteren Fachdiensten.

Neben der gewaltpräventiven Arbeit in Berliner Sportprojekten kann der Sport auch innerhalb seines Einflussbereiches für ein demokratisches Klima sorgen und damit demokratiefördernde Wirkungen in das Gemeinwesen erzeugen. Der Berliner Senat wird prüfen, inwiefern ein entsprechender Prozess durch die Schulung von Multiplikatorinnen und Multiplikatoren in Sportvereinen unterstützt werden kann. Außerdem wird der Berliner Senat anregen, dass Instrument der Sportstättenverordnung zu nutzen, um rechtsextreme, rassistische und antisemitische Beleidigungen und damit verbundene Handlungen auf den Sportgeländen dieser Stadt einzudämmen.

Leitprojekt SportJugendClub Lichtenberg“

Das Projekt bezieht sich insbesondere auf die Auseinandersetzung mit der Gewaltbereitschaft Jugendlicher, die bereits im Sozialraum durch rechtsextremistische Orientierungen und Verhaltensweisen aufgefallen sind. Das Projektteam verfolgt das Ziel, gewaltbereite und ausländerfeindliche Jugendliche an sinnvolle Sport- und Freizeitaktivitäten zu binden und durch Bildungs- und Diskussionsveranstaltungen demokratiekonforme Einstellungen und Verhaltensweisen zu fördern. Der SportJugendClub Lichtenberg arbeitet gezielt mit rechtsorientierten Jugendlichen mit Hilfe der Methoden „konfrontativer Pädagogik“. Das Projekt wird über Zuwendungen der Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung gefördert.

Leitprojekt „Fan-Projekt“ Berlin

Das Fan-Projekt der Sportjugend Berlin (seit 1990) richtet sich an jugendliche Fanszenen im Alter zwischen 16 und 24 Jahren aus dem Umfeld von Hertha BSC, 1. FC Union und BFC Dynamo. Jugendliche, die in den Stadien - und auch abseits davon - bereits durch Gewalt, extremistische oder ausländerfeindliche Äußerungen aufgefallen sind, sollen erreicht und in pädagogische Angebote integriert werden. Das Fan-Projekt hat im Zusammenwirken mit ordnungspolitischen Maßnahmen in den vergangenen Jahren erheblich zur Eindämmung von Gewalt und Extremismus im Umfeld des Fußballs beigetragen und wird auch künftig weitergeführt. Das Projekt wird über Zuwendungen der Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung gefördert. .

Leitprojekt „Fairplay im Fußball — Gemeinsam gegen Rassismus und Gewalt“

Die Landeskommission Berlin gegen Gewalt hat insbesondere im Jugend- und Amateurfußball mit Blick auf rechtsextremistische Haltungen, Einstellungen und Verhaltensweisen sowie auf Gewaltvorfälle zusätzliche Präventionsmaßnahmen angeschoben. Der Berliner Fußballverband hat vor diesem Hintergrund das Projekt „Fairplay im Fußball — Gemeinsam gegen Rassismus und Gewalt“ entwickelt. Aufklärungsarbeit und Fortbildungsangebote für Trainer, Übungsleiter, Schiedsrichter, Funktionäre, Sportrichter und Spieler sowie die Erstellung von Informationsmaterialien sind Bestandteil des Projekts. Darüber hinaus sind öffentlichkeitswirksame Aktionen mit den Mitgliedsvereinen vorgesehen.

4.3 Strategische Netzwerke der Landeskonzption

Neben den Regelmaßnahmen der einzelnen Verwaltungen hat der Berliner Senat vier Vernetzungsgremien als übergreifende Strukturen mit unterschiedlichen Profilen initiiert. Beim „Ratschlag für Demokratie“ und dem „Berliner Beratungsnetzwerk“ handelt es sich um neu gegründete Gremien, deren Mandat sich vorrangig gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus richtet. Der Ratschlag hat eine aktivierende Ausrichtung und soll für das demokratische Selbstverständnis Berlins bis in die „Mitte der Gesellschaft“ hinein werben. Das Beratungsnetzwerk ist ein Gremium von etwa 30 Fachleuten aus Nichtregierungsorganisationen, Wissenschaft und den Verwaltungen zur Entwicklung und Empfehlung von Handlungsstrategien gegen Rechtsextremismus. Die „Landeskommission Berlin gegen Gewalt“ und die Landesstelle für Gleichbehandlung – gegen Diskriminierung (LADS) greifen Themen auf, denen in der hier vorgelegten Landeskonzption vorrangige Bedeutung zukommt. Die Landeskommission Berlin gegen Gewalt erstellt fachliche Informationen, bereitet sie auf und vermittelt sie in die allgemeine Öffentlichkeit. Darüber hinaus initiiert sie Forschungsvorhaben und Modellprojekte. Die Antidiskriminierungsstelle koordiniert die Antidiskriminierungsarbeit des Berliner Senats und entwickelt die Beratungsinfrastruktur für von Diskriminierung betroffene Menschen weiter.

Jenseits dieser Berliner Netzwerkstrukturen ist das Land Berlin der „Städtekoalition gegen Rassismus“ beigetreten. Dabei handelt es sich um ein regionales Netz von über 70 europäischen Städten, die sich gemeinsam für einen wirkungsvollen Kampf gegen Rassismus, Diskriminierung und Fremdenfeindlichkeit einsetzen. Berlin hat sich in diesem Zusammenhang auf die Umsetzung eines 10-Punkte-Aktionsplans verpflichtet.

4.3.1 Der Ratschlag für Demokratie aktiviert die Stadtgesellschaft

Der in der Koalitionsvereinbarung 2006 beschlossene "Ratschlag für Demokratie" ist konzipiert als breit angelegtes Bündnis der bürgerlichen, zivilen Gesellschaft, das für die Ziele des Berliner Landesprogramms bis in „die Mitte der Gesellschaft“ werben soll. Im Januar 2008 hat sich der Ratschlag zu seiner konstituierenden Sitzung zusammen gefunden. Mitglieder des Ratschlags sind engagierte Berlinerinnen und Berliner, die mit ihrem Engagement auch als Vorbilder fungieren. Der Ratschlag wird den Begriffen „Kultur des Respekts“ und „Vielfalt/Pluralität“ als Leitbegriffen des künftigen Landesprogramms zur Geltung verhelfen. Dem Ratschlag kommt dabei die Aufgabe zu, in Form von Kampagnen, Veranstaltungen und sonstigen Aktionen eine Signalwirkung für ein demokratisches und vielfältiges Berlin zu initiieren. Örtliche Initiativen und Netzwerke werden öffentlich unterstützt und die Gesellschaft gegen rechtsextreme Aktivitäten, gegen Rassismus und Antisemitismus mobilisiert.

Für den Ratschlag lassen sich folgende konkrete Handlungsfelder herausstellen:

- Kampagnen für ein demokratisch-pluralistisches Berlin gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus;
- Unterstützung entsprechender Initiativen und ihren Mitgliedern;
- Konferenzen, Fach- und Diskussionsveranstaltungen zu den Themen „Demokratie und Rechtsextremismus“; Präzisierung der Begriffe „Vielfalt“ und „demokratische Stadtgesellschaft“, Diskussion von Möglichkeiten und Grenzen von Maßnahmen gegen Rechtsextremismus in Berlin;
- Aufrufe gegen rechtsextreme Aktivitäten in Berlin;
- Solidarisierungsmaßnahmen mit (potenziellen) Opfergruppen rechtsextremer/rassistischer und antisemitischer Gewalt.

Der Berliner Senat richtet für den Ratschlag für Demokratie eine Geschäftsstelle ein und unterstützt ihn mit einer Anschubfinanzierung für das Jahr 2008. Im Rahmen des Ratschlags ist

für 2008 der Start der Kampagne „Vielfalt und Respekt“ geplant. Die Kampagne soll für das Leitbild einer weltoffenen Gesellschaft werben, über eine Selbstverpflichtung zu Diskussionen anregen und damit eine Selbstvergewisserung der Menschen über gemeinsam geteilte demokratische Werte unterstützen. Die Kampagne geht mit einem Kurztext „Kampagne Vielfalt und Respekt – Berliner Verpflichtung“ und weiteren Medien an die Öffentlichkeit. Ein begleitendes Medienset soll methodische Anregungen enthalten, wie die Kampagne z. B. in Schulen, Betrieben, Kirchengemeinden etc. thematisiert werden kann. Die Mitglieder des Ratschlages beteiligen sich persönlich an der Kampagne und bringen Ressourcen ihrer Organisationen und Institutionen ein.

4.3.2 Das Berliner Beratungsnetzwerk führt Fachwissen zusammen

In den Initiativen, Fachdiensten und staatlichen Institutionen liegen hervorragende Expertisen und Kompetenzen für die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus vor. Deren Einbeziehung in die Politikplanung erfolgte bislang noch nicht systematisch und kontinuierlich.

Der Berliner Senat wird dieses Fachwissen vernetzen um eine gegenseitige Unterstützung dieser Akteure zu ermöglichen und neue Formen der Zusammenarbeit auszuprobieren. Eine Landeskoordinierungsstelle des Berliner Integrationsbeauftragten begleitet das „Berliner Beratungsnetzwerk“, das durch das Bundesprogramm „kompetent. Für Demokratie“ gefördert wird. In diesem Netzwerk tragen etwa 30 Expertinnen und Experten ihr Fachwissen zusammen und entwickeln gemeinsam fachliche Empfehlungen.

Das Beratungsnetzwerk hat sich im September 2007 konstituiert und leistet eine fachliche Begleitung der Berliner Landeskonzption gegen Rechtsextremismus. Im Prozess des regelmäßigen fachlichen Austauschs und der gegenseitigen Beratung werden Herangehensweisen verglichen, der Bedarf für neue und/oder weiterentwickelte Projektformen ermittelt und anlassbezogene Interventionsstrategien konzipiert. Zwei Fachdienste werden im Beratungsnetzwerk die besondere Funktion der Erstkontaktstellen einnehmen. Diese haben die Aufgabe, Einzelfälle anlass- und akteursorientiert zu beraten. Bei Bedarf können die Erstkontaktstellen weitere Beratungsangebote vermitteln bzw. in ihre Arbeit einbeziehen.

Zunehmend ist das Problem des organisierten Rechtsextremismus auch als ein Problem der gesamten Region Berlin-Brandenburg zu analysieren. Aus diesem Grund werden auch Expertinnen und Experten aus Brandenburg in das Berliner Beratungsnetzwerk miteinbezogen.

4.3.3 Die "Landeskommission Berlin gegen Gewalt" entwickelt Strategien der Gewaltprävention

Im Rahmen ihrer gewaltpräventiven Maßnahmen gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus führt die *Landeskommission Berlin gegen Gewalt* regelmäßig Veranstaltungen und Wettbewerbe durch, gibt Publikationen wie das Berliner Forum Gewaltprävention heraus und informiert über das Internet sowie über die Datenbank PräviS – das Informationssystem der Prävention im Netz. Sie wendet sich an die allgemeine Öffentlichkeit, an die Fachöffentlichkeit und an besondere Zielgruppen, z. B. Schülerinnen und Schüler, Multiplikatorinnen und Multiplikatoren, Lehrkräfte und Eltern. Darüber hinaus fördert die Landeskommission Berlin gegen Gewalt Forschungsvorhaben zum Themenfeld und initiiert Modellvorhaben. Die Maßnahmen der Kommission dienen insbesondere der fachlich fundierten Information, der Förderung von Vernetzung und der Weiterentwicklung von Strategien zur Gewaltprävention.

Die Landeskommission ist angesiedelt bei der Senatsverwaltung für Inneres und Sport.

4.3.4 Die "Landesstelle für Gleichbehandlung – gegen Diskriminierung" fördert eine Kultur der Antidiskriminierung

Zur Unterstützung der Durchsetzung des Rechts auf Gleichbehandlung und Nichtdiskriminierung hat die Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales 2007 eine *Landesstelle für Gleichbehandlung – gegen Diskriminierung* eingerichtet.

Die Weiterentwicklung der bestehenden Beratungsinfrastruktur im Hinblick auf seine Bedarfsgerechtigkeit, Effizienz und Netzwerkorientierung und die dadurch mögliche Vermittlung von kompetenten Beratungsangeboten an Menschen, die im Diskriminierungsfall verlässliche Hilfe suchen, gehört zu den wichtigsten Aufgaben der neu eingerichteten Landesstelle. Ihr Auftrag ist es zudem, die Antidiskriminierungsarbeit des Senats zu koordinieren und zur Stärkung einer Antidiskriminierungskultur in Berlin beizutragen.

Zu ihren Tätigkeitsschwerpunkten gehört Öffentlichkeits-, Sensibilisierungs- und Fortbildungsarbeit in Bezug auf Diskriminierungen und das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz zu leisten, Informationsmaterial bereitzustellen sowie zielgruppen- und themenschwerpunktbezogene Aktionen (Fachtage etc.) durchzuführen. Außerdem zählt zu ihren Aufgaben, strukturelle Ungleichbehandlungen und Mehrfachdiskriminierungen zu identifizieren, zu thematisieren und abzubauen, die Umsetzung des AGG in der öffentlichen Verwaltung zu fördern und Antidiskriminierung als Querschnittsthema in der Politik des Senats und der Bezirke zu verankern, Daten zu Diskriminierungsfällen systematisch zu dokumentieren und damit mehr Transparenz über das tatsächliche Ausmaß und neuralgische Bereiche der Diskriminierung zu bekommen. Die Vorarbeiten hierzu sind abgeschlossen, erstmals werden 2008 entsprechende Daten vorliegen. Auf dieser Grundlage werden konkrete Handlungsempfehlungen für die Beratungsarbeit und die weitere Antidiskriminierungspolitik des Landes abgeleitet.

4.4 Wissen generieren, wissenschaftliche Beratung, Evaluation

Berliner Forschungseinrichtungen - wie die Arbeitsstelle Empirische Politische Soziologie am Otto-Stammer-Zentrum der FU Berlin und das Zentrum für Antisemitismusforschung an der TU Berlin - bearbeiten das Problemfeld Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus kontinuierlich und veröffentlichen Beiträge zur Grundlagen- wie zur angewandten Forschung. Die öffentliche Präsentation dieser Forschungsergebnisse erfolgt bislang eher unkoordiniert. Mit einer neu einzurichtenden Webseite könnten diese wissenschaftlichen Beiträge auch für die nichtwissenschaftliche Öffentlichkeit als eine rasche und zuverlässige Informationsmöglichkeit zugänglich sein.

Eine wissenschaftliche Begleitung der Berliner Projekte gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus erfolgte in den vergangenen Jahren hauptsächlich im Rahmen von Bundesprogrammen, die jedoch nur selten die Berliner Situation speziell in den Blick nahm. Eine im Frühjahr 2008 ausgeschriebene **wissenschaftliche Begleitung des Förderprogramms des Berliner Integrationsbeauftragten** soll hier Abhilfe schaffen. Dadurch werden die Projekte dabei unterstützt, Indikatoren zur Selbstevaluation zu entwickeln. Über die Erkenntnisse aus der wissenschaftlichen Begleitung sollen gleichzeitig Impulse zur Weiterentwicklung der gesamten Landeskonzption entstehen.

Die Analyse der Themenfelder „Rassismus in Berlin“ und „Antisemitismus in Berlin“ eröffnet weitere Forschungsfragen. So ist beispielsweise unklar, in welchem Ausmaß sich rechtsextreme Gewalttäter in ihren Aktionsräumen auf einen inhaltlichen Rückhalt in der

Bevölkerung verlassen können. Der Berliner Senat wird die Notwendigkeit von weiteren Studien - auch in Abstimmung mit dem Beratungsnetzwerk - prüfen.

Leitprojekt **Arbeitsstelle Jugendgewalt und Rechtsextremismus**

Die „Arbeitsstelle Jugendgewalt und Rechtsextremismus“ (AJR) am Zentrum für Antisemitismusforschung der TU Berlin besteht seit 1999. Von Januar 2002 bis März 2008 wurde sie aus Mitteln der Stiftung Deutsche Klassenlotterie Berlin (DKLB-Stiftung) finanziert, ab April 2008 aus Mitteln des Landes Berlin. Themenschwerpunkte der AJR sind Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit (Rassismus, Antisemitismus) und Gewaltkriminalität junger Leute.

Die Aufgabe der Arbeitsstelle besteht primär in einer Vermittlung wissenschaftlicher Erkenntnisse in die Praxis der Zivilgesellschaft, in professionelle Tätigkeitsfelder und in politische Entscheidungsprozesse. Der Wissenstransfer verläuft jedoch zweiseitig: Aus dem Beratungs-, Fortbildungs- und Informationsbedarf von Praktikern stammen wichtige Anregungen für Forschungsfragen. Mit der Durchführung von Forschungsprojekten werden an der AJR auch genuin wissenschaftliche Aufgaben übernommen.

Die AJR kooperiert seit ihrer Gründung mit zivilgesellschaftlichen Akteuren, Einrichtungen, und Dienststellen in den beiden Bundesländern Berlin und Brandenburg. Sie trägt damit der existierenden Vernetzung von rechtsextremen Szenen und den grenzübergreifenden Problemlagen Rechnung.

Im Auftrag der „Landeskommission Berlin gegen Gewalt“ wurde im vergangenen Jahr eine breit angelegte Erhebung zu Berliner Projekten gegen Rechtsextremismus durchgeführt. Die Ergebnisse der Studie haben bei den Entscheidungsträgern der Landespolitik starke Beachtung gefunden und die aktuelle Diskussion um die neue Landeskonzeption der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus produktiv belebt.

5. Ausblick

Die Entwicklung einer demokratischen Einwanderungsstadt, die von den Leitprinzipien der Vielfalt und des Respekts geprägt ist und gleichzeitig Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus eindämmt, ist eine Querschnittsaufgabe und geht die gesamte Gesellschaft und alle Verwaltungen an. Über Erfolg oder Misserfolg wird in den unterschiedlichen Zuständigkeiten und Arbeitsfeldern entschieden - in Schule und Kita, in der demokratischen Zivilgesellschaft, in der Arbeitswelt, in der Stadtentwicklungs-, Familien und Innenpolitik. Über wesentliche Parameter entscheiden Senatsverwaltungen und Bezirke, Organisationen der Zivilgesellschaft und Unternehmen. Ein Ziel des Senats ist es, diese unterschiedlichen Anstrengungen als Teil einer gesamtstädtischen Strategie erkennbar zu machen, die vielfältigen Einzelschritte aufeinander zu beziehen und deren Zielkoordinaten zu präzisieren. Mit der vorliegenden Landeskonzeption ist ein weiterer Schritt in diese Richtung getan. In den kommenden Jahren wird es notwendig sein, einen langfristigen Prozess der Steuerung der Handlungsstrategien für Demokratie / gegen Rechtsextremismus einzuleiten und die Präzisierung der Ziele in den jeweiligen Handlungsfeldern vorzunehmen. Der wissenschaftlichen Evaluation des Förderprogramms des Berliner Integrationsbeauftragten kommt hierbei eine besondere Bedeutung zu, da sie als formative Evaluation im Sinne einer beratenden Begleitung geplant ist. Der Stand der Umsetzung wird regelmäßig auf den Prüfstand gestellt. Die Berliner Landeskonzeption ist als „lernendes Konzept“ gedacht, das sich bereits während seiner Umsetzung weiterentwickelt und auf neue Herausforderungen angemessen reagieren kann. In regelmäßigen Abständen wird ihre Umsetzung in den relevanten Gremien zur Diskussion gestellt. Wichtig bei der Weiterentwicklung der Landeskonzeption ist die Einbeziehung der Fachexpertinnen und -experten aus dem Berliner Beratungsnetzwerk. Die Tradition der Einberufung wissenschaftlicher Workshops zur Erstellung von Gesamtbewertungen wird fortgesetzt.

1 Hierbei handelt es sich besonders um folgende Förderprogramme: Das Landesprogramm des Berliner Integrationsbeauftragten, das Programm *respetABel* der Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung sowie die Förderung der Landeskommission gegen Gewalt

2 Zu ausführlicheren Definitionen des Rechtsextremismus vgl. Stöss, Richard: *Rechtsextremismus im Wandel*, Berlin 2005.

3 Zum Begriff der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit vgl. Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.): *Deutsche Zustände*, Folge 5. Frankfurt a.M. 2007.

4 Die Darstellungen basieren auf folgenden Quellen: Verfassungsschutzbericht 2006. Lagedarstellung der Politisch motivierten Kriminalität in Berlin für das Jahr 2007, LKA 5. „Antidiskriminierungsreport Berlin 2003–2005“ des Antidiskriminierungsnetzwerkes Berlin des Türkischen Bundes in Berlin-Brandenburg e.V., Berlin Dezember 2005. Wolfgang Benz: „Was ist Antisemitismus? Begriff und aktuelle Erscheinungsformen aus der Perspektive der internationalen Forschung“ in FES, Politische Akademie Heft 21 „Antisemitismus: Forschung und aktuelle Entwicklungen“, Dezember 2007. Senatsverwaltung für Inneres und Sport, Abteilung Verfassungsschutz (Hg.): *Reihe Im Fokus: Rechte Gewalt in Berlin 2003 bis 2006*. Berlin, 2007.

5 Die Differenz zu den Zahlen der staatlichen Stellen ergibt sich, weil manche Gewalttaten von den Opfern nicht zur Anzeige gebracht werden und wegen unterschiedlichen Erfassungskriterien.

6 Zur Geschichte der Berliner Maßnahmen gegen Rechtsextremismus in den Jahren von 2000 bis 2004 vgl. Landeskommission Berlin gegen Gewalt (Hg.): *Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 18*. (2004). Teile der folgenden Darstellung wurden hieraus entnommen.

7 Die Bundesregierung legte in den Jahren von 2001 bis 2007 drei Programme zur Eindämmung von Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit auf: *Civitas*, *Entimon* und *Xenos*. Alle drei Programme förderten auch Projekte in Berlin, zum großen Teil mit erheblichen Kofinanzierungsanteilen des Landes Berlin.

8 Vgl. Heitmeyer, Wilhelm: *Stellungnahme - Öffentliche Anhörung im Deutschen Bundestag zum Thema „Arbeit gegen Rechtsextremismus – Auswertung und Weiterentwicklung“*, 20.11.2006

9 Vgl. die Dokumentationen der wiss. Workshops 2003 und 2007.

10 Vgl. Roth, R.: *Forschungsjournal NSB 4/2003* S. 21

11 Lynen von Berg / Palloks, Kerstin / Steil, Armin: *Interventionsfeld Gemeinwesen*. Weinheim und München 2007. S. 342.

12 Vgl. Heitmeyer, Wilhelm: *Stellungnahme - Öffentliche Anhörung im Deutschen Bundestag zum Thema „Arbeit gegen Rechtsextremismus – Auswertung und Weiterentwicklung“*, 20.11.2006.

13 Vgl. Lynen von Berg, Heinz »Die Evaluation der Mobilen Beratungsteams des CIVITAS Programms. Eine kritische Betrachtung ausgewählter Ergebnisse. Teil 2«. In: *Journal für Konflikt und Gewaltforschung* 6. Jg., 2/2004, S. 101-138.

14 Vgl. Kohlstruck, Michael / Krüger, Daniel / Münch, Anna Verena: *Berliner Projekte gegen Rechtsextremismus - Forschungsbericht an die Landeskommission*. In: *Landeskommission Berlin gegen Gewalt (Hg.): Berliner Forum Gewaltprävention*, Nr. 30. Berlin 2007.

15 Vgl. ebenda.

16 Vgl. ebenda.

17 Vgl. Dokumentation wiss. Workshop 2007.

18 Vgl. ebenda.

19 Vgl. ebenda.

20 Vgl. ebenda.

21 Vgl. ebenda.

22 Vgl. http://www.vielfalt-tut-gut.de/content/e3947/e4282/bersicht_ausgewählteModellprojekte_14.11.2007.pdf

23 „Zivilgesellschaft“ wird im Zusammenhang dieser Landeskonzption einerseits empirisch als „Gefüge von Assoziationen und Öffentlichkeiten“ (Klein: 379) und andererseits als Ort politischer Aushandlungs- und Lernprozesse verstanden. Rein empirisch gehören zur Zivilgesellschaft nicht-staatliche Organisationen, Personenzusammenschlüsse und (soziale) Bewegungen. Normativ ist die Teilhabe am Diskurs der Zivilgesellschaft an die wechselseitige Anerkennung von Menschen- und Bürgerrechten und an gleiche Partizipationschancen in Diskursen und Konsensbildungsprozessen gebunden. Voraussetzung dafür ist ebenso die Gewaltfreiheit, sowie die Bereitschaft zur Kompromissfindung. Vgl. Klein, Ansgar: *Der Diskurs der Zivilgesellschaft*. Opladen 2001 und Preuß, Ulrich K.: *Revolution, Fortschritt und Verfassung*. Frankfurt a.M. 1994. S. 123 ff.

Anhang

Lokale Aktionspläne in den Bezirken

Durch das Bundesprogramm „Jugend für Vielfalt, Demokratie und Toleranz“ werden Bundesmittel in Höhe von insgesamt einer Million Euro jährlich für Berlin zur Verfügung gestellt. Aus diesen Mitteln werden 10 „Lokale Aktionspläne“ in insgesamt 9 Berliner Bezirken gefördert. Im Rahmen einer Abfrage hat die Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung alle betreffenden Bezirke gebeten eine Stellungnahme zum Stand der Umsetzung der lokalen Aktionspläne abzugeben. Dieser Anhang enthält eine auf Grundlage der eingegangenen Meldungen von dem Beauftragten für Integration und Migration erstellte Zusammenfassung dieser Stellungnahmen.

Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg von Berlin

Im Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg sind für den LAP folgende Ziel beschlossen worden:

Leitziel I

Die Anerkennung und Wertschätzung von Vielfalt erhöht sich bei den Bewohnern im Bezirk und es entsteht ein größeres Bewusstsein für Potenziale und Ressourcen aller Bevölkerungsgruppen und Einzelpersonen.

Leitziel II

Es besteht weitestgehend Konsens über die Grundregeln des demokratischen Zusammenlebens innerhalb und zwischen den unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen.

Mittlerziel I

Akteure und Multiplikatoren im Bezirk sind sensibilisiert für Diskriminierung und Ausgrenzungsmechanismen unter besonderer Berücksichtigung von ethnischer Hierarchisierung.

Handlungsziele

- Mindestens drei intensive Managing-Diversity-Trainings (MDT) im Jahr für die Mitarbeiter des Bezirksamts mit Bürgerkontakten finden statt.
- Der Begleitausschuss erhält ein intensives MDT.
- Mindestens ein MDT im Jahr für die Kitaleitungen findet statt.

Mittlerziel II

Es werden Beteiligungsmodelle entwickelt, die eine Teilhabe aller Bevölkerungsgruppen ermöglichen und zur Vernetzung von Akteuren und Bevölkerung beitragen.

Handlungsziele

- Es wird eine qualitative und quantitative Übersicht zu den verschiedenen Aktivitäten erstellt.
- Es finden mindestens zwei Beteiligungskonferenzen und/oder Zukunftswerkstätten statt.
- Mindestens drei Tandemprojekte von Frauen mit und ohne Migrationshintergrund entstehen zur Erweiterung von Partizipations- und Erfahrungsmöglichkeiten und gegenseitiger Unterstützung.
- Gemeinsam mit der Bezirksschülervertretung (BSA) wird ein Projekt entwickelt und umgesetzt, das die Kooperationsformen in der BSA verbessert und sie somit in die Lage versetzt, Schülerinteressen so nachhaltig zu vertreten, dass sie in der Öffentlichkeit wahrgenommen werden und auf Resonanz stoßen.
- Bewohner, insbesondere Jugendliche, entwickeln im Rahmen eines Wettbewerbs eine identitätsstiftende Imagekampagne zur Vielfalt im Bezirk.
- An mindestens einer Schule wird ein Projekt für Eltern mit Migrationshintergrund mit dem Schwerpunkt Empowerment entwickelt.
- Es wird mindestens ein Empowerment-Diversity Workshop für Jugendliche mit künstlerisch kreativen Methoden durchgeführt.

Mittlerziel III

Der interreligiös-weltanschauliche Dialog im Bezirk wird befördert.

Handlungsziele

- Es wird ein Open Space oder Zukunftswerkstatt zum Thema "Beiträge der Religions- und weltanschaulichen Gemeinschaften zum Zusammenleben im Bezirk" stattfinden.
- Ideen aus dem Open Space / der Zukunftswerkstatt werden in konkrete Projekte umgesetzt und weiterentwickelt.

Mittlerziel IV

Das Wissen und Bewusstsein über historische und politische Zusammenhänge, die die Demokratieentwicklung behindern, wird bei jugendlichen und erwachsenen Bewohnern erweitert.

Handlungsziel

Es werden historische und/oder biographische Projekte mit Jugendlichen durchgeführt.

Mittlerziel V

Der Dialog zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen zum demokratischen Zusammenleben wird initiiert.

Handlungsziele

- Wie ein demokratisches Zusammenleben gewährleistet werden kann, soll in mindestens einem ethnienübergreifenden und mindestens einem generationsübergreifenden Workshop erarbeitet werden.
- In einer Bürgerkonferenz werden die Ergebnisse der Workshops diskutiert, woraus Projektideen für das demokratische Zusammenleben entstehen.
- Mindestens eine der Projektideen wird umgesetzt.

Nach Bewilligung des LAP für Friedrichshain-Kreuzberg ist die erste Umsetzungsphase von Oktober 2007 bis September 2008 mit folgenden Projekten und Maßnahmen begonnen worden:

- Eine Welt der Vielfalt e.V.: Ali, Aleph, Alpha, Vorurteile überwinden, religiöse und weltanschauliche Vielfalt gestalten. An mindestens einer Schule wird ein Projekt für Eltern mit Migrationshintergrund mit dem Schwerpunkt Empowerment entwickelt.
- Verein zur Erforschung und Darstellung der Geschichte Kreuzbergs: Frauengefängnis Barnimstraße: Gedenken und Erinnerung an die Opfer der NS-Diktatur. Es werden historische und/oder biographische Projekte mit Jugendlichen durchgeführt.
- Verein zur Erforschung und Darstellung der Geschichte Kreuzbergs: Audiospaziergänge zu Stolpersteinen im Bezirk. Es werden historische und/oder biographische Projekte mit Jugendlichen durchgeführt.
- IRDIK Interreligiöser Dialog in Kreuzberg: Kreuzberger Charta der Religionen auf dem Prüfstand. Es finden mindestens zwei Beteiligungskonferenzen und/oder Zukunftswerkstätten statt.
- Ariba e.V.: Xberg beats für Respekt und Gleichbehandlung. Wie ein demokratisches Zusammenleben gewährleistet werden kann, soll in mindestens einem ethnienübergreifenden und mindestens einem generationsübergreifenden Workshop erarbeitet werden.
- Kreuzberger Musikalische Aktion: Kulturralley. Es werden historische und/oder biographische Projekte mit Jugendlichen durchgeführt.
- Paul-Singer-Verein: 160 Jahre Märzrevolution. Es werden historische und/oder biographische Projekte mit Jugendlichen durchgeführt.

Weiterhin wird am 28./29.02.2008 das Handlungsziel bzw. die Maßnahme "Der Begleitausschuss erhält ein intensives Managaging-Diversity-Training" aus dem MZ I durchgeführt.

Für den gesamten LAP ist gegenwärtig eine öffentlich wirksame Imagekampagne in Vorbereitung, die voraussichtlich Anfang März gestartet wird.

Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf von Berlin

Lokaler Aktionsplan der Region Marzahn-Mitte 2007/2008

Ziele

Der LAP verfolgt mit konkreten Maßnahmen und Projekten Strategien zur Demokratieentwicklung. Er fördert lokale Vernetzungen und Kommunikationsstrukturen in der Region Marzahn-Mitte. Es geht um die Entwicklung und Förderung

- von Verständnis für die gemeinsamen Grundwerte,
- von kultureller Vielfalt und
- von Achtung der Menschenwürde.

Jeder Form von Extremismus soll entgegengewirkt werden.

Die vielfältigen Projekte sind im präventiv-pädagogischen Bereich angesiedelt. Sie wurden von freien Träger aus dem Jugendbereich erfolgreich unter Berücksichtigung geschlechterdifferenzierender Aspekte durchgeführt und

- dienen der Bewusstseinsbildung,
- zielen auf langfristige Wirkungseffekte,
- stärken die Zivilgesellschaft.

Leitziele 2007

- Im Mittelpunkt stehen die Stärkung des Gemeinwesens, die Förderung und Entwicklung demokratischer Kultur, von Vielfalt und Toleranz.
- Der Sozialraum wird mit seinen unterschiedlichen Akteuren/innen bürger- und lebensnah vernetzt.
- Jugendliche Migrantinnen/innen werden in die Region integriert.
- Die Generationen lernen, besser und respektvoller miteinander umzugehen; Stärkung des sozialen Engagements.
- Qualifizierte Mitarbeiter/innen sind vorhanden für die Arbeit mit Kinder- und Jugendgruppen und Szenen.

Zielgruppen 2007

Innerhalb des LAP wurden folgende Zielgruppen angesprochen und in seine Umsetzung einbezogen:

- Kinder- und Jugendliche,
- Migrantinnen und Migranten,
- Eltern,
- Bürgerinnen und Bürger,
- Ehrenamtlich tätige Personen,
- Sozialarbeiter/innen, Pädagogen/innen und Erzieher/innen.

Begleitausschuss

Der Begleitausschuss begleitet und kontrolliert das gesamte Verfahren. Er besteht aus 13 Personen aus Verwaltungen und Zivilgesellschaft. Den Vorsitz hat die Stadträtin für Jugend und Familie. Beratend wirken die Koordinierungsstelle, die Migrationsbeauftragte, der Präventionsbeauftragte der Polizei und die Regionalleiterin des Jugendamts für Marzahn-Mitte mit.

Folgende Projekte wurden 2007 im LAP gefördert und durchgeführt (nach Handlungsfeldern sortiert):

Handlungsfeld Integration, Miteinander

Es finden in offener und wertschätzender Atmosphäre Projekte in und zwischen verschiedenen Einrichtungen der Region statt, die junge Menschen mit Migrationshintergrund einbeziehen:

Projekt „FREMDES SO VERTRAUT“ von Fair 03 e. V.

Fremde Kulturen, Tänze, Lebensweisen und Hobbys kennenlernen - Kommunikation ist mehr als reden. Die drei Module waren als Experimentier- und Handlungsfelder für Mädchen und Jungen angelegt und sollten Toleranz im Umgang miteinander und Erfahrungen mit Unterschiedlichkeit entwickeln.

Projekt „MARZAHNER MÄDCHEN MACHEN MOBIL“ vom Kietz für Kids Freizeitsport e. V.

Mädchen lernen vorurteilsfrei anderen Menschen zu begegnen und einen toleranten Umgang miteinander zu finden. Sie lernen kulturelle Vielfalt kennen und erleben Bewegung miteinander.

Projekt „BISS-MOBIL BERATUNGS-, INFORMATIONS-, SPORT- UND SPIELMOBIL vom Plattenverbund e. V.

Durch die Angebote des BISS-MOBIL wurde der Kontakt zwischen unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen ermöglicht, Grenzen zwischen Generationen, zwischen Menschen mit unterschiedlichen Kulturhintergründen durchbrochen. Man kam miteinander ins Gespräch, es entstanden gewaltfreie Räume, soziale Kompetenzen wurden geschult.

Projekt „WIR FÜR UNS IM KIEZ“ von Gangway e. V.

Streetworking - Bedürfnisse der Zielgruppe am Platz an der Plus-Kaufhalle wurden eruiert. Durch kontinuierliche Beziehungs- und offene Beratungsarbeit und durch Hilfsangebote konnte das starke Misstrauen gegenüber staatlichen Institutionen abgebaut werden; vertrauensbildende Maßnahmen.

Projekt „RESIST TO EXIST - PUNKROCK MEETS BMX von Roof BMX e. V.

3 Tage Zeltfestival mit Feiern in Vielfalt und Sport für die Seele. Auf dem Brachland an der BMX-Halle im Marzahner Industriegebiet am Nordring wurde im September ein Festival von insgesamt 120 jugendlichen Helfern/innen für täglich ca. 1500 Besucher/innen und mit 33 Bands durchgeführt; Unterstützung jugendlicher Eigeninitiative und Zusammenarbeit mit der Polizei.

Handlungsfeld Qualifizierung, Schulung

Projekt „KISS - KINDER SCHLICHTEN STREIT“ an der Peter-Pan-Grundschule von Fipp e. V.

Bis zu den Sommerferien wurden 11 Schüler/innen aus den vierten und fünften Klassen zu Konfliktlotsen ausgebildet.

Projekt „JUGEND HILFT JUGEND“ von Plattenverbund e. V.

Jugendliche engagierten sich für ihre Belange, lernten, sich das Handwerkszeug dafür anzueignen. Im Projekt wurden verschiedene Formen der Beteiligung, Partizipation, Demokratievermittlung, Bildung und Persönlichkeitsstärkung vermittelt.

Projekt „MIK - MULTIPLIKATORENSCHULUNG IM KIEZ“ von MIM - Mädchen in Marzahn e. V.

Fachkräften, Multiplikator/innen, Lehrer/innen, Sozialarbeiter/innen, Erzieher/innen, Mitarbeiter/innen der Ämter, Politiker/innen, engagierten Eltern, interessierten Bürger/innen und Ehrenamtlichen sollten Mittel zur Förderung des gewaltfreien Umgangs in ihren Arbeitsgebieten an die Hand gegeben werden. Es wurden zwei 3-tägige Wochenendseminare in einer Jugendbildungsstätte (Methodik/Didaktik, Deeskalationstraining) durchgeführt. Die Auseinandersetzung mit rechtsextremer Ideologie fand in Form von mehrtägigen lokal angebotenen Seminaren statt.

Projekt „SUBVERSIVE VERUNSICHERUNGSPÄDAGOGIK - Präventionsarbeit mit rechtsextremorientierten Jugendlichen“ von der Stiftung SPI - Polis.

Pädago/innen sollten mit der Einführung in die „Subversive Verunsicherungspädagogik“ neue Ideen und erprobte Methoden in der Arbeit mit rechtsorientierten Jugendlichen kennenlernen. Durch das Training wurden die Teilnehmer/innen im Umgang mit dem Ansatz vertraut gemacht

und durch professionellen Beistand erfahren sie Stärkung der eigenen Kompetenzen in der Auseinandersetzung mit rechtem Gedankengut.

Handlungsfeld Öffentlichkeitsarbeit, Vernetzung

Projekt „PLATTENBLOGGER“ von Dissens e. V.

Das Medienprojekt bildete im Rahmen des LAP Marzahn-Mitte eine projektübergreifende Vermittlungsplattform. Die Innenkommunikation und die Vernetzung der Akteur/innen sollte unterstützt und qualifiziert werden. Für den Austausch mit den programm beteiligten Projekten, der Vernetzungsrunde, dem Begleitausschuss sowie der lokalen Koordinierungsstelle sollte eine handhabbare Basis bereitgestellt werden. Darüber hinaus leistete das Projekt einen Beitrag zur Außenkommunikation des zivilgesellschaftlichen Engagements gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit im Bezirk.

Projekt „ERINNERUNGSERLEBEN“ vom Verein zur Förderung der Politischen Bildung, Schülerbündnis MuT

Gedichte von Frauen aus Ravensbrück und Zeitzeugengespräche. Die Zeitzeugengespräche mit Sally Perel und Adolf Burger waren sehr gut besucht.

Projekt „GEDENKSTÄTTENFAHRT RAVENSBRÜCK“ vom Kinderring Berlin und Schülerbündnis MuT

Das Ziel der Fahrt des Schülernetzwerkes MuT nach Ravensbrück bestand darin, Marzahner Jugendlichen Zeugnisse der Vergangenheit zu zeigen, damit sie Rückschlüsse aus der Geschichte auch auf ihr Verhalten in Gegenwart und Zukunft ziehen können.

Wie geht es 2008 mit dem LAP in der Region MARZAHN-MITTE weiter?

Die Projektfinanzierung in 2008 ist gesichert. Bis dato liegen 21 Projektanträge vor. Der Begleitausschuss hat in seiner Januarsitzung über die Finanzierung beschlossen.

Leitziele des LAP 2008:

- Die Menschen in der Region gehen gewaltfrei und respektvoll miteinander um, achten andere Lebensweisen und Kulturen und leben Toleranz als Basis für ein friedliches Miteinander.
- Die Menschen in der Region sind aktiv an der Entwicklung einer demokratischen Kultur, demokratischer Strukturen und an demokratischen Entscheidungsprozessen im Gemeinwesen beteiligt.
- Kindertagesstätten, Schulen und Einrichtungen der Gemeinwesenarbeit agieren zusammen für Vielfalt und Demokratie gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus.
- Lokale Akteure sind sensibel für Erscheinungsformen jeglicher Form von Extremismus, gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und demokratiegefährdenden Tendenzen, setzen sich aktiv mit solchen Erscheinungsformen auseinander und bauen Netzwerke auf.

Zielgruppen:

- Kinder und Jugendliche,
- tatsächliche und potentielle Opfer,
- Migrante/-innen, insbesondere Spätaussiedler/-innen,
- Eltern, Ehrenamtliche,
- Bürger/-innen der Region,
- Sozialarbeiter/-innen, Pädagogen/innen, Erzieher/innen.

Bezirksamt Mitte von Berlin

www.vielfaltindermitte.de

Der Bezirk Mitte von Berlin hat zwei Fördergebiete:

1. Fördergebiet Planungsraum - Osloer Straße
2. Fördergebiet Planungsraum - Moabit

Für das Programm "Vielfalt in der Mitte" wurden folgende Ziele festgelegt:

I. Gemeinwesen und Demokratie: Die Stärkung des Gemeinwesens und die Förderung sowie Verankerung des Bewusstseins für Vielfalt, Toleranz und Demokratie durch eine Vernetzung und Schulung der lokalen Akteure.

II. Demokratie- und Vielfaltsbewusstsein bei jungen Menschen: Junge Menschen haben ein Bewusstsein für Demokratie, Vielfalt und Toleranz und lehnten Extremismus sowie Fremdenfeindlichkeit ab. Ein interkultureller und interreligiöser Dialog hat stattgefunden.

III. Förderung von Integration: Integrations- und Unterstützungsangebote für Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund und ihre Familien hat stattgefunden, ihre Bildungschancen wurden verbessert.

IV. Imagewandel: Schaffung eines positiven Images, Sicherheitsgefühls und Wohlbefindens für das Fördergebiet. Der Fremdenfeindlichkeit und der negativen Berichterstattung wird ein positives Selbstbild der vielfältigen Lebenswirklichkeiten im Fördergebiet entgegengestellt. Aufbau eines positiven Verständnisses von Diversität in der Bevölkerung.

Die Struktur des Netzwerkes beinhaltet:

Den Aufbau eines Ämternetzwerkes mit Delegation von Vertretern aus Fachämtern, die Beteiligung des QM-Teams; Bürgervertretern und lokalen Trägervertretern.

In Moabit und im Sozialraum „Osloer Straße“ wurden Begleitausschüsse gebildet. Der jeweilige Begleitausschuss bildet die Vielfalt der Akteur/innen im Fördergebiet sehr gut ab. Der Begleitausschuss integriert Zivilgesellschaft, Vertreter der regionalen Einrichtungen und Vertreter/innen der öffentlichen Verwaltung.

In der Programmumsetzung wird bewusst keine Trennung zwischen Begleitausschuss und Ämternetzwerk hergestellt.

Als Besonderheit kann man bezeichnen, dass die Bürger/innen - aber auch einige Vertreter/innen von Trägern - als sehr engagierte und aktive Experten für das Gebiet zu bezeichnen sind, da sie auch in anderen Gremien, wie z. B. dem Quartiersrat oder dem LOS-Begleitausschuss aktiv sind und zusätzlich noch in Vereinen, wie den Nachbarschaftshäusern oder dem Kiezverein, tätig sind. Das heißt, sie kennen die Probleme und Belange des Fördergebiets und der dort lebenden Bürger/innen sehr genau und stellen dadurch die Einbeziehung und Einbindung der Zivilgesellschaft sicher.

Projekte aus dem Fördergebiet Osloer Straße

Projekt	Projektträger
Vor-Ort-Büro "Osloer Straße"	ISIS Berlin e.V.
Kiezagenten - Beteiligungsprojekt von jungen Menschen im Kiez Soldiner Straße	Gangway e. V.

Moderation der Spiel- und Konfliktlösungskultur	Schülerladen Perlmüt e.V.
Kinderbeteiligung im Soldiner Kiez, Aufbau eines Beteiligungsbüros	casablanca gGmbH
Alphabetisierung für Erwachsene und lernunterstützende Hilfen für ROMA-Familien	Nachbarschaftshaus Prinzenallee e. V.
Kommunikation in der kulturellen Vielfalt	Al-Dar e. V.
Passerel - unser Weg in die Gesellschaft, ein internationales Filmprojekt für Jugendliche	casablanca gGmbH
Geschichten über Schichten	Förderverein der Karl-Craemer-GS
Jugendliche auf Geschichtsreise in Berlin und Brandenburg	Türkischer Kulturverein e. V.
Fortbildungsreihe zu Fragen interkultureller Pädagogik und Sozialarbeit	Einhorn e. V.
Aufbruch -Dokumentarfilm über Ausgrenzungserfahrungen	NH Prinzenallee e. V.
Diversity im MITTELpunkt - Einstiegsmodul	Bildungswerkstatt Migration und Gesellschaft e. V.
Eltern-Lehrer-Bündnis für Kind und Familie	IZDB e. V.
Mütter in Bewegung	Stiftung SPI/Mädea
Über Geschichte der Vergangenheit zur Toleranz in der Gegenwart	Kath. Kirchengemeinde St. Petrus
Hip-Hop-Festival für Vielfalt und Toleranz	Gangway e. V.
Analyse und Konzeptentwicklung zur Gewaltprävention	procedo GmbH
Vielfalt als Chance - Diversity als Mainstreaming	ISIS Berlin e. V.

Projekte aus dem Fördergebiet Moabit

Vor-Ort Büro "Moabit"	ISIS Berlin e. V.
Beteiligungsprojekt von jungen Menschen im Gebiet Osloer Straße	Gangway e. V.
Eid Mubarak - Feier zum Ramadanende	Karame e. V.
Gemeinsam gegen Gewalt in Moabit	procedo-Berlin GmbH
Familienbiografisches Projekt	Karame e. V.
JUGEND PLATTFORM Respekt! Moabit	Karame e. V.
Stark im Miteinander - Ein soziales Kompetenztraining für Jungen	SOS Kinderdorf e. V.
Wir sind etwas - wir können etwas	Bürger für den Stephankiez in Mitte e.V.
Diversity - Erarbeitung eines Leitfadens	Eine Welt der Vielfalt e.V.
Al Badil	Karame e. V.
MüfüMü - gegen Gewalt und Radikalisierung	Diakoniegemeinschaft Bethania

Bezirksamt Lichtenberg von Berlin

"Licht-Blicke" Netzwerk für Demokratie und Toleranz in Lichtenberg

Träger: pad e.V.

Anschrift: Ahrenshooper Str. 7, 13051 Berlin, Tel.: 992 70 555; www.licht-blicke.org

Angebote:

- Informationen zu den Themen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus
- Moderation kommunaler Diskurse zur Entwicklung einer demokratisch organisierten Zivilgesellschaft
- Coaching und Beratung von Multiplikatoren/innen der Kinder- und Jugendarbeit und Lehrern/innen im Umgang mit rechtsextrem orientierten Jugendlichen
- Beratung von Eltern und Angehörigen, deren Söhne/Töchter mit rechtsextremem Gedankengut sympathisieren

Lokale Koordinierungsstelle Lichtenberg-Mitte

Träger: pad e.V.

Anschrift: Sewanstr. 43, 10319 Berlin, Tel.: 325 98 455;

www.koordinierungsstelle-lichtenberg.de

Angebote:

- Koordinierung aller Maßnahmen des Lokalen Aktionsplanes im Fördergebiet Lichtenberg-Mitte im Rahmen des Bundesprogramms "Vielfalt tut gut". Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie"
- Beratung und Unterstützung der Projektträger, die an der Umsetzung des LAP beteiligt sind.

Bezirksamt Neukölln von Berlin

Der Lokale Aktionsplan läuft erst seit 4 Monaten. Wir können daher neben der grundlegenden Ausrichtung des LAPs nur erste Tendenzen mitteilen.

Zielsetzung des Neuköllner LAPs

Der Neuköllner LAP hat drei Leitziele:

1. Rechtsextreme bekommen keinen weiteren Zulauf von Jugendlichen.
2. Schulen und Jugendeinrichtungen arbeiten zusammen, um Jugendliche und Eltern zu stärken und um demokratische und partizipative pädagogische Konzepte zu entwickeln und umzusetzen.
3. Bürger/innen von Neukölln entwickeln einen Grundkonsens für ein demokratisches, gewaltfreies und respektvolles Miteinander.

Schwerpunktsetzung im ersten Förderjahr

Im ersten Förderjahr 2007/2008 soll der Neuköllner LAP durch öffentlichkeitswirksame Maßnahmen bekannt gemacht werden. Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit, aber auch der Wert der Demokratie sollen Themen werden, die in der Neuköllner Öffentlichkeit und insbesondere auch in Schulen und Jugendeinrichtungen diskutiert werden. Die Zusammenarbeit von Schule und Jugendarbeit soll (insbesondere im Süden von Neukölln) intensiviert werden. Kooperationsbeziehungen zwischen den Akteuren sollen gefördert werden.

Sachstand

In Kooperation mit der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus und dem Aktionsbündnis für Demokratie und Toleranz in Rudow haben wir drei Informationsveranstaltungen zum Thema Rechtsextremismus (eine für Rudower Anwohner/innen, eine für Jugendarbeiter/innen und eine für Lehrer/innen / päd. Mitarbeiter/innen von Schulen) angeboten. Drei weitere thematische Veranstaltungen sind für das erste Halbjahr 2008 geplant.

Zum Stand der geförderten Einzelprojekte

Insgesamt wurden in der ersten Förderperiode (01.09.2007 bis 31.08.2008) 13 Einzelprojekte gefördert.

Zu LZ 1:

- Übergreifende Öffentlichkeitsarbeit für den Neuköllner LAP (Organisation eines Projekttag, Flyer, Einladungskarte, Gesamtdokumentation)
- Öffentlichkeitswirksames Material gegen Rechtsextremismus, Flyer des Aktionsbündnisses gegen Rechtsextremismus in Rudow
- Fest für Vielfalt, Toleranz und Demokratie in Rudow (organisiert von Aktionsbündnis)

Zu LZ 2:

- Empowermentstrategien im schulischen Alltag (Demokratieerziehung an der Walter-Gropius-Schule)
- Junge Wölfe - Über die Sympathien junger Neuköllner für türkische Rechtsradikale (Jugend-Videoprojekt)
- Next Generation - Wir können auch anders (Ausbildung von Peerleadern an zwei Neuköllner Schulen, Bewerbung um den Titel „Schule ohne Rassismus“)
- Open Space for more Respect (Diskussion von Diskriminierungserfahrungen Jugendlicher)
- Tolerante Religionen für tolerante Menschen (Reflexion, insbesondere des Islam, im Sinne von Toleranz mit arabischen Eltern und Jugendlichen, Kooperation mit der ev. Kirche)

Zu LZ3:

- Neuköllner Kampagne für Respekt und Demokratie (Jugend-Medienkampagne von mehreren Neuköllner Schulen und Jugendeinrichtungen)
- Theaterworkshop beim Austausch Neukölln-Izmir (zu Migration und Identität, Toleranz und Fremdheit)
- Theaterprojekt - Widerstand im NS (intergenerativ)
- Image Kampagne „Vielfalt tut gut“ (Postkarten und Plakataktion mit Bürgerbeteiligung)

Bewertung insgesamt:

Die Einzelprojekte laufen weitgehend gut. Durch die Vernetzung der Projekte (Trägertreffen und öffentlicher Projekttag) sollen im ersten Halbjahr 2008 Kooperationsbeziehungen gestärkt und Raum zur Entwicklung innovativer Ideen erschaffen werden, die dann in die Fortschreibung des LAP eingehen.

Bezirksamt Pankow von Berlin

"Stärkung der bezirklich bezogenen Ansätze und Kompetenzen der Akteure - lokale Aktionspläne (LAP)"

Im Bezirk Pankow gibt es im Bereich der Abteilung Jugend und Immobilien, Jugendamt, seit Mai 2007 eine "Stelle für politische Bildung und Beteiligung von Kindern und Jugendlichen" mit einer Mitarbeiterin des Jugendamtes (JugPBB), die in den jeweiligen Tätigkeitsfeldern der Kinder- und Jugendhilfe, Schule sowie auch Stadtplanung tätig ist. Durch die Verbindung der Arbeitsfelder "politische Bildung" und "Partizipation", die untrennbar miteinander verbunden sind, soll gewährleistet werden, dass Kinder und Jugendliche befähigt werden, ihre Interessen, Probleme und Ideen selbst zu artikulieren und gemeinsam mit "Begleiter/innen" nach Umsetzungsmöglichkeiten zu suchen. Gleichzeitig werden Projekte initiiert und Fortbildungen für Multiplikator/innen aus Projekten der Jugendfreizeit, der Jugendarbeit und der Schule in den benannten Bereichen organisiert. Im Konzept der Stelle für politische Bildung und Beteiligung von Kindern und Jugendlichen werden explizit Kooperations-, Projekt- und Zielvereinbarungen mit den verschiedensten Bereichen abgeschlossen, die mit Kindern und Jugendlichen arbeiten.

In diesem Jahr soll ein Fachaustausch im Bereich Partizipation und politische Bildung, z. B. zu Themen wie „Vorbereitung der Bundestagswahlen 2009“ oder „interkulturelle Arbeit“ stattfinden. Dafür wurden Überlegungen für eine Struktur der Beteiligung der Träger und Schulen sowie selbstorganisierten Projekte für unseren Bezirk entwickelt - siehe Anlage. Die Mitarbeiterin des Jugendamtes arbeitet in ihrem Aufgabenbereich übergreifend vorrangig mit den Bereichen Jugendhilfe und Schule, da in beiden Bereichen dieselben Kinder und Jugendlichen erreicht werden können.

In Pankow ist es wichtig, dass die Kollegin im Ämternetzwerk sowie im Begleitausschuss des LAP mitwirkt. Darüber hinaus arbeitet sie im „Bündnis für Familien Pankow“, in der Initiative: Wir sind Pankow - tolerant und weltoffen (www.wir-sind-pankow.de)“ mit und hat die Federführung für die AG „Sport und Toleranz bei Kindern und Jugendlichen Pankow/ respect gaymes“.

Aus dem Aufgabengebiet der „Stelle für politische Bildung und Beteiligung von Kindern und Jugendlichen“ heraus werden Projekte der politischen Bildungsarbeit im Bereich eines niedrigschwelligen Zugangs initiiert (z.B. „Heimat in de Kiste“), begleitet werden selbstorganisierte Jugendprojekte, wie z. B. VOSIFA (von SchülerInnenFürAlle - Zusammenschluss von ca. 25 Jugendlichen aus 5 Schulen), die seit Monaten selbstständig ein Event für Toleranz und Vielfalt in Pankow planen) und BES (Bildungsinitiative Engagierter Schüler/innen - ein Zusammenschluss von ca. 15 - 20 Schüler/innen verschiedener Schulen, die demokratische - antirassistische - weltoffene/tolerante Projekttag für mind. 5 Schulen planen, selbst organisieren, teils selbst durchführen und das Projekt inkl. Anträgen abwickeln). Der Bezirksschüler/innenausschuss Pankow wird ebenso begleitet durch die Mitarbeiterin wie das Treffen der Schulsprecher/innen und der FSJ'ler an den Pankower Schulen. Durch die Begleitung wird ermöglicht, dass auf den vielfältigsten Ebenen Fortbildungen, Fachaustausche, Netzwerke und gute Projektideen (Best Practice, weitere Kooperationspartner etc.) im Bezirk kommuniziert werden.

Im Bezirk Pankow hat die Federführung für die Umsetzung des LAP die Integrationsbeauftragte (Int B), die beim Bürgermeister angesiedelt ist. Es wurde im Bezirk ein Ämternetzwerk eingerichtet. Aufgabe ist es, Schwerpunkte aus der Verwaltung heraus zu erkennen, zu benennen und in den Begleitausschuss zu geben. Grundlage für die Initiierung und Zusammensetzung des Gremiums war ein Beschluss des Bezirksamtes. Die ersten Projekte starteten dann im Laufe des Monats November 2007.

Die eingereichten Projektanträge betreffen überwiegend die Zielgruppe der Kinder und Jugendlichen sowie der jungen Erwachsenen. Die Projekte werden zum großen Teil an oder mit Schule realisiert und wurden von Trägern der Jugendhilfe eingereicht. Dies verdeutlicht aus unserer Sicht, dass ein Schwerpunkt auf der Arbeit mit Kindern und Jugendlichen liegen muss. Diese

Arbeit sollte schon in Kitas mit Projekten zu Verhaltensweisen von Mädchen und Jungen beginnen und muss in Grundschule, Oberschule und Freizeiteinrichtung fortgesetzt und ergänzt werden, z. B. durch weitere Themenbereiche wie: meine Heimat, meine Zukunft, meine Wohngegend, meine Freunde, meine Denkweisen, meine Fremdenfeindlichkeit etc.

Aufgrund der Vielfältigkeit unserer Projektanträge ist es sehr schwer gefallen, eine Entscheidung für bestimmte Projekte vornehmen zu müssen, um diese hier näher zu präsentieren. Es gibt folgende Anträge:

- zur Auseinandersetzung mit dem Thema „gangsta Rap“, als Leitfaden für Erwachsene und Multiplikatoren
- zum Monitoring des Verhaltens von Zuschauern, Trainern und Vorständen von Fußballvereinen, die mit Kindern und Jugendlichen arbeiten, zum Thema Toleranz und Antidiskriminierung
- zur Jugendführung (Hauptschule) auf dem Jüdischen Friedhof für andere Jugendgruppen
- Zukunftswerkstatt Heinersdorf (Diskussionen um den Moscheebau und wie geht's weiter)
- Ich bin anders - du auch!? Auseinandersetzung mit dem „ANDEREN“
- Andere Länder - andere Sitten
- Plakatwettbewerb „Wir sind Pankow - Ganz normal anders“!
- Pankower Register gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus
- Kinderradio zwischen Chile und Pankow
- Pankower Jugendaktionstage - verschiedener Pankower Freizeiteinrichtungen
- „Gegen das Vergessen - Prenzlauer Promenade 176“, zur Geschichte eines Hauses mit zeitlicher und geschichtlicher Vergangenheit wird ins Bewusstsein gerückt

Drei Beispiele aus der Antragslandschaft:

VOSIFA (Von SchülerInnen Für Alle) - ab Mitte Februar geschaltet www.vosifa.de

VOSIFA ist ein Zusammenschluss von zurzeit ca. 35 Jugendlichen im Alter von 15 - Anfang 20 aus zurzeit 9 Oberschulen des Bezirks. Das Ziel 2008 lautet: Ein Event für Toleranz und Vielfalt im Bezirk Pankow für Alle über zwei Tage zu organisieren.

BES (Bildungsinitiative engagierter Schüler/innen Pankow) „Lernst du nur oder denkst du schon?“

Hier handelt es sich um einen Zusammenschluss von ca. 15 - 20 Jugendlichen im Alter von 15 bis 20 Jahren, die an 6 Schulen im Bezirk und Umgebung lernen. Die Projektstage werden durch VOSIFA (s. o.) eingeleitet und in den Schulen konkret ab 16.6.2008 für zwei Wochen, jeweils an zwei Tagen, vor Ort in den Schulen selbst durchgeführt. Ziel ist es, die Projektwochen an mind. 5 Schulen im Bezirk durchzuführen, neben den Schulen, die sowieso eigene Projektstage organisieren.

3. EUROPANKOW-Cup 08

Der Sportjugendclub Prenzlauer Berg am Senefelder Platz (Verein für Sport und Jugendsozialarbeit e. V.) ist in seiner Arbeit im Sportbereich auch oft mit der Frage konfrontiert, wie ein Beitrag zur Vielfalt und Toleranz sowie gegen Fremdenfeindlichkeit und Ignoranz geleistet werden kann. Projektidee ist es in diesem Fall, während der Europameisterschaft im Fußball - Juni 2008 -16 Schulklassen der 5./6.Klasse (ca. 400 Schüler/innen) aus verschiedenen Grundschulen des Bezirks (nach Möglichkeit aus allen ehemaligen Ortsteilen) zu vereinen und mit dem Gedanken der Interkulturalität in Kontakt zu bringen.

Bezirksamt Reinickendorf von Berlin

Seit dem 01.10.2007 beteiligt sich der Bezirk Reinickendorf am Programm des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend "VIELFALT TUT GUT, Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie". Dieses präventiv ausgerichtete Programm zielt darauf ab, Verständnis für kulturelle Vielfalt zu entwickeln, die Achtung der Menschenwürde zu fördern und wirksam demokratiefeindlichen Entwicklungen, wie Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus zu begegnen.

Ein Lokaler Aktionsplan von Reinickendorf bildet die Grundlage für die Umsetzung von Projekten, die in zwei Leitzielen folgendermaßen zusammen gefasst wurden:

1. Die Reinickendorfer Bevölkerung ist sensibilisiert für die Themen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Islamextremismus und zeigt vermehrt zivilcouragiertes Verhalten gegenüber deren Erscheinungsformen im Bezirk.
2. Die Kompetenz für Vielfalt und der Ausdruck von Vielfalt und gemeinsamen Werten werden auf kultureller und sozialer Ebene gefördert.

Im Rahmen des Bundesprogramms haben sich bezirkliche Ämter, freie Träger, Vereine, Einrichtungen, Schulen, Polizei und andere lokale Akteure sowie Vertreter/innen von Netzwerken zu einem Begleitausschuss zusammen geschlossen. Er entwickelt und prüft Konzepte, die dem Bezirksamt mit Förderempfehlung vorgelegt werden. Hierbei unterstützt ihn eine LAP-Koordinierungsstelle mit sozialpädagogischen Mitarbeiter/innen der Jugendförderung und Verwaltungskräften, welche die administrative Umsetzung, Beratung der Projektträger, Zusammenarbeit mit der wissenschaftlichen Begleitung und Durchführung des Programms gewährleistet und zentrale Ansprechpartnerin für alle Akteure des Programms im Bezirk ist.

Derzeit laufen fünf Projekte mit folgenden Inhalten:

- Albatros e.V.: In Zukunftswerkstätten für Mädchen und Frauen werden Ideen entwickelt, die Vielfalt der Kulturen im Kiez Auguste-Viktoria-Allee mit verschiedenen Medien darzustellen.
- Aufwind e.V.: Ein Training zum Umgang mit Gewalt und Rassismus wendet sich an Jugendliche aus einem sozialschwachen Milieu, die Gewalterfahrungen mitbringen.
- Diakonisches Werk e.V.: Arabische Mütter bilden eine Gruppe, deren inhaltlicher Schwerpunkt kulturspezifische Themen bezüglich der Erziehung der arabischen Kinder (speziell Jungen) in Deutschland sind.
- Forum NaturFreundeJugend Berlin e.V.: Es wird mit der Inszenierung des Musicals "Sternenkind" daran gearbeitet, einer negativen Abgrenzung zur Profilierung einer ausschließlichen Gruppenzugehörigkeit nach Nationalitäten entgegenzuwirken.
- Teen Challenge Berlin e.V.: Eine Kindermutmachgruppe zeigt Unterschiedlichkeit und Gleichheit in einer multikulturellen Zusammensetzung auf und versucht mit erlebnispädagogischen Ansätzen am Aufbau einer Kultur der gegenseitigen Wertschätzung zu arbeiten.

Weitere Projekte sind für das laufende Förderjahr in Planung.

Über die Umsetzung des Bundesprogramms im Bezirk Reinickendorf wird in Kürze eine eigens hierfür eingerichtete Werbsite informieren.

Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg von Berlin

Im September 2007 begannen einige Projekte des LAP „Jugend für Vielfalt“ in Tempelhof-Schöneberg. Zum jetzigen Zeitpunkt kann nur über diese begonnenen Projekte berichtet werden.

Von den bis zum 31.12.2007 eingereichten 33 Projektanträgen wurden 18 beschlossen, bei weiteren 6 finden Überarbeitungen der Anträge statt.

Von den Aktionsfonds zur Förderung kleinerer Projekte konnte 2007 erst einer gestartet werden, der eine Fahrt zum Holocaustdenkmal, eine Fahrt zur Jüdischen Gemeinde und eine Starthilfe für einen neu gegründeten Verein Stolpersteine B 96 e. V. bewilligte.

Sehr viele Projekte haben einen kulturellen Ansatz, um die Ziele des Programms zu erreichen. Häufig findet die Umsetzung in/mit Grund- und Oberschulen im Bezirk statt.

Beispiele hierfür sind:

- ein Theaterprojekt des Theaters Strahl „Es ist normal, verschieden zu sein“, mit Schüler/innen der Grundschule am Barbarossaplatz
- Tanzen verbindet (Nachbarschaftsheim Schöneberg e. V.) ein Videoprojekt mit der 39. Grundschule
- Filmprojekt „Voll Krass“ (Nachbarschaftsheim Schöneberg e. V.) Basierend auf dem 2006 gedrehten Film „Voll Krass“ fanden im November 2007 vier Workshops zur Gewaltprävention statt. Im Januar wird ein weiterer Workshop in Kooperation mit der Friedensthal-OS angeboten. Begleitmaterialien zur Gewaltprävention mit dem Film „Voll Krass“ wurden recherchiert und erstellt.
- „Filmreif“ (Täks e. V.) -Start einer Filmreihe auf der Schöneberger „Insel“, die sich mit Kurz- und Dokumentarfilmen beschäftigt, die gezielt die im Sozialraum vorherrschenden Themen aufgreifen.
- „Veränderung tut gut“ (Nachbarschaftsheim Schöneberg e.V.) mit der Prignitz-Schule. Mit Hilfe eines Fotoworkshops soll eine Ausstellung entstehen, was zu einer Stärkung des kritischen Bewusstseins für das Lebensumfeld der Jugendlichen führen soll.
- „Schulen spielen gemeinsam“ (Kindertheater akarena e. V.) mit der Rückert-Oberschule/Teltow-Grundschule. Das Projekt soll Jugendliche aus sehr unterschiedlichen „Schichten“ zusammenführen.
- Musicalprojekt (Verband für sozial-kulturelle Arbeit - outreach). Ein Ziel ist die Vernetzung zweier Ortsteile im Bezirk. Die Idee des Musicals ist, dass sich Jugendliche damit auseinandersetzen, ob es in dieser Gesellschaft tatsächlich „Reinkulturen“ gibt.
- „Gelebte Prävention mit Kunst“ (Familie, Arbeit und Beratung e. V.) Mit dem Projekt soll erreicht werden, dass sich Jugendliche besser spüren lernen und dadurch ihre Gefühle, Wünsche und Wahrnehmungen bildnerisch, gestalterisch und verbal Ausdruck verleihen. Es sollen neue, kreative und gewaltfreie Lösungswege für die Konflikte der Jugendlichen gefunden werden.

Weitere Projekte sind:

- Zeitzeugenlesungen (Arbeiterwohlfahrt AWO). Am 09. November 2007, dem Jahrestag der Pogromnacht, veranstaltete die AWO Südwest in Zusammenarbeit mit der Buchhandlung Menger die Auftaktveranstaltung ihrer neuen Veranstaltungsreihe zum Thema Rechtsextremismus. Unter dem Titel „Fairgangeheit“ las Prof. Dr. Werner T. Angress, 1920 als Sohn jüdischer Eltern in Lichterfelde geboren, aus seiner Autobiografie „immer etwas Abseits“ und berichtete über sein Leben zur Zeit des NS-Faschismus. Anschließend diskutierten der FU-Politologe Prof. Dr. Hajo Funke sowie der Historiker Prof. Dr. Reinhard Rürüp mit den fast 50 Gästen.
- Seminar Toleranz und Akzeptanz (Förderverein für das Jugendfreizeitheim Mariendorf e. V.). Die Veranstaltungsreihe befindet sich noch in der Vorbereitungsphase.

- Kinder- und Jugendversammlung (Evangelische Kirchengemeinde Mariendorf) Am Freitag, dem 23. November 2007, fand die „Große Kinder- und Jugendversammlung Mariendorf für Toleranz und Demokratie“ statt. Alle Mariendorfer Schulen, Jugendfreizeiteinrichtungen, Kitas und andere Institutionen waren dazu im Vorfeld von der Ev. Kirchengemeinde Mariendorf, in Kooperation mit der Regionalen Arbeitsgemeinschaft und der Kinder- und Jugendversammlung Mariendorf, eingeladen worden. Dieser Einladung folgten über 160 Schüler/innen, die sich nach einer kurzen Begrüßung auf verschiedene Workshops verteilten: „Meine gewaltfreien Lieblingsorte in Mariendorf“ und „Wo traue ich mich nicht hin ???“ (Fotoaktion speziell für Kinder im Grundschulalter), Rap- und andere Musik-Texte gegen Gewalt, für Toleranz und Demokratie, „Kinderrechte“ (speziell für Kinder im Grundschulalter), Jugendschutz u. a. alkoholfreie Cocktail, Konflikte und Gewalt unter Jugendlichen.
- Reaktivierung der Kiezzrunde Nahariyastraße in Lichtenrade und Gestaltung eines multikulturellen Festes (Nachbarschafts- und Selbsthilfezentrum in der ufa-fabrik e. V.)
- „Bunt ist besser“ (Verein für betreuten Umgang e. V.) Jugendliche erforschen und dokumentieren die kulturelle Vielfalt in ihrem gemeinsamen sozialen Umfeld. Dies wird durch eine Fotodokumentation, Stadtteilbegehungen, Gruppenaktionen und den Besuch relevanter Kooperationspartner in der Region geschehen.

Als strategischer Schwerpunkt im ersten Förderjahr hat sich herausgebildet, dass die meisten Projekte in Kooperation mit Schulen durchgeführt werden. Alle Projekte beschäftigen sich damit, Kindern und Jugendlichen ihr Wohnumfeld in seiner Verschiedenheit näher zu bringen, Vorurteile abzubauen, Kontakt mit anderen aufzunehmen, mit denen sie sonst lieber nichts zu tun haben wollen. Akzeptanz des Andersseins und Toleranz gegenüber allen Lebensformen sind die Schlüssel für ein gewaltfreies Miteinander in der Gesellschaft. Dazu werden die Projekte des LAP Tempelhof-Schöneberg beitragen.

Bezirksamt Treptow-Köpenick von Berlin

Der Bezirk Treptow-Köpenick beschäftigt sich auf Grund der bezirklichen Besonderheiten (Ansiedlung der NPD-Zentrale im Bezirk, Aktivitäten der rechten Kameradschaftsszene besonders im Jugendbereich) seit Jahren sehr intensiv mit dem Thema Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus. Der Bezirk hat sich deshalb im Rahmen des Landesprogramms um die Finanzierung eines Lokalen Aktionsplanes beworben und ist nach der Bewilligung der Mittel mit diversen Projekten tätig geworden.

Der Lokale Aktionsplan (LAP) hat zwei Hauptziele:

1. Kampf gegen Rassismus/Alltagsrassismus
2. Förderung von Demokratie

Im Rahmen des LAP sollen neben Kindern, Jugendlichen, Eltern und Bürgern, vor allem auch Pädagogen/innen in Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen, Schulen, Streetwork etc. sowie andere Multiplikatoren/innen, zivilgesellschaftliche Akteure, Politik und Verwaltung angesprochen werden. Bisher wurden 12 Projekte finanziell unterstützt (u. a. Registerstelle zur Erfassung von rechtsextremen, rassistischen, antisemitischen, homophoben Vorfällen). Darüber hinaus wurde in diesem Zusammenhang z. B. ein Runder Tisch Altglienicke gegründet.

Für den LAP wurde ein Begleitausschuss eingerichtet. Die sehr breitgefächerte Besetzung des Begleitausschusses hat schon jetzt zu einer größeren Vernetzung unter den Aktiven des Bezirks und zu mehr Aufmerksamkeit für die Themen geführt.

Als Leitprojekte des Bezirkes Treptow-Köpenick lassen sich drei wesentliche Handlungsstränge im Kampf gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus benennen.

1. Arbeitsgruppe „Jugendarbeit und Rechtsextremismus in Treptow-Köpenick“.
2. Lokaler Aktionsplan zur Förderung von Vielfalt, Toleranz und Demokratie - gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus im Rahmen des Bundesprogramms „Vielfalt tut gut“.
3. Projekt „BeGEG(E)Nung“ - bezirklich gefördertes Projekt zur politischen Bildung.

In der Arbeitsgruppe „Jugendarbeit und Rechtsextremismus“ engagieren sich Jugendarbeiter/innen öffentlicher und freier Träger der Jugendhilfe. Sie wird durch das Jugendamt koordiniert und durch die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus (mbr) beraten und unterstützt. Die Arbeitsgruppe hat seit 2005 in einem dialogischen Verfahren diverse Materialien erarbeitet, die zur Verbesserung der Handlungssicherheit bei pädagogischen Fachkräften sorgen; sowohl in rechtlicher wie in pädagogisch-didaktischer Hinsicht. Zu den Materialien gehören u. a.: „Selbstverständnis der Jugendarbeit in Treptow-Köpenick im Umgang mit Rechtsextremismus“, „Grundsätze und Indikatoren für die Ablösung von Jugendlichen aus der rechtsextremen Szene“, „Informationen zum Datenschutz“ bzw. „zum Umgang mit strafrechtlich relevanten Informationen“.

Das Projekt „BeGEG(E)Nung“ ist ein zuwendungsfinanziertes Projekt nach § 11 SGB VIII und arbeitet im Bezirk mit anderen Projekten der Jugendarbeit zusammen. Darüber hinaus werden in dem Projekt verschiedenste Veranstaltungen (z. B. Diskussionsrunden, Lesungen) Projekte (z. B. Ausstellungen) und internationale Begegnungen (z. B. Polen, Frankreich) für Jugendliche angeboten. Dabei werden alle Möglichkeiten der intensiven Beteiligung von Jugendlichen bei der Planung über die Durchführung bis hin zur Auswertung genutzt. Außerdem werden Kolleginnen und Kollegen von Jugendprojekten zu Fragen der politischen Bildungsarbeit beraten.

Insgesamt ist im Bezirk ein Netzwerk entstanden, das sich sehr vielfältig mit o. g. Thema auseinandersetzt und durch den LAP ausgebaut wird.